Proletarier:innen aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

TROTZ ALLEDEM!

Nr. 91 • Mai 2023 • 2,50 €

FRANZÖSISCH KÄMPFEN! WANN WENN NICHT JETZT!

Vive le Prolétariat!

Krieg in der Ukraine
Kampf der Weltkriegsgefahr!

Iran im Aufruhr
Jin Jiyan Azadi!

Türkei Wahlen
Pest oder Cholera

Nicht Erbeben
Das System tötet

Inhalt

Aktuell Krieg in der Ukraine

Gegen die wachsende Weltkriegsgefahr kämpfen 3

Klassenkampf

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse!

1. Mai – In welcher Welt leben wir? 10

International

Aufstand im Iran

Jin Jiyan Azadi – Frau, Leben, Freiheit 13

Flugblatt 1. Mai – Iranischer Aktivist

Nein zu Imperialismus und Krieg! Für einen gerechten Frieden und Sozialismus! 21

Kommunistische Bewegung

Gemeinsame Erklärung zum 70. Todestag von BP (Nordkurdistan-Türkei) / TA (Deutschland)

Stalin lebt in den Kämpfen der Proletarier:innen aller Länder und unterdrückten Völker weiter! 25

Schwerpunkt

Erdbeben in Nordkurdistan/Türkei

Zerstörung, Tod, Elend Solidarität ist die Zärtlichkeit der Werktätigen! 31

Wahlen in Nordkurdistan/Türkei
Gegen Desinformation & Propaganda

„Wichtigste Wahl des Jahres in der Welt?“ 37

Gemeinsame Erklärung von BP (Nordkurdistan-Türkei) / TA (Deutschland)

Wir gedenken Genosse İbrahim Kaypakkaya! 53

Lebenslauf

Leben und Wirken von İbrahim 58

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de – trotzalledem.org
V.i.S.d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe Leser:innen

Es geht ein Gespenst um in Frankreich. Das Gespenst des Klassenkampfs gegen die Pläne Macrons das Rentenalter von 62 auf 64 Jahre zu erhöhen! Gegen die Arroganz der Macht sind Millionen französische Arbeiter:innen, Werktätige, Jugendliche und in den vordersten Reihen Frauen seit Wochen auf den Straßen. Die Bourgeoisie will ihre sogenannte „Rentenreform“, für die Werktätigen „Rente im Grab“, unbedingt durchsetzen. Da Macron sich nicht noch einmal zur Wahl stellen kann, ist er der geeignete Kandidat dafür. So hat er an dem Parlament vorbei, versucht das Projekt durchzusetzen. Aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Die Antwort der Massen: **Ein richtiger Aufstand.**
Auch wenn am Ende von den Herrschenden dieses Projekt mit brutaler Gewalt durchgesetzt werden sollte, ist der ganze Kampf, der nicht zu Ende ist, nicht umsonst. **Letztendlich lernen und lehren die Massen in diesen Kämpfen.** Natürlich, wenn eine in der Arbeiter:innenklasse verankerte wirklich **Kommunistische Partei** diese Kämpfe führen würde, sähe Frankreich und auch Europa anders aus. Was noch nicht ist, wird ja auch irgendwann kommen. Daher ein **„Vive le Prolétariat in Frankreich“** auf unserem Titel. Auch wenn wir keinen Artikel dazu in dieser *Trotz Alledem!* unterbringen konnten.
Für die Arbeiter:innenklasse hier bei uns, die das Rentenalter von 67 Jahren schon lange geschluckt hat, heißt es zu lernen von den französischen Klassengeschwistern! Nichts ohne militanten Kampf zulassen, was unsere Lebensbedingungen verschlechtert. Wir haben in den letzten Streikbewegungen gesehen, wozu die Arbeiter:innen imstande sind, wenn sie kämpfen. Der Kampf macht sogar auf einmal manchen Gewerkschaftsboss:innen Dampf. Zumal wenn Gewerkschafts-Kongresse auf der Tagesordnung stehen. Schon die Drohung mit Warnstreiks oder gar unbefristeten Streiks machen von den Kapitalisten „als unmöglich“ abgelehnte Tarifabschlüsse möglich. Es ist gut für gute Tarifabschlüsse zu kämpfen. Besser und notwendig ist aber vor allem ***„Um den Lohngroschen, um das Teewasser und die Macht im Staate“*** (Brecht) zu kämpfen.
In dieser Ausgabe ziehen wir **Bilanz über ein Jahr Krieg** in der Ukraine. Dann unsere **Fabrikzeitung zum 1. Mai**. Auf die Entwicklungen im **Iran**, die Widerstandsbewegung und den mutigen Kampf der Frauen gehen wir in einem weiteren Artikel ein. **Aktueller Schwerpunkt** liegt dieses Mal auf Nordkurdistan/Türkei. Themen sind das **Erbeben im Februar**, die anstehenden **Parlaments- und Präsidenten-Wahlen**. Wir gedenken mit einer Erklärung und einem biographischen Porträt dem **Marxisten-Leninisten Ibrahim Kaypakkaya**, der vor 50 Jahren von der türkischen faschistischen Diktatur ermordet wurde. Vorbild für alle revolutionäre Kommunist:innen!
Kämpfend für bessere Tage, für eine Neue Welt ohne Ausbeutung von Mensch und Natur verbleiben wir bis zur nächsten Ausgabe.

Euer Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Über ein Jahr imperialistischer Krieg in der Ukraine ...

Lügen – Heucheleien – Desinformationen – Kriegshetze – Militarisierung

Kämpfen wir gegen die wachsende Weltkriegsgefahr!

Seit über einem Jahr tobt der Krieg in der Ukraine. Ein Ende ist nicht abzusehen. Der **12 Punkte „Friedens-Plan“** Chinas [1] vom 24. Februar 2023 zur ***„Wiederaufnahme der Friedensgespräche“*** fordert *„Dialog und Verhandlungen weil … das die einzige praktikable Lösung für die Ukraine-Krise“* sei. Die *„Friedensgespräche“* waren übrigens 2022 zu Beginn des Kriegs in Istanbul aufgenommen worden und hatten sich ziemlich entwickelt, wurden aber durch **Intervention der USA** abgebrochen.

Die geforderten Friedensgespräche wurden von der westlichen Seite **mit mehr Waffen** an die Ukraine; von Russland mit der **Intensivierung des Kriegs** im Donbasgebiet um die Stadt Bachmut beantwortet.

Die imperialistische **Großmacht China** hat diesen, von ihrer Warte aus durchaus ernst gemeinten Vorschlag der „Beendigung der Feindseligkeiten“ natürlich nicht aus Menschenfreundlichkeit, Friedensliebe oder Ähnlichem vorgelegt. Sie will nicht, dass diese „Krise“ außer Kontrolle gerät und sich vielleicht sogar zu einem Weltkrieg entwickelt, für den China militärisch noch nicht ausreichend vorbereitet ist.

In dem Dokument wird diese Motivation klar formuliert*: „Konflikte und Kriege sind für niemanden von Vorteil. Alle Parteien müssen rational bleiben und Zurückhaltung üben, es vermeiden, die Flammen zu schüren und die Spannungen zu verschärfen, und verhindern, dass sich die Krise weiter verschärft oder gar außer Kontrolle gerät.“*

Die tatsächlichen Positionen der Kriegsparteien zur **„Beendigung der Feindseligkeiten“** und zur **„Aufnahme von Friedensgesprächen“** sind momentan folgende. Das **imperialistische Russland** hat seine militärischen Minimalziele erreicht:

- Die Krim ist seit 2014 de facto ein Teilstaat Russlands.
- Im Donbas sind große Gebiete in Luhansk und Donezk besetzt (nach russischer Lesart: befreit!), ein Landkorridor zwischen Donbas und Krim ist besetzt.
- Der Zugang der Ukraine zum Asowschen Meer ist abgeschnitten.
- Oberhalb der Krim sind Teile Chersons als Pufferzone besetzt.

Deswegen zeigt Putin sich eher bereit zu *„Friedensgesprächen“* unter *„Anerkennung der gegebenen Situation“.* Während die **westlichen Imperialisten** durch ihr Sprachrohr in der Ukraine Selenskyj erklären, dass das **Zurückziehen des russischen Militärs** aus allen besetzten Gebieten, einschließlich der Krim, **Vorbedingung** für die Aufnahme etwaiger Friedensgespräche sei. So geht das gegenseitige Morden auf ukrainischem Boden munter weiter!

Wer führt Krieg und warum?

Warum reden wir, wenn wir von den Kriegsparteien sprechen, nicht von Russland, das einen aggressiven völkerrechtwidrigen Krieg gegen die Ukraine führt und vom tapferen ukrainischen Volk, das einen heldenhaften, mutigen Befreiungskrieg gegen die imperialistische Besatzung ihres Territoriums führt?

Warum reden wir nicht von einem Krieg der Demokratie für Freiheit, Menschenrechte, westliche zivilisatorische Errungenschaften usw. gegen ein autokratisches, aggressives, diktatorisches Regime mit einem quasi besessenen, machthungrigen Autokraten an der Spitze? Das wird uns ja über die Mainstream Medien jeden Tag eingebläut.

Oder aber warum reden wir nicht von einer antifaschistischen, antiimperialistischen „Spezialoperation“ des von aggressiven Nato-Staaten umzingelten, in die Enge getriebenen Staates Russland, das nur die „Denazifizierung“ und „Demilitarisierung“ in dem Land eines Brudervolkes, und die Wiederherstellung der mit Füßen getretenen Rechte der russischen Bevölkerung im Sinn hat? Das wird uns von russischen oder „russlandfreundlichen“ Medien eingebläut – die in den ach so demokratischen Ländern des Westens, so in Deutschland z.B. RT-Russia TV, offiziell verboten sind.

So wie die **Machtverhältnisse in den Medien**, so ist die **„öffentliche Meinung“**.

Für die **übergroße Mehrheit i**n Deutschland ist die erste Version vom Befreiungskrieg Ukraine gegen die russische Aggression die Wahrheit. Ukrainische Fah-

1 tkp.at/2023/02/24/das-ist-chinas-friedensplan

nen werden an den Masten der Rathäuser, Kulturinstitutionen, und überall sonst noch wo es Fahnenstangen gibt aufgehängt. Menschen hüllen sich in ukrainische Fahnen und beteiligen sich im Namen der Solidarität an Demonstrationen, die eine einzige Kriegshetze sind. Ehemalige friedensbewegte, pazifistische Organisationen und Menschen mutieren teilweise zu **schlimmsten, aggressivsten Kriegsbefürwortern**. Die Habecks, Baerbocks und Co. haben die Fischers und Trittins schon lange rechts überholt, was wahrlich schwer ist.

Für eine **kleine Minderheit**, die allerdings stärkeren Zulauf haben wird, je länger der Krieg dauert, und „deutsche Interessen" tangiert werden, ist die zweite Version näher an der Wahrheit. Es wird dann teilweise im Querfront-Format, für den sofortigen Stopp der Kriegshandlungen und die Aufnahme von Friedensverhandlungen demonstriert, weil dieser Krieg nicht in **„Deutschlands Interesse"** geführt wird. Und so was nennt sich „Aufstand für Frieden". So geschehen am 25. Februar auf der „Friedensdemonstration" in Berlin von der an ihrer eigenen Partei bastelnden S. Wagenknecht & der unter dem Deckmantel des Feminismus agierenden Rassistin A. Schwarzer.

Querfront mit Friedenstaube

All das gehört in die Sparte der **Kriegspropaganda** gehört! Das sind Lügen, die mit Halbwahrheiten verwoben sind. Das sind realitätsverzerrende Tatsachen ignorierende und verdrehende Darstellungen, um uns Werktätige für die Kriegsziele der Kriegsführenden zu gewinnen. In einem Krieg ist die Unterstützung der eigenen Bevölkerung besonders wichtig. Die **Kriegsparteien in der Ukraine** sind nicht die Ukraine und Russland, sondern die **westlichen imperialistischen Mächte** mit dem US-Imperialismus an ihrer Spitze auf der einen und **Russland und seine Verbündeten**, vor allem die imperialistische Großmacht China auf der anderen Seite. Es geht den jeweiligen Kriegsparteien darum die eigene Position in der Ukraine, in diesem praktisch letzten nicht vom „Westen" gänzlich eroberten Land des ehemaligen 1990 zusammengebrochenen „Ostblocks" an der Westgrenze Russlands für den dritten Weltkrieg auf- und auszubauen.

Nicht nur Russland, auch westliche imperialistische Mächte sind offene Kriegspartei in der Ukraine

Auf der einen Seite ist eine imperialistische Großmacht offen und direkt Kriegspartei. Den Stellvertreterkrieg in der Ukraine, den Russland seit **2014** im Donbasgebiet über die ausgerufenen „Volksrepubliken" Luhansk und Donezk geführt hat, wandelte es am **24. Februar 2022** in einen **direkten Interventionskrieg** mit eigenen Truppen um.

Auf der anderen Seite läuft der Krieg als ein **Stellvertreterkrieg der westlichen Imperialisten** gegen ihren Rivalen Russland, den sie über Selenskyj's ukrainische Armee führen. Die Politiker:innen, Militärs, Medien-Vertreter:inen der westlichen imperialistischen Mächte verkünden schamlos bei jeder Gelegenheit, dass die westlichen Staaten keine Kriegspartei seien.

Es gibt ab und zu noch diplomatisch unerfahrene, aber forsche bürgerliche Politiker:innen wie Baerbock, die bei der Beantwortung der Frage eines Journalisten die Wahrheit ausgesprochen hat: *„Wir sind schließlich im Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander."* [2]

Oder es gibt ab und zu auch offensive Militärs, die laut sagen was sie denken. So Herr Wüst, Oberst der Bundeswehr und seit 2013 Vorsitzender des Bundeswehrverbandes. In einer Talkrunde fordert er für die deutsche Wirtschaft den **„Übergang zur Kriegswirtschaft"** und erklärt später noch, dass er den „Begriff Kriegswirtschaft ganz bewusst gewählt" habe. [3]

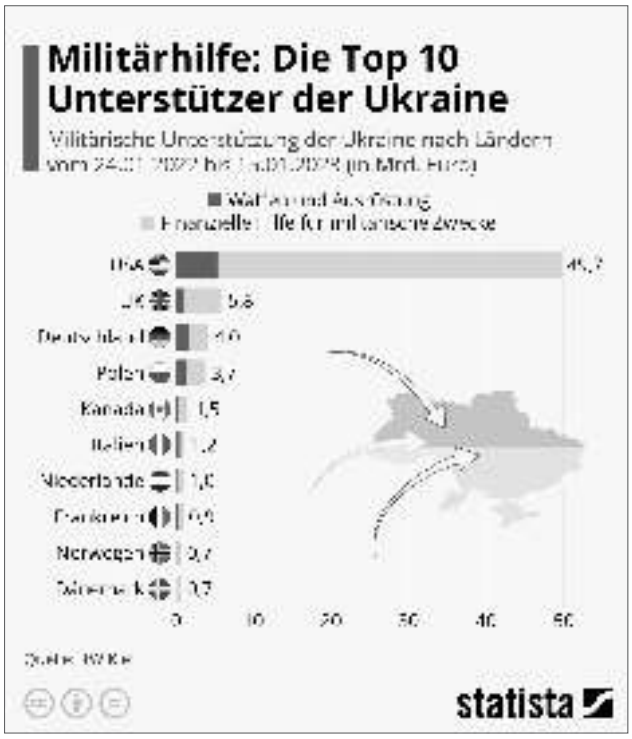
Das sind aber absolute Ausnahmen. Die Propagandalosung der Bourgeoisie in den imperialistischen Ländern der „westlichen Welt" beim Krieg in der Ukraine ist: Wir sind keine Kriegspartei. Die Erzählung über den Krieg lautet: Das kleine, tapfere, ukrainische Volk kämpft alleine gegen einen übermächtigen Gegner! Es ist ein Kampf David gegen Goliath. Dies wird ständig von Selenskyj, dem ukrainischen Präsidenten und Oberbefehlshaber diesem, bei westlichen Medien, Parlamenten, Festivals und Events digital omnipräsenten neuen Superhelden des Westens, durch immer neue Forderungen nach schweren Waffen, Panzern, Flugzeugen, Munition und Militärhilfe unterstrichen.

2 mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/diskussionen-aussage-baerbock-russland-krieg-100.html

3 zdf.de/nachrichten/politik/bundeswehr-ausruestung-kriegswirtschaft-100.html

Was die Fakten betrifft, ist aber diese Erzählung von der allein kämpfenden tapferen Ukraine eine ungeheuerliche Lüge.

Die westlichen imperialistischen Mächte sind, auch wenn sie momentan noch nicht direkt an der Front mit ihren eigenen Truppen auf dem Boden der Ukraine mitkämpfen, **direkte Kriegsparteien in diesem Krieg** auch vor Ort. Sie sind diejenigen, die vor allem die ukrainische Armee mit ihren enormen Militärhilfen aufpäppeln. Sie sind diejenigen, die die ukrainische Armee mit Waffen und Munition versorgen. Sie sind diejenigen, die die ukrainischen Soldat:innen trainieren und ausbilden. Sie sind mit ihren Legionären, die



teilweise als „Freiwillige“ getarnt sind und mit ihren zivil gekleideten Spezialkräften direkt auf dem Kriegsfeld. Was für Aufgaben diese Spezialkräfte ausführen, haben wir z.B. an der Aktion der Sprengung der Nordstream II Pipeline durch „Unbekannte“ in 70 Metern Meerestiefe erlebt. Interessant ist In diesem Zusammenhang, dass Biden, Präsident der USA, öfters den Stopp des Weiterbaus von Nordstream II gefordert und auch offen gedroht hat, dass die USA die nötigen Mittel und Wege haben, wenn nötig, dies auch selber zu tun. Offenbar höchst erfolgreich!

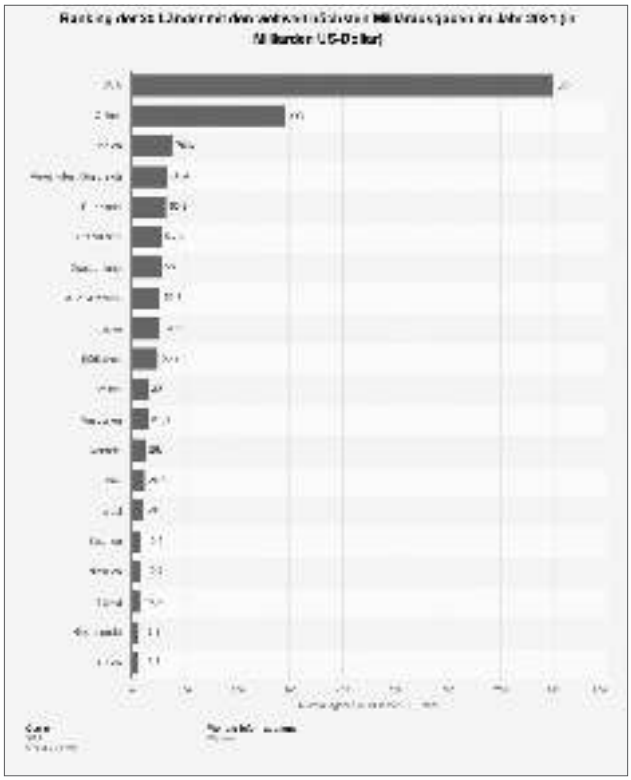
Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache: In den Jahren **2018-2022** haben sich die Waffeneinfuhren der Ukraine gegenüber den Jahren **2013-2017** um **8 631 Prozent** – das heißt **863 fach** erhöht! Diese Einfuhren kamen vor allem von den westlichen imperialistischen Großmächten. Das war vor dem Beginn der Intensivierung des Kriegs in der Ukraine, der praktisch seit dem **„Maidan-Putsch“** oder „Aufstand“, je nach der Erzählung der Kriegsparteien, im Donbas geführt wurde. Sie haben die Ukraine bis an die Zähne bewaffnet. [4]

Die Militärhilfe der westlichen imperialistischen Mächte an die Ukraine hat sich nach dem **24. Februar 2022** enorm erhöht. Die Summe der Militärhilfe von nur zehn westlichen Ländern beträgt im Zeitraum zwischen dem 24. Januar 2022 und dem 15. Januar 2023 – in weniger als einem Jahr **69,2 Milliarden Euro**! [5] Zum Vergleich: Die Militärausgaben Russlands im Jahr 2021, das sich in der TOP 20 Liste der Militärausgaben nach den USA, China, Indien, UK (England) an fünfter Stelle weltweit befand, betrugen **65,9 Milliarden US-Dollar**. [6]

Das ist das Verhältnis Militärausgaben zwischen dem Goliath-Russland gegenüber dem David-Ukraine. Das zeigt, dass es bei den Militärausgaben tatsächlich um einen Kampf von zwei Goliaths gegeneinander geht. Es ist nicht die Ukraine, sondern es sind die westlichen, imperialistischen Mächte, die in der Ukraine gegen Russland mit ihren enormen Militärhilfen mitkämpfen und Krieg führen.

Unter den Kriegsparteien der westlichen imperialistischen Mächte in der Ukraine ist der **US-Imperialismus**, wieder an erster Stelle. Seine Militärhilfe an die Ukraine in einem Jahr nähert sich mit **44,3 Milliarden US-Dollar** fast der Summe an, die er selbst im Krieg gegen **Afghanistan** zwischen 2001-2010 ausgegeben hat **45,6 Milliarden US-Dollar!** [7]

4 de.statista.com/infografik/29475/sipri-bericht-2023/
5 de.statista.com/infografik/27275/ruestungs-und-waffenhilfezusagen-von-regierungen-an-die-ukraine/
6 de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/
7 de.statista.com/infografik/29370/durchschnittliche-jaehrli-



Und last but not least: Die westlichen imperialistischen Mächte sind diejenigen, die den bankrotten ukrainischen Staat überhaupt mit Geld versorgen. Sowohl für die Beseitigung der Kriegsschäden und den „Neuaufbau der ukrainischen Städte" wie auch für die gesamte Staats-Bürokratie und die am Boden liegende Wirtschaft werden Millionen, ja Milliardensummen bewegt.

Von wegen „Wir sind keine Kriegspartei"!

Der **deutsche Imperialismus** mischt in diesem Krieg auch kräftig mit. Deutsche Waffen, Deutsches Geld morden auch im Krieg in der Ukraine massiv mit. Nach elf Monaten liegt Deutschland bei der Militärhilfe an die Ukraine, hinter den USA und UK (England) mit vier Milliarden Euro an **dritter Stelle**. Und es wird weiter nachgeschoben. In der letzten Klausurtagung der Ampelregierung Ende März 2023 wurden weitere zwölf Milliarden Euro Militärhilfen für den ukrainischen Staat bis 2030 bewilligt.

Die **Rüstungsindustrie Deutschlands** feiert ihre fettesten Gewinne in den letzten Dekaden. Heckler & Koch, Rheinmetall u.a. vervielfachen ihre Profite!

Die ukrainische Armee wird nicht nur in Polen, sondern auch direkt in Deutschland an deutschem Kriegsgerät geschult. Nach einigem taktischen sich Zieren hat Deutschland nach dem Marder, nun die ersten Leopard-Panzer an die ukrainische Armee geliefert – inklusive deutsches „Wartungspersonal"!

Ukrainische Soldat:innen wurden und werden in der BRD an Panzern und weiteren militärischen Geräten ausgebildet.

Von wegen „Wir sind keine Kriegspartei"!

Die beste Antwort auf die Frage „wer führt in der Ukraine Krieg gegen Russland und seine Verbündeten" lieferte das ukrainische „Verteidigungsministerium" in einem Tweet an dem Tag der Lieferung der Leopard-Panzer. Da wird ein Foto veröffentlicht mit vier verschiedenen schweren Kriegsgeräten, mit Soldaten davor. Die Geräte sind mit je einer Fahne der USA, Englands, Deutschlands, und natürlich der Ukraine geschmückt. (siehe Foto S. 9)

Der Tweet-Inhalt lautet: *„Sie sind angekommen. Strykers und Cougars aus den USA, Challengers aus dem Vereinigten Königreich, Marders aus Deutschland. Von der US-Luftwaffe wurden sie mit Vergnügen transportiert. Für die besten der Soldaten die besten Fahrzeuge."* [8]

Das ist kein Krieg zwischen Ukraine und Russland! Die westlichen imperialistischen Mächte sind Kriegspartei, an der Seite der Ukraine.

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Die einzig richtige Antwort auf diesen Krieg in der Ukraine ist die Erhöhung des Klassenkampfs gegen den Hauptfeind im eigenem Land: Gegen die eigene Bourgeoisie!

Wir haben von vornherein festgestellt, dass der Krieg in der Ukraine ein Krieg der imperialistischen Großmächte untereinander, ein **innerimperialistischer**

che-us-militaerausgaben-bei-ausgewaehlten-konflikten/

8 n-tv.de/politik/Leopard-Marder-Deutsche-Panzer-in-Ukraine-angekommen-Soldaten-Lehrgaenge-abgeschlossen-article24015591.html

Krieg ist. Dieser Krieg ist, wie alle momentan in der Welt laufenden lokalen Kriege Teil des **„Kampfes der imperialistischen Großmächte für die Neuaufteilung der Welt“.**

Diese Neuaufteilung ist notwendig, weil die Kräfteverhältnisse in der imperialistischen Welt sich grundlegend verändert haben und sich weiter zu Ungunsten der bisher herrschenden Mächte verändern.

Das Aufkommen **Chinas** zu einer imperialistischen Großmacht, die Rückkehr des wieder erstarkenden russischen Imperialismus auf der politischen Weltbühne, das Begehren mittelgroßer Mächte wie Brasilien, Iran, Türkei sich als unabhängige imperialistische Mächte zu entwickeln, die Entwicklung Indiens in Richtung einer eigenständigen imperialistischen Macht etc. haben die Vormachtstellung des US-Imperialismus und seiner „westlichen“ imperialistischen Partner:innen, die teilweise selber Großmächte sind, ins Wanken gebracht.

Diese **Umwälzung der Kräfteverhältnisse** zwingt alle imperialistischen Mächte sich auf einen **neuen Weltkrieg** vorzubereiten. Die alten Herrscher:innen wollen ihre alten Positionen nicht aufgeben, die neu aufkommenden wollen immer größere Teile des Kuchens!

Im imperialistischen System gibt es letztendlich keinen anderen Weg des Verteilens als den durch Gewalt, das heißt Krieg. Die heutigen Kriegsschauplätze wie Jemen, Mali, Kongo, der mittlere Osten mit Kurdistan, Palästina, Irak, Syrien etc. und in Europa nun seit über einem Jahr die Ukraine, sind Schauplätze des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt, wo hinter den kriegsführenden Parteien diese oder jene imperialistische Großmacht steht.

... TOMATE & MOZZARELLA ...

Pizza-Karton-Werbung der Bundeswehr: Rekrutierung fürs Kriegshandwerk

In dieser Konstellation der Kräfteverhältnisse gehen die nationalen Befreiungskämpfe der Völker unter, sie bestimmen nicht den Charakter der laufenden Kriege. Die Völker schlachten sich gegenseitig auf den Kriegsschauplätzen ab, gewinnen oder verlieren tun diese oder jene imperialistischen Großmächte und ihre „Bündnispartner“, richtiger gesagt ihre „Kämpfer auf dem Felde“.

Und alle diese Kriege sind Vorbereitungen auf einen neuen Weltkrieg, der unausweichlich kommen wird, wenn er nicht durch **proletarische Revolutionen verhindert**, oder aber durch eine **internationale, internationalistische wirklich mächtige Friedensbewegung** verhindert und zumindest verschoben wird.

Wer wirklich Frieden will, muss gegen den Kapitalismus kämpfen Wenn wir das sagen, sagen viele, wir würden übertreiben, auch die Bourgeoisie hätte aus zwei Weltkriegen gelernt, sie würden nie einen dritten, wahrscheinlich nuklearen Weltkrieg riskieren. Dazu wollen wir nur sagen, sie verstehen nicht das Wesen des Imperialismus.

Wer **wirklich Frieden** will, muss gegen den Kapitalismus, gegen den Imperialismus kämpfen. Denn Kapitalismus und Imperialismus sind der unvermeidbare Drang nach Maximalprofit, die unstillbare Gier der Bourgeoisie nach immer mehr Macht und Reichtum. Das ist der Grund der Kriege in der ach so „zivilisierten“, modernen, kapitalistischen Welt.

Und Krieg wird nicht nur gegen die Völker sondern auch gegen die Grundlagen jedes Lebens und gegen die Natur geführt.

Es ist höchste Zeit sich zu organisieren und aufzustehen gegen alle Formen der Barbarei des Imperialismus, deren eine Form wir heute, neben anderen regionalen Kriegen, im Krieg in der Ukraine erleben.

Und diese **Barbarei des Imperialismus** äußerst sich in so vielen weiteren **Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen:** Rassismus, Sexismus, Patriarchat, religiöser Wahn, chauvinistischer Nationalismus, grenzenlose Ausbeutung der Werktätigen und der Natur. Der Kapitalismus hat die Vernichtung der Lebensgrundlagen so weit gebracht, dass der Kapitalismus die ganze Welt mit sich selbst in der Barbarei zum Versinken bringt. Wenn wir dieser Entwicklung keinen Halt gebieten.

Es ist Zeit „Es reicht“ zu sagen!

Es ist Zeit für eine andere Welt,
eine Welt ohne Barbarei zu kämpfen!

Es ist Zeit für Sozialismus zu kämpfen!

Strategiepapier des US Imperialismus

In seinem Artikel „**Demokratien gegen Autokratien" – die neue Formel des imperialistischen Hegemonieanspruchs"** fasst Conrad Schuhler,[1] unter der Überschrift
„1. Der totalitäre Anspruch der US-Regierung" die Einleitung von Präsidenten Biden für das Strategiepapier der USA 2022 zusammen. Wir zitieren, die uns wesentlich erscheinenden Passagen und kommentieren sie:

» *„**Die Welt steht an einem Wendepunkt.** Wie die USA auf die enormen Herausforderungen und die beispiellosen Möglichkeiten von heute reagieren, wird die Richtung der Welt und Sicherheit und Wohlstand des amerikanischen Volkes auf Jahrzehnte hinaus bestimmen."*

Anstatt *„Wendepunkt"* heißt es beim heutigen politischen Führer des deutschen Imperialismus, dem „sozialdemokratischen!" Bundeskanzler Scholz einen Zahn schärfer ***„Zeitenwende"***, und ihm geht es natürlich um *„Sicherheit und Wohlstand des deutschen Volkes."*
Allerdings funktioniert das natürlich nur in Zusammenarbeit mit dem großen Bruder über den Atlantik! Die **deutsche Bourgeoise** hat sich in den letzten Jahren verstärkt weltweit als **Großmacht positioniert** und daraufhin gearbeitet sich von dem Bruder über dem Atlantik noch unabhängiger zu machen.
Eine Option hierbei war die **forcierte ökonomische Zusammenarbeit** mit **Russland und China**. Durch diese intensivierte Zusammenarbeit mit Russland, gegen die die USA immer ihre Unzufriedenheit zu Protokoll gab, entwickelte sich sogar im Energiesektor eine **Abhängigkeit Deutschlands** vom Import des relativ billigen russischen Öls und Gas.
In der Halbleiter-Technologie und -Produktion sowie in der Photovoltaik-Paneele-Produktion haben wiederum die relativ billigen Importe aus China die Entwicklung in Deutschland in diesen Sparten gehemmt.
Aber Russlands Angriff auf die Ukraine hat die Pläne, angesichts der **relativen militärischen Schwäche** Deutschlands vorerst verändert. Für die Sicherheit braucht Deutschland nach wie vor den großen Bruder über dem Atlantik. Die rot-grün-gelbe Regierung arbeitet mit „Wumms"chen daran das massiv zu verändern, aber dafür braucht sie Zeit!

» *„Wir sind inmitten einer strategischen Auseinandersetzung um die Zukunft der internationalen Ordnung. Wir werden im engsten Zusammenwirken mit unseren Partnern und allen, die unsere Interessen teilen, darum kämpfen, dass **unsere Werte** siegen – wir werden unsere Zukunft nicht denen überlassen, die **unsere Vision einer freien, offenen und sicheren Welt** nicht teilen."*

Welche „Werte" dies sind, weiß zum Beispiel die „Black Lives Matter", BLM-Bewegung im „freien" Land Amerika aus eigener bitterer Erfahrung. Wie diese Vision „einer freien, offenen, sicheren Welt" in Wirklichkeit umgesetzt wird, haben die Völker der Welt seit Jahrzehnten in den barbarischen Kriegen der USA z.B. in Vietnam, im Irak, in Syrien, im ehemaligen Jugoslawien, in Lateinamerika etc. grausam erlebt.

» *„Diesen Kampf werden die USA anführen. „Die Notwendigkeit für amerikanische Führung ist so groß, wie sie jemals gewesen ist**… Keine Nation ist besser in der Lage, mit Stärke und klarem Ziel zu führen als die Vereinigten Staaten von Amerika."***

Eine bessere Formulierung für den imperialistischen Welthegemonieanspruch der USA kann kaum gefunden werden.
Na ja, es gibt allerdings schon große Konkurrenz. Denn der in den Dokumenten der KP Chinas und in den Volkskongress-Beschlüssen immer wieder auftauchende Anspruch „China wird 2050 in der Welt den ihm zustehenden Platz einnehmen" – gemeint ist die „Mitte der Welt" zu sein! – ist auch nicht von schlechten Eltern.
Auch deswegen heißt es im Strategiepapier der USA ganz offen und offensiv:

» ***Gegner Nr. 1** ist die **Volksrepublik China**, die „die Absicht hegt und in wachsendem Maß die Fähigkeit hat, die internationale Ordnung so umzuformen, dass sie das globale Spielfeld zu ihren Gunsten gestaltet".*

» ***Gegner Nr. 2 ist Russland**, das mit seinem Angriff auf die Ukraine den Frieden in Europa zerstört habe und überall Instabilität verbreite. „Die Autokraten machen Überstunden, um die Demokratie unterminieren und ein Regierungsmodell zu exportieren, dessen Kennzeichen Unterdrückung nach innen und Zwang nach außen sind."*

Klar und deutlich sehen wir in dem Strategiepapier auch wer in der Ukraine gegen wen Krieg führt. Die

1 Autor und Mitarbeiter des ISW München, Vorveröffentlichung aus dem neuen Buch des Autors, „Deutschland im Wirtschaftskrieg", Papyrossa Verlag, März 2023, www.isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5047-demokratien-gegen-autokratien-die-neue-formel-des-imperialistischen-hegemonieanspruchs, Januar 2023

USA ist Kriegspartei in diesem Krieg und es ist zugleich ein Krieg gegen das „autokratische" China, das das „autokratische Russland" unterstützt! Was für eine Heuchelei der Kampf der USA gegen „Autokratien" ist, wissen wir von ihren Beziehungen mit Staaten wie Saudi Arabien, mit Ägypten unter Sissi, mit Evren in der Türkei, der einer von „our boys" war, etc.

» *Die **USA** haben um den Globus ein beispielloses Netzwerk von Allianzen und Partnerschaften gelegt, um diese Auseinandersetzung zu gewinnen. Als „Kernallianzen" werden für Europa die Nato – „ist stärker und einiger als jemals" – und für den Indopazifik AUKUS (Australien, Vereinigtes Königreich, USA) genannt. Weiter aufgezählt werden EU, der Indo-Pacific Quad, das Indo-Pacific Economic Framework und die „Americas Partnership for Economic Prosperity" für Lateinamerika.*
Das sind die Allianzen der USA für den dritten Weltkrieg auf „westlicher" Seite. Natürlich alles unter US-Führung.

» *Die **Autokraten** irren, wenn sie glauben, Demokratien seien schwächer als Autokratien. Die Innenpolitik ist ein Teil dieses Kampfes. Wir werden weiter in Amerikas globales Wettbewerbsfähigkeit und Anziehungskraft investieren und „die Träumer und Strebsamen aus aller Welt zu uns ziehen". Und „wir werden weiter zeigen, wie Amerikas dauerhafte Führung sich den Herausforderungen von heute und morgen stellt".*
Bidens Einleitung schließt mit dem Satz: „Ich bin mehr denn je überzeugt, dass die USA alles haben, was nötig ist, um den Wettbewerb um das 21. Jahrhundert zu gewinnen. Es gibt nichts, was jenseits unserer Fähigkeiten ist." [2]

Das ist wie das Pfeifen eines Kleinkindes im Walde, um seine Angst zu überwinden, wenn wir uns vergegenwärtigen,

* dass die USA heute der am höchsten verschuldete Staat der Welt ist,
* dass sie im Inneren politisch völlig polarisiert ist,
* dass sie unter den unterdrücktem Völkern verhasst ist,
* dass ihre westlichen Verbündeten ihre Vasallenposition gegenüber dem großen Bruder immer mehr abstreifen
* dass die Vorherrschaft des Dollars in der Weltwirtschaft immer weiter zurückgedrängt wird
* kurz, dass die USA eine immer schwächer werdende imperialistische Großmacht ist, während insbesondere China eine aufstrebende imperialistische Großmacht ist.

Deswegen schlussfolgern wir aus dieser Analyse, dass die Hauptakteure des kommenden Weltkriegs die USA auf der einen und China auf der anderen Seite sein werden. Alle heutigen regionalen Kriege sind nichts als Vorbereitungen für den Großen Krieg, einen neuen Weltbrand, der wenn er mit Nuklearwaffen geführt wird, durchaus das Potential hat die Menschheit zu vernichten und die Erde zu einem unbewohnbaren Planeten zu machen.

2 National Security Strategy, www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/11/8-November-Combindes-PDF-for-Upload/pdf

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!

Ausgabe Nr. 34 zum 1. Mai 2023

1. Mai Kampftag der werktätigen Menschen

In welcher Welt leben wir?

Kriege, Armut, Flucht, Krisen, Klimakatastrophen, Elend, Unterdrückung und Gewalt, Ausbeutung und Zerstörung – Zukunftsangst – was kommt noch alles? Klar, viele denken, dass wir nur belogen und betrogen werden… basteln sich ihre eigene „Wahrheit". Oft ist das aber wieder die „Wahrheit" anderer, die uns für ihre eigenen Interessen allerlei in die Köpfe pflanzen.
Wer blickt da noch durch?

Wir stellen uns vor, dass es gar nicht so schwer ist, sondern sehr einfach:

Wir leben in einer Klassengesellschaft. Die herrschende Klasse ist hier in Deutschland die Kapitalistenklasse. Ihr Herrschaftssystem ist die bürgerliche Demokratie.

Moment, Demokratie? Herrschaft des Volkes? Ist das so? Sie erzählen uns, das Volk sei der „Souverän" weil wir ja wählen.

Hier hat aber nur das Recht, mitzubestimmen, wer auch Staats-Bürger:in ist. UND „MIT-bestimmen" ist auf das Stimme abgeben bei Wahlen aller Art beschränkt. Wir sollen zusehen, wie in anderen Ländern unsere Klassengeschwister noch schärfer ausgebeutet werden, damit Kapitalisten in Deutschland billig an Rohstoffe kommen. Gleichzeitig setzen sie uns gegeneinander in Konkurrenz.

Die so genannte Globalisierung ist für die internationale Arbeiter:innenklasse eine einzige Abwärtsspirale: Löhne, soziale Rechte und Versorgung – alles wird für die Interessen der Kapitalisten und ihren Profit gedrückt, beschnitten, eingeschränkt. Gesundheit, Wohnen, Sicherheit, auskommen im Alter und bei Krankheit … alles muss zurückstehen für den Maximalprofit. Ja, auch die Kriege auf allen Kontinenten gehören zu diesem System, genauso wie die immer wieder aufkommenden Krisen … die Klimakatastrophe.

Und jetzt? Das ist doch eine unüberwindliche Übermacht… von wegen „einfach"?!

JA, es ist eine Übermacht. Das Kapital hat seine Herrschaft gut ausgebaut. Und trotzdem haben sie Angst, da oben. Trotz ihrer Milliarden-Profite und trotz der Staatsmaschinerie, die ihre Herrschaft unter dem demokratischen Deckmäntelchen aufrecht erhält. Sie haben Angst, Angst vor uns. Angst davor, dass wir unsere Kraft erkennen und ihre Herrschaft in Frage stellen könnten…

Nee, is klar. Das kannste sonst wem erzählen. Wie soll das denn gehen?

Ja, das ist tatsächlich schwer vorzustellen: In Deutschland ziehen wir militant zu Millionen durch die Städte, durch das Land und fordern lautstark, dass das Rentenalter gesenkt wird…

Klingelt's?

Warum sollten wir das nicht können? Warum reden wir nur „brav deutsch" und zur Abwechslung nicht mal „französisch"? …Unsere Kolleg:innen in Frankreich können kämpfen, halten seit Wochen den Widerstand aufrecht und tragen ihren Protest auf die Straße.
Und auch in Frankreich läuft die Staatsmaschinerie. Präsident Macron fordert „seine lieben Landsleute" auf, nicht über die Stränge zu schlagen und boxt sein Gesetz für das erhöhte Rentenalter durch – am Parlament vorbei. Und die Spezial-Polizeieinheiten prügeln und knüppeln die Arbeiter:innen nieder!

Trotz alledem: Immer wieder Streiks, ja, fast schon Generalstreik, Autobahnbesetzungen, Blockaden… Lautstark und organisiert!

Immerhin bricht sich auch hier im Land der Frust über immer höhere Preise und sinkende Sozialleistungen in steigender Wut Bahn. Der massive Druck vieler Arbeiter:innen führte in den Tarifrunden zu Jahresbeginn bei den sonst eher kompromissbereiten DGB-Gewerkschaften zu kämpferischen Tönen und trotz

Krise und Konzern-Gejammer auch zu spürbaren Arbeitsniederlegungen.
Welch ein Aufschrei in Deutschland, als ver.di und EVG zum 24-Stunden-Streik aufriefen. Das Streikrecht müsse überprüft werden, tönte es da aus den oberen Etagen von Kabinett und Kapital aus den Konzernen und „Arbeitgeber"verbänden. All das soll und darf uns in Zukunft nicht aufhalten!

Das muss uns endlich klar werden!

Ohne uns Werktätige läuft nichts! Gar nichts! Zusammen geschlossen haben wir die Kraft, ALLES aufzuhalten! Wir Arbeiter:innen sind in der Lage, unseren Betrieb, die Fabriken, die gesamte Maschinerie in diesem Land und überall, wenn wir uns zusammenschließen mit den Arbeiter:innen und unterdrückten Völkern aller Länder – einfach alles – still zu legen! Es war und ist so, dass wenn wir zusammenstehen und entschließen: „Nichts geht mehr!" Dann geht auch nichts mehr!

Das ist unsere Macht!

Wir können mit dieser Macht vieles erreichen. Wir können alles selbst neu auf- und umbauen. Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, höhere Löhne! Das muss endlich in unsere Köpfe: Schon die ernsthafte Androhung, für drei Prozent mehr Lohn in einen unbefristeten Streik zu treten, macht, wie wir gesehen haben, viel aus. Aus heutiger Sicht nahezu unfassbar, was alles möglich wäre: Schluss mit Sozialabbau, Altersarmut. Bessere Schulen und Bildungsmöglichkeiten. Umweltfreundliche Energie und Mobilität. Umwandlung der Kriegsindustrie... Sogar Kriege können wir verhindern.

Tief in uns schlummert das Wissen, dass wir unsere Welt zu einer Welt ohne Ausbeutung machen können. Dass sich kaum etwas der revolutionären Entschlossenheit des Proletariats mit seinen Verbündeten entgegenstellen kann.

Warum, um alles in der Welt, tun wir das nicht? Weil wir nicht überzeugt sind. Weil wir den Versprechungen der Herrschenden und ihren Medien noch immer glauben. Weil wir eher glauben, dass Menschen auf der Flucht vor Elend und Krieg unseren Wohlstand gefährden, als dass deutsche und internationale Banken und Monopolkonzerne uns ausplündern und ruinieren. Weil wir, anstatt uns gegen die Unterdrücker:innen zu stellen, auf ihre Lügen und Hetz-Propaganda reinfallen. Die Herrschenden wissen, welche Macht in der Arbeiter:innenklasse schlummert. Und sie wissen auch, dass sie mit allen Mitteln verhindern müssen, dass wir unsere Kraft gegen sie wenden.

Woher kommt der unermessliche Reichtum der Herrschenden?

Unsere Arbeit schafft ihn. Wir gehen leer aus, weil wir nur einen Bruchteil dessen als Lohn ausgezahlt bekommen, was wir in unserer Arbeitszeit an Profit für die Kapitalisten erwirtschaften. Alle Armut, alles Elend kommt daher.
Gleichzeitig treiben sie die Spaltung innerhalb der Arbeiter:innenklasse voran. Immer wieder aufs Neue mit den immer alten Methoden. Rassismus, Sexismus, Unterdrückung von Frauen, Transmenschen, Diskriminierung wegen Religionszugehörigkeit oder sexueller Orientierung, Ausgrenzung wegen Krankheit und/oder Behinderung, Altersdiskriminierung.

Gegen diese zerstörerische, unsere Kampfkraft schwächende Spaltung setzen wir unsere Solidarität! Diese proletarische Solidarität vereinigt alle ausgebeuteten Menschen und unterdrückten Völker.

Und diese Solidarität brauchen wir! Denn für ihre Ziele gehen die Herrschenden, Vertreter:innen des Kapitals, über Leichen!
Das Mittelmeer – immer wieder Grab für unzählige Menschen auf der Flucht. Mit dem Wunsch, (besser) zu leben, treiben sie in maroden Booten auf offener See. Die Antwort des EU-Imperialismus? Mauern, Stacheldraht, Festung Europa, Abschieben und Grenzen dicht ... bloß nicht zu uns. See-

not-Retter:innen werden kriminalisiert. Die rassistische Hetze bleibt.

Die Herrschenden – Wer sind sie?

Kapitalisten in der Industrie und Finanzwirtschaft auf der Jagd nach dem maximalen Profit. Imperialist:innen mit dem Ziel, immer mehr Einfluss in immer mehr Ländern zu erlangen. Das sind sie und ihre Handlanger:innen in Regierung und Parlamenten, in den Institutionen der herrschenden Klasse, der Kapitalistenklasse, die sich mehr und immer mehr Ausbeutungs- und Rohstoffquellen auf der Erde unter den Nagel reißen. Dafür brauchen sie uns, die werktätigen Menschen in den jeweiligen Ländern im Hintergrund.
Für ein angeblich „nationales Interesse" sollen wir bereit sein, hinter ihren Raubzügen zu stehen und als Soldat:innen in „Friedenstruppen" oder sonstwie ihre Kriege zu verschleiern. Dann heißt es z.B. „Solidarität mit der Ukraine", „Für die Frauenrechte in Afghanistan",„Friedenstruppen für die Sicherung der Demokratie" in diesem oder jenem Land … Tatsächlich meinen sie: „Solidarität mit den deutschen Interessen in allen Kriegen", „Für die Wirtschaftsrechte in Afghanistan und anderswo", „Deutsche Truppen für die Sicherung deutschen Einflusses" in diesem oder jenem Land.

Kein Wunder gibt es Krieg auf allen Kontinenten.

Unermessliches Leid. Waffen liefern keinen Frieden! Wer Kriegsgerät produziert und zum Einsatz bringt, ist verantwortlich für dieses Leid. Deutschland ist Kriegsexportmacht Nr. 3 in der Welt. Die Waffen werden von Arbeiter:innen produziert.

Wollen wir den Krieg – nicht nur in der Ukraine – beenden, müssen wir die Rüstungsindustrie lahm legen.

Es wird Zeit – Sabotage und Streik!

Die Militärausgaben in diesem Land sind unvorstellbar astronomisch hoch – angeblich um die schrottreife Ausstattung der Bundeswehr zu verbessern. Die Gesellschaft wird militarisiert, auf Krieg eingeschworen.
Schon die Kleinsten dürfen bei der Bundeswehr am Tag der offenen Tür in Panzern sitzen und Manöver spielen.
Der aktuelle Streit zwischen Bund und Ländern um das notwendige Geld für die Unterbringung geflüchteter Menschen wäre mit einem Bruchteil des Kriegsbudgets aus der Welt geschafft.
Es gibt so viele Ideen, wie Geld besser verteilt, sinnvoller verwendet werden könnte. Doch leider steht der Charakter des Kapitalismus all diesen Vorschlägen im Weg. Der Kapitalismus funktioniert nämlich nur, wenn er wächst. Immer weiter wächst zu Gunsten der Kapitalisten mit Hilfe der Ausbeutung der Werktätigen.

Wer auf dem Geld sitzt und die Macht hat, wird nicht freiwillig gehen…

Wer behauptet, innerhalb dieses Systems gäbe es eine Lösung: Wir müssten nur die eine oder die andere Partei wählen, müssten die Strukturen ändern, die Korruption bekämpfen, mehr Kontrolle … nach Alternativen suchen, sieht vielleicht nicht klar, oder belügt uns, die werktätigen Menschen.
Lasst uns für Klarheit sorgen!

Unsere Alternative ist die Revolution, alles andere ist Illusion!

Reformen, Tarifrunden – all das sind nur kleine Schritte, die das kapitalistische System in seinen Grundfesten kaum stören. Dennoch drohen sie uns, sobald wir nur den Hauch von einem Anspruch auf ein Stück vom Kuchen erheben. Am Ende kommen nur Krümel raus, auch weil es mit diesen unseren Gewerkschaften keinen Kampf um ein Stück Kuchen geben wird, geschweige denn um mehr. „Unsere" Gewerkschaften sind leider viel zu sehr darauf ausgerichtet, den „sozialen Frieden" aufrecht zu erhalten, viel zu sehr mit Parlament und Profithaien verbandelt. Also rufen sie nur dann zu Kampf und Streik auf, wenn wir, die Massen, ihnen zu unruhig werden. Dann sollen wir erst Dampf ablassen und hinterher faule Kompromisse hinnehmen… Krümel eben.

Wir wollen aber mehr!

Wenn die Menschheit und diese Erde nicht in der Barbarei versinken sollen, brauchen wir den Mut für VIEL MEHR! Ein ganz anderes Gesellschaftssystem brauchen wir.

Diese UNSERE Alternative – eine Welt ohne Ausbeutung – können wir nur erreichen, wenn wir uns für die sozialistische Revolution organisieren und unsere geballte Kraft wie eine Faust donnernd auf der Tafel der Herrschenden landet!

Her mit dem sozialistischen System!

Jin Jiyan Azadi – Frau, Leben, Freiheit

Eine revolutionäre Situation gibt es dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen

Der gewaltsame Tod der **Kurdin Mahsā Jîna Amīnī** in Polizeigewahrsam im September letzten Jahres war Auslöser einer **landesweiten Revolte** gegen das faschistisch-islamisch (schiitische) Regime im Iran. [1]
Zunächst richteten sich die heftigen Proteste gegen den Kopftuchzwang. Doch sehr schnell haben sie sich ausgeweitet.
Überall im Land forderten Demonstrierende den Sturz des Regimes: *„Wir wollen die Islamische Republik nicht! Wir wollen sie nicht!"*, *„Wir lassen uns nichts mehr gefallen!"*, *„Tod dem Diktator!"*, *„Tod dem Chamenei!"* [2].
Solche und ähnliche Parolen zeigen die **Entschlossenheit der Massenbewegung** im Kampf gegen das Regime. Vor allem die **Frauen** und die **Jugend** beteiligen sich stark an den zahlreichen Widerstandsaktionen.
Fast 51 Prozent der Menschen in Iran sind jünger als 30 Jahre. Die Gesamtbevölkerung liegt bei 86Millionen. Drei Viertel davon leben in Städten, jedeR zehnte Einwohner:in lebt in Teheran. [3]
Aber auch die **unterdrückten Nationen in Ost-Kurdistan und Belutschistan** innerhalb des Staatsgebietes des Irans haben sich erhoben und kämpfen in den vordersten Reihen. [4]
Die Provinz Sistan und Belutschistan ist eine Wüstenregion an der Grenze zu Pakistan und Afghanistan. Sie ist die ärmste und am schwächsten entwickelte Provinz des Landes. Laut Schätzungen leben bis zu 70 Prozent der Belutsch:innen unter der Armutsgrenze, die Arbeitslosigkeit erreicht 60 Prozent.
Laut HRANA (Human Rights Activists News Agency) **brandete eine Welle** von 2 825 Protestkundgebungen in mehr als 160 Städte über das ganze Land. [5]

Die Revoltierenden gingen erhebliche Risiken ein. Das Regime schlug mit brutaler Härte zu. Mit den Sittenwächter, die wahllos mit Latten und Gerätschaften Menschen zusammenknüppelten, mit Scharfschützen und Maschinengewehre, die **gezielt auf die Demonstrant:innen** schossen.
Am 30. September richteten die Sicherheitskräfte in **Zahedan** (Hauptstadt der Provinz Sistan und Belutschistan) ein Massaker an. An dem Tag, der als „blutiger Freitag" in die Geschichte einging, feuerten bewaffnete Männer von den Dächern wahllos in die Menge. Allein an diesem Tag wurden um die Moschee bei Zusammenstößen rund hundert Menschen getötet.

Daneben ständige Bedrohungen, Schikanen, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Folter ...
Die Forderung nach der **Todesstrafe für Demonstrant:innen** seitens der überwältigenden Mehrheit des Parlaments, in dem praktisch nur Islamisten verschiedener Couleur sitzen (227 von 290 Abgeordnete).
Eine landesweit durchgesetzte, umfassende Internetsperre, die versucht jegliche Kommunikation zu unterdrücken. Es liegen Berichte darüber vor, dass beim Beschuss mit Schrotkugeln besonders bei Frauen gezielt auf Gesicht, Brüste und Genitalien gezielt werde.
Auch **brutalste Gewalt** an Kinder, wie Auspeitschung, die Verabreichung von Elektroschocks, die erzwun-

1 Mahsā Jîna Amīnī war am 16. September 2022 von der islamischen Sittenpolizei Gascht-e Erschad festgenommen und misshandelt worden, weil angeblich ihr Kopftuch nicht richtig saß. Drei Tage später verstarb sie.
2 Seyyed Ali Chamenei, „Führer der Islamischen Republik" Iran seit 1989
3 laenderdaten.info/Asien/Iran/index.php, abgerufen 07.04.2023
4 nzz.ch/international/proteste-in-iran-zahedan-ist-die-letzte-bastion-des-widerstands-ld.1724537, 07.02.2023
5 iranjournal.org/news/menschenrechtsverletzungen-im-iran, 19.03.2023

Faschistischer Terror

Ein nur unvollständiges Bild

Bis Februar 2023 sind mindestens 529 getötete Demonstrant:innen zu beklagen, darunter 71 Minderjährige. Seit März 2022 sind etwa 29 690 Menschen verhaftet worden; die meisten davon seit September.

Darunter 258 Gewerkschafter:innen, 235 Aktivist:innen nationaler Minderheiten, 169 Menschen religiöser Minderheiten, 328 Frauenrechtlerinnen und 24 Umweltaktivist:innen.
Mindestens 617 Todesurteile wurden verhängt und Hinrichtungen wurden vollzogen. Fünf Menschen waren zur Tatzeit minderjährig. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Anwendung der Todesstrafe von 80 Prozent. [1]

1 en-hrana.org/statistical-report-on-human-rights-in-iran-for-the-year-1401-hijri/?hilite=iran, 18.03.2023

gene Verabreichung unbekannter Pillen und das Halten der Köpfe der Kinder unter Wasser.
Drohungen von Vergewaltigung und andere sexualisierte Gewalt, einschließlich Elektroschocks an den Genitalien, Berühren der Genitalien wurde als Waffe gegen inhaftierte Kinder eingesetzt. Die Brutalität des faschistischen Regimes kennt keine Grenzen.
Seit Januar hatte das Regime den Aufstand in den meisten Städten und Regionen mit brutaler Repression weitgehend zurückgedrängt, bis auf die Provinzen Kurdistan und Belutschistan. Doch etwas bleibt und wirkt nach wie vor weiter: **Die mutigen iranischen Frauen haben den Stein ins Rollen gebracht und leisten weiter Widerstand.**
Diese spontane Revolte der unterdrückten Volksmassen, wo ein Funkte zum Steppenbrand wurde, wird getragen insbesondere von Frauen und der Jugend. Sie hat bisher noch kein landesweit agierendes und koordinierendes Zentrum und noch keine organisierende **führende politische, revolutionäre Kraft** hervorgebracht.
Aber der **Widerstand** flammt immer wieder, in den verschiedenen Städten, in Fabriken oder auf der Straße auf. Das Regime verschärft seine Repressionen täglich und zieht die Schraube der Unterdrückung immer weiter an.
In über „dreihundert Sitzungen" haben „Kulturausschuss" und Vertreter:innen des nationalen Sicherheitsrats des iranischen Staates über den neuen „Keuschheits- und Hijab-Plan" beraten.
Extreme weitere **Strafverschärfungen** gegen Frauen, die das Kopftuch nicht tragen, werden ausgehandelt. Z.B. Strafen wie Bußgeld bis zu 60 000 Euro, oder die Annullierung von Führerschein und Reisepass stehen zur Disposition. [6]
Keine kommunistische Bewegung, bzw. Partei konnte die Proteste landesweit koordinieren und anführen und sie in eine revolutionäre Richtung lenken. Das liegt daran, dass es keine – uns bekannte – **kommunistisch revolutionäre Partei im Iran** gibt, die eine breite Verankerung in den Betrieben und unter den Massen hat.
Die Führung im Massenwiderstand übernehmen überwiegend kleinbürgerliche, bourgeoise und sogar konstitutionell-monarchistische Gruppen bzw. Parteien.

Charta der Grundforderungen

Am 14. Februar veröffentlichten zwanzig Gruppen aus dem Iran, darunter unabhängige Gewerkschaften, feministische Gruppen und Student:innen-Organisationen eine „Charta der Grundforderungen" für einen bürgerlich-demokratischen Iran. Ihre minimalen Forderungen sind:

* Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen,
* Presse- und Meinungsfreiheit,
* Gleichstellung von Frauen und Männern,
* Anerkennung der Rechte von LGBTQI+-Personen,
* Trennung von Religion und Staat,
* Arbeitsplatzsicherheit und bessere Arbeitsbedingungen,
* Erhöhung des Mindestlohns,
* Freiheit für Gewerkschaften.

Auch eine friedliche Außenpolitik und respektvolle Beziehung mit allen Staaten werden erwähnt. [7]

Mousavi plädiert für eine neue Verfassung

Am 4. Februar startete Mir Hossein Mousavi, Anführer der **„Grünen Bewegung"** und früherer Ministerpräsident der Islamischen Republik einen Aufruf an die iranische Zivilgesellschaft. Die Verfassung sei durch wachsende Armut, abenteuerliche Außenpolitik, wirtschaftliche Korruption und die Unterdrückung der

6 „Neue Maßnahmen für Kopftuchzwang", Shabnam von Hein, focus.de/politik/ausland/fuererschein-und-repression-weg-iran-plant-drastische-massnahmen-fuer-kopftuchzwang 31. März2023

7 Der Koordinierungsrat der iranischen Lehrergewerkschaften, die Freie Union der Iranischen Arbeiterschaft, feministische Gruppen wie Bidarzani, The Center for Human Rights Defenders und die Organisation progressiver Studenten sind Teil dieser Initiative.
iranjournal.org/panorama/die-iranische-opposition-formiert-sich, 19. Februar 2023

Freiheit von Frauen nicht länger effizient. Man müsse einen Schritt darüber hinaus wagen, und eine neue Verfassung entwickeln. Erstaunlicher Aufruf aus der „Grünen Bewegung". Schließlich propagierte Mousavi bisher die vollständige Umsetzung der Verfassung als Lösung für alle Probleme des Landes. Dennoch fand sein Aufruf Zuspruch: Über dreihundert politische Aktivist:innen, Journalist:innen und Kulturschaffende haben ihre Unterstützung erklärt.

„Charta der Solidarität und Organisation"

Am 11. Februar kündigten acht iranische Oppositionelle im Exil an, dass sie an einer gemeinsamen „Charta der Solidarität und Organisation" arbeiten, um ihre vielen Differenzen beizulegen. Mit dabei: **Reza Pahlavi, der Sohn des letzten Schahs** [8], die F**riedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi**, der Vorsitzende der sozialdemokratischen **Komala-Partei** des iranischen Kurdistans **Abdullah Mohtadi**, einige Frauenrechtsaktivistinnen, eine Schauspielerin, der Fußballer **Ali Karimi** und ein ehemaliger Sprecher der „Vereinigung der Opferfamilien des Flugs PS 752". [9]
Letztgenannte Gruppe hat **maßgeblich** die Solidaritätsdemonstration in Berlin am 22. Oktober 2022 mit 100 000 Teilnehmer:innen mitorganisiert. Bis auf Abdullah Mohtadi sind das alles Einzelpersonen ohne organisatorische Zusammenhänge.
In einer **ersten Programmerklärung** hat die Gruppe vier Forderungen an alle demokratischen Regierungen aufgestellt:

* Sie sollen Druck auf den Iran ausüben, alle Todesurteile zu stoppen sowie alle politischen Gefangenen sofort und bedingungslos freizulassen.
* Sie sollen alle iranischen Botschafter:innen ausweisen.
* Sie sollen alle Angestellten der Islamischen Republik im Ausland entlassen.
* Sie sollen alle Maßnahmen fördern, die nötig sind, um dem iranischen Volk zu helfen, ohne sich dabei in innere Angelegenheiten des Landes einzumischen.

Die Gruppe will ein Gremium bilden, das die Machtübertragung und den Übergang zu einer säkularen demokratischen Regierung gestalten soll. Die Revolutionsgarden sollen aufgelöst werden. Ein Referendum soll über die künftige Regierungsform entscheiden, Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung sollen stattfinden. [10]
Teile der diasporischen Opposition sind **nationalistische und monarchistische Kräfte**. Ausgerechnet sie haben auf einmal den aus der kurdischen Bewegung stammende Slogan „Frau, Leben, Freiheit" für sich entdeckt und versuchen diesen vollkommen von seinem **linken und fortschrittlichen Hintergrund** loszulösen. Teilweise ordnen sie diese Parole sogar der ehemaligen Schah-Ehefrau zu. Auf diversen Demonstrationen der Schah-Anhänger:innen wurden Parolen gerufen, wie **„Tod den Dreien: Linke-Mullahs-Mojahed!"**. Diese Parole hatte auch die Ehefrau des „Neuen Schahs" auf ihrer Instagram-Story gepostet. Sie drängen sich nun in den Revolutionären Vordergrund und bezeichnen den **Monarchismus als einzige Alternative**. Oppositionelle, die sich auf einen Thronfolger

Die „Grüne Bewegung"

Mir Hossein Mousavi war von 1981 bis 1989 Premierminister. Anfang März 2009 kündigte er an, im Juni 2009 bei den Präsidentschaftswahlen im Iran anzutreten, als Herausforderer Mahmud Ahmadineschāds, der dann offiziell die Wahlen gewonnen hat. Mousavi äußerte den Vorwurf der Wahlfälschung, lehnte das Wahlergebnis ab und sprach von einer „Farce", der er sich nicht beugen werde.

Am 15. Juni, kam es trotz Verbots mit über einer Million Teilnehmer:innen zu den bis dahin größten Massenprotesten seit der Islamischen Revolution auf dem Azadi-Platz in Teheran, an der auch Mousavi teilnahm. Die Kandidatur Mousavis wurde von drei Flügeln - die Koalition der „Grüne Bewegung" unterstützt. Diese Flügel sind:
* die religiösen Reformer, zu denen Mohammed Khatami (Präsident von 1997 bis 2005) gehört, streben begrenzte politische und gesellschaftliche Reformen im Rahmen der Verfassung an. Die religiösen Reformer genießen vor allem die Unterstützung von Teilen der Mittelschicht.
* die Partei der Diener des Wiederaufbaus („Hezb-e Kargozaran"), zu denen Hashemi Rafsandschani (Staatspräsident von 1989 bis 1997) gehört, stützt sich auf Unternehmer und Kapitaleigentümer, die dank der Schattenwirtschaft, einer institutionalisierten Korruption und der Erdölprofite zu gewaltigem Reichtum gekommen sind und eine neoliberale Privatisierung der Wirtschaft fordern.
* die konservativen Geistlichen der ersten Generation, die ihre Privilegien erhalten wollen [1]

1 de.qantara.de/inhalt/fuenf-jahre-gruene-bewegung-im-iran-vergangenheit-und-gegenwart, 20.06.2014

8 Im amerikanischen Exil lebender Sohn des Januar 1979 gestürzten, aus dem Iran geflohenen Schah Mohammad Reza Pahlavi.
9 iran-tc.com/de/2023/02/19/iran-journal-die-iranische-opposition-formiert-sich/, 19.02.2023

10 junge Welt, 16.03.2023, jungewelt.de/artikel/446911.einmischung-bündnis-mit-kronprinz.html

des Schahs beziehen und eine neue mögliche Monarchie aufleben lassen wollen, sind **keine Alternative!** Und obwohl die ärmeren Bevölkerungsschichten die **tragende Säule der Proteste** waren und sind, werden sie bei den auf den Straßen des Iran stattfindenden Kämpfen teilweise für nationalistische und neoliberale Ziele instrumentalisiert.

Trotz massiver Unterdrückung oppositioneller Medien, Abschaltung des Internets... konnte die Bewegung weltweit eine **immens große Öffentlichkeit** und Unterstützung erreichen. **Wie war das möglich?**

Die heldenhaften Widerstandsaktionen der Frauen im Iran, die verwackelten Handyclips, das gleichzeitige Aufflammen von Protest an vielen Orten erweckten **große Sympathie bei Frauen weltweit**, die für ihre Befreiung kämpfen. Auch zahlreiche iranische Communities in vielen Ländern der Welt haben versucht die Weltöffentlichkeit auf den Aufstand im Iran zu lenken und Solidarität zu organisieren.

Natürlich versuchen ebenso viele imperialistische Akteure Profit für ihre politische Agenda aus der Entwicklung zu schlagen. Die Bewegung wurde auch durch persisch sprachige Medien unterstützt, die zumeist von den Golfstaaten, aber auch vom Westen finanziert werden.

Welches Interesse hat der Westen an der Unterstützung der Opposition im Iran?

Die Islamische Republik Iran hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem bedeutenden **eigenständigen regionalen Machtfaktor** entwickelt. Sie hat sich auf den Weg gemacht, um sich von einer kapitalistischen Macht zu einer imperialistischen zu entwickeln.

Die iranischen Machthaber bauen dafür **ihre Bezie-**

Am **22. Oktober 2022** fanden in zahlreichen Städten Solidaritätsdemonstrationen für die Widerstandsbewegung im Iran statt. In Helsinki, Oslo, Stockholm, London, Rom... und vielen anderen Orten auf der Welt.

In **Berlin** demonstrierten und solidarisierten sich etwa 100 000 Menschen. Viele kämpferische junge Frauen, viele Jugendliche, und auch breite Schichten der ganzen Bevölkerung.

Angemeldet wurde der Protest von dem „Transnationalen Kollektiv Women*_Life_Freedom". Diese Gruppe versteht sich als *„intersektional-inklusive Gruppe von Feminist*innen, unabhängigen Bürger*innen, Künstler*innen und Aktivist*innen"* und will sich gegen Unterdrückung und Diskriminierung im Iran starkmachen. [1]

An der Aktion beteiligten sich Männer und Frauen, LGBTIQ, junge, mittelalte und alte Menschen, Familien und Kinder, einige wenige revolutionäre Gruppen, Anarchist:innen und queere Aktivist:innen. Viele Transparente und Schilder mit Forderungen nach Freiheit für Frauen, nach demokratischen Rechten und gegen das Folter- und Unterdrückungs-Regime wurden getragen. Teilnehmende trugen kurdische Flaggen, einige Rote Fahnen.

Eine Flut von verschieden Versionen der „iranischen Nationalflagge", insbesondere aber die Fahne der Schah-Monarchie war dominierend. Eine große Anzahl der Teilnehmer:innen war aus dem monarchistischen Umfeld, die im Exil den Schah unterstützen. Sie verschenkten im Vorfeld massenhaft diese Flaggen an Teilnehmer:innen der Demo.

Bereits am 5. Oktober kam es zu Auseinandersetzungen auf einer Kundgebung in **Regensburg**, zwischen **kurdischen und monarchistischen Anhänger:innen**. Die Monarchist:innen entrollten vier große Flaggen. Grün-weiß-rot gestreift mit einem goldenen Löwen. Diese alte persische Flagge steht für Monarchie und mitnichten für Emanzipation und gegen das Patriarchat. [2]

Auch wurden auf Kundgebungen und Demonstrationen Parallelen zur Ukraine gezogen. Einige haben sich mit ukrainisch nationalen Fahnen umhüllt.

In Stuttgart gab es folgenden Beitrag: *„Dies ist eine Rede an alle westlichen Länder. Wir haben keinen Selenskyi, wir haben keinen Botschafter, der für uns eintritt. Wenn Sie schweigen, sind Sie mitschuldig."* [3]

In **Brüssel** wurden am 20. Februar iranische Oppositionelle von Ordnern der Schah-Anhänger:innen angegriffen und schwer verletzt.

1 instagram.com/womanlifefreedomcollective/?hl=en, 08.032023

2 regensburg-digital.de/kundgebung-fuer-proteste-im-iran-verkommt-zum-schlagabtausch/05102022/, 05.10.2022

3 kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/601/frau-leben-freiheit-8450.html, 05.10.22

hungen zu Russland, China aber auch zu **regionalen arabischen Staaten** immer weiter aus.
Ihre relativ **große Unabhängigkeit** von den **westlichen** imperialistischen Mächten bringt diese natürlich immer weiter gegen sie auf. Der westliche Block, darunter die USA und die EU unter Führung Deutschlands und Frankreichs bekämpfen seit dem Sturz des Schah mit allen militärischen, geheimdienstlichen, ökonomischen und politischen Mitteln das Mullah-Regime, versuchen es zu destabilisieren und zu stürzen. **Das wollen sie** nicht **nur** weil es ein faschistisch-religiöser Staat ist, sondern insbesondere auch weil sich diese Staatsmacht völlig **ihrer Kontrolle entzieht**.
Das bedeutet, sie haben ein massives Interesse daran, das Regime zu stürzen. Es ist ein Kampf des westlichen Imperialismus seine Basis wieder zurück zu erlangen. Eine Hauptoption ist die Errichtung einer **konstitutionellen Monarchie** mit Schah Reza Pahlavi an der Spitze. Ihm werden sie alle mögliche umfassende, militärische, und politische Unterstützung zukommen lassen.
Pahlavi war mit zwei Vertretern der „neu formierten Opposition" zur **Münchner Sicherheitskonferenz 2023** eingeladen. Ihre Teilnahme an dieser **militaristischen, rüstungsverherrlichenden Imperialisten-Konferenz** wurde in Deutschland massiv propagiert. Bild titelte: *„Persiens letzter Prinz will die Mullahs stürzen"*.
Um diese Option durchzusetzen sind die **westlichen Mächte** auch bereit einen **weiteren Krieg** gegen den Iran zu führen, selbst wenn das Risiko besteht einen failed state zu hinterlassen, so wie in Libyen und im Irak. Lieber ein **„failed state"** als ein weiterer regional starker imperialistischer Konkurrent!
Dazu müssten die westlichen Imperialisten aber die regionalen Kräfte, zum Beispiel in **Ost-Kurdistan** (Iran), mit Waffen unterstützen, so wie sie es im Ukraine Krieg machen. Iran würde zerstückelt in Kurdistan, Belutschistan und weitere Gebiete.
Allerdings hätte diese Option einen sehr starken, explosiven Effekt. Die **gesamte politische Architektur** des Nahen Osten könnte aus den Fugen geraten und zusammenbrechen. Ein islamischer, persischer, schiitischer Rest-Iran könnte einen Krieg gegen Israel anzetteln etc.
Israel ist einer der Hauptfeinde des iranischen Regimes. Umgekehrt sieht Israel im Iran die **ernsteste Bedrohung** für die Existenz des Staates Israels. Das Mullah-Regime arbeitet nach wie vor daran, die Atombombe zu entwickeln. Was für Israel absolutes „No Go" ist.
Das heißt – wie für die westlichen imperialistischen Mächte – ist für Israel das iranische Regime ein Übel, das unbedingt beseitigt werden muss. Insofern unterstützt auch Israel den Aufstand der Volksmassen gegen das Regime im Iran. Der Konflikt zwischen Iran und Israel birgt in sich das Potential zu einem Krieg zu eskalieren.

(K)eine Einigung über das iranische Atomprogramm

Um zu verhindern, dass Iran seine regionale Macht weiter ausbaut und so viel Uran anreichert, dass es zu einer **„latenten Atommacht"** wird, handelten die USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland mit dem iranischen Regime 2015 ein Atomabkommen aus.
In diesem verpflichtete sich der Iran zur **Einstellung seines militärischen Atomprogramms** und zur Reduzierung seiner Bestände an angereichertem Uran. Im Gegenzug wurden die Wirtschaftssanktionen gegen Iran aufgehoben. Im **Mai 2018** kündigte **Trump** an, die **USA** ziehen sich aus dem Atomabkommen mit dem Iran zurück und werde die Sanktionen wieder in Kraft setzen. Unter **Führung der EU** wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.
Im März letzten Jahres schienen die Verhandlungen bereits kurz vor dem Abschluss zu stehen. Doch es kam nicht zustande: Ein zentraler Streitpunkt blieb die iranische Forderung nach Garantien, dass die Zusagen auch über die Amtszeit von US-Präsident Biden hinaus gelten sollten.
Zudem forderte die iranische Regierung, dass die IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) die Untersuchung von drei nichtdeklarierten Anlagen einstellt und dass die USA die Iranische Revolutionsgarde von ihrer Liste der Terrororganisationen streicht.
Eine Woche nach dem Einmarsch in die Ukraine und kurz vor der bevorstehenden Einigung über das iranische Atomabkommen erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow, sein Land könne dem Abkommen nicht zustimmen. Wegen der westlichen Sanktionen seien Probleme für Russland aufgetreten. **Russland** brauche schriftliche **Garantien**, dass nach der Unterzeichnung des Abkommens **seine wirtschaftlichen Interessen im Iran** unangetastet bleiben. Seit dieser Erklärung sind die Atomverhandlungen mit dem Iran mal wieder ausgesetzt.
Da die Aussichten auf eine diplomatische Lösung von Tag zu Tag schwinden, während die iranischen Uranvorräte von Tag zu Tag wachsen, scheinen **gezielte Militärschläge gegen Atomanlagen im Iran** von Seiten Israels fast unausweichlich zu sein. Das würde wahrscheinlich einen weiteren hochriskanten Krieg parallel zu dem Ukrainekrieg zur Folge haben, womit wir einem dritten Weltkrieg schon erheblich näher kämen.

Russland betrachtet den Iran als seinen Hinterhof

Die **erste Reise** nach dem Angriff auf die Ukraine führte Wladimir Putin im **Juli 2022 in den Iran**. Konkret zum iranische Revolutionsführer und einer der wichtigsten und mächtigsten Männer des Staates, das religiöse Oberhaupt Ali Chamenei, dessen Macht allerdings im Wanken ist. Putin gilt als **Garant für die Macht der Ajatollahs**.
In dieser sogenannten **„Strategischen Koalition"** geht es darum, gegen westliche Sanktionen zusammen zu arbeiten, auf dem Welt-Ölmarkt nicht zu rivalisieren und langfristig die **militärische Zusammenarbeit** zu intensivieren.

In der Teheraner Tageszeitung Keyhan, die dem Mullah-Regime nahesteht, war am nächsten Tag zu lesen *„Irans nationale Sicherheit und Russlands Kampf gegen die USA in der Ukraine sind eng miteinander verbunden, denn nach der Ukraine ist **Iran das nächste Ziel der Nato**. Daher ist es verständlich und logisch, dass Iran Russlands Operation in der Ukraine unterstützt.***"**
Und in der Zeitung Jawan, das Organ der Revolutionsgarden, heißt es einen Tag später: *„Die Nato muss man im Zaum halten, wo man es kann, heute in der Ukraine, bevor man es morgen im Iran tun muss.***"** [11]
Auch die Regierung unter dem ultrareaktionär-faschistischen Ex-Justizchef **Ebrahim Raissi** (seit Juni 2021) verfolgt diese Linie. Am vierten Tag der Invasion in die Ukraine trafen 350 russische Investoren in Teheran ein und konferierten darüber, wie Iran und Russland enger und intensiver zusammenarbeiten könnten.
Das **Exportvolumen** des Iran nach Russland betrug im Jahr 2021 1,2 Millionen Tonnen; die Importe aus Russland circa 3,7 Millionen Tonnen. [12]
Russland ist ein **Großakteur im Nahen Osten** und **Irans wichtigster Bündnispartner**. Er ist der Hauptunterstützer des **Assad-Regimes in Syrien**. In allen Konflikten des Irans stellt Russland sich auf seine Seite. Mit der **Türkei Erdoğans** hat Russland sehr gute Beziehungen und ist einer der **größten Handelspartner der Türke**i.
Die **Vereinigten Arabischen Emirate (VAE)** unterhalten enge Handelsbeziehungen zu Russland und sind bemüht, sich nicht den Sanktionen anzuschließen. Wie **Saudi-Arabien und Katar** haben die VAE weder die russische Invasion in der Ukraine verurteilt, noch sind sie für einen Ausschluss Russlands aus der Erdöl-Allianz. [13]

Die Revolutionsgarden und die iranische Armee beziehen **ihre Waffen** fast ausschließlich von Russland. Im August 2016 stellte der **Iran** den Luftstützpunkt Nojeh in der Provinz Hamedan russischen Kampfflugzeugen zur Verfügung.
Russland und Iran sind enge Verbündeten des syrischen Regierungschefs Baschar al-Assad. Beide Länder arbeiten daran, die geopolitische Landkarte neu zu bestimmen. **Syrien** ist ein blutiges Beispiel dafür, wie weit sie zu gehen bereit sind, um die USA aus dem Nahen Osten zu vertreiben.
Im September **2022** ist der **Iran** der **SOZ (Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit)** beigetreten. Der SOZ gehören die Volksrepublik China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan an. Sie wurde 2001 gegründet und führt regelmäßig gemeinsame Militärübungen in der Region durch. Bis 2021 gab es bereits **drei gemeinsame Marinemanöver** im nördlichen indischen Ozean zwischen China, Russland und dem Iran. Mitte März fand ein weiteres Marinemanöver im Golf von Oman statt.
Zudem dient die SOZ als Forum des Dialogs. Die chinesische Regierung führt die Schanghai-Gruppe oft als Paradebeispiel an für eine **internationale Kooperation** jenseits westlicher Dominanz.

Chinas Griff nach dem Iran

23. Januar 2016: Das historische **Atomabkommen** zwischen dem Iran und den sogenannten **5+1**, fünf Atommächte USA, Russland, Frankreich, England,

11 iranjournal.org/politik/iran-russland-ukraine-krieg-2/2, 05.08.2022

12 iranjournal.org/panorama/iran-russland-kaspisches-meer, 31.07.2022

13 Le Monde diplomatique, 12.05.2022 Asymmetrische Aufmerksamkeit https://monde-diplomatique.de/artikel/!5851904

China im UN-Sicherheitsrat plus Deutschland, war gerade in Kraft getreten. An diesem Tag empfing Ali Chamenei Chinas Präsidenten Xi Jinping. Denn die Vision des religiösen Oberhauptes ist: **Blick nach Osten – Allianz mit Russland und China.**

Die Großmacht **China** treibt trotz Sanktionen der USA, der EU und ihrer Verbündeten regen Handel mit dem Iran und ist der **größte Handelspartner des Irans** mit einem Handelsvolumen von umgerechnet mehr als 25 Milliarden Euro. [14]

2021 schloss China ein **auf 25 Jahre** angelegtes politisches, wirtschaftliches und strategisches Kooperationsabkommen mit dem Iran ab. Darin enthalten sind Investitionen Chinas in Milliardenhöhe. Auch eine Zusammenarbeit auf **militärischem Gebiet i**st geplant. Für die Großmacht ist das Abkommen Teil der Initiative One Belt, One Road (Neue Seidenstraße). Im Gegenzug liefert der **Iran Öl zu günstigen Preisen**. Zudem wird China das Recht eingeräumt, Zahlungen für iranische Produkte um bis zu zwei Jahre zu verschieben und in sogenannten **„weichen Währungen"** zu zahlen. Geld also, das aus Chinas Handel mit den afrikanischen Ländern und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stammt. Der US-Dollar wird dadurch herausgehalten, um so die US-Sanktionen zu umgehen.

Die chinesische Großmacht ist dabei ihren **Hegemonialanspruch in der Region Nahost** durchzusetzen. Denn China macht nicht nur im Iran fette Geschäfte, sondern auch mit seinen regionalen Konkurrenten: Mit Saudi-Arabien, den Emiraten und anderen Golfmonarchien.

Mitte März vermittelte die chinesische Regierung eine **Wiederaufnahme der Beziehungen des Irans zu Saudi-Arabien**. Beide Länder führen im **Jemen seit acht Jahren** einen erbitterten brutalen Stellvertreterkrieg.

China steigt weiter zum **diplomatischen Weltplayer** auf, der politische Strippen zieht in Regionen, in denen es vorwiegend ökonomisch involviert ist und sich jetzt auch militärisch und politisch immer weiteren Einfluss verschafft. Und China hat ein starkes Interesse an einer Stabilität in der Region, vor allem, um den eigenen dringend **benötigten Nachschub an Öl- und Gas** zu sichern.

Iran und Saudi-Arabien vereinbarten, innerhalb von **zwei Monaten ihre Botschaften** in dem jeweils anderen Land wieder zu eröffnen. Zudem sollen die Handelsbeziehungen wieder aufgenommen werden. Es soll auch eine Sicherheitskooperation geben. Ziel ist die Tür zu einem **Waffenstillstand für sämtliche Kriege und Konflikte** in denen der Iran und Saudi-Arabien ihre jeweiligen Stellvertreter bewaffnen (Syrien, Irak, Jemen und im Libanon), aufzustoßen. [15]

Fazit: Iran im Weltmaßstab: Faschistisch, nationalistisch auf dem Weg zu einer eigenständigen imperialistischen Macht. Doch der Iran ist auch aufgrund der Sanktionen noch keine imperialistische Macht, weil es vor allem von China und Russland abhängig ist. Es sind die imperialistischen Großmächte – egal welcher Seite, die mit dem Atomabkommen und mit Sanktionen ihre Machtspiele betreiben und auf jeden Fall verhindern wollen, dass Iran eine Atommacht wird.

Zudem laufen **massive** interne Machtkämpfe im Iran ab zwischen den verschiedenen politischen Vertretern innerhalb der herrschenden Klasse. **Ali Chamenei** vertritt die Macht der **Mullahs**. Seine Macht ist durch zahlreiche innen- und außenpolitische Krisen gefährdet. Mit Blick auf sein Alter (83) müsste die Position auf absehbare Zeit neu besetzt werden. Die brutale Gewalt des Regimes hat zu Differenzen unter einigen religiösen Führern geführt.

Sie machten Chamenei direkt zu recht für die Repressionen verantwortlich. Einige warfen ihm vor, das Vorbild des Propheten Mohammed zu verraten, weil er tödliche Gewalt gegen eine muslimische Bevölkerung befehle. Einige verlangten sogar, den Obersten Führer vor Gericht zu stellen. [16]

Das sich auftuende Machtvakuum könnte das Korps der **Islamischen Revolutionsgarden (IRGC)** [17] für

14 merkur.de/politik/iranischer-staatsbesuch-in-china-ausbau-der-beziehungen-zr-92086974.html, 14.02.2023

15 sueddeutsche.de/politik/saudi-arabien-china-iran; „Persischer Golf: Streitschlichter China", 12.03.2023

16 Le Monde diplomatique, 08.12.2022, Risse im Regime, monde-diplomatique.de/artikel/!5898444

17 Die **Iranische Revolutionsgarde** ist die **Armee der Wächter der Islamischen Revolution** (auch ***Sepâh*** oder **Pasdaran**),

sich nutzen. Sie haben die Kraft, die Macht der Mullahs zu beschneiden oder einen Militärputsch anzuzetteln. Die **Pasdaran** bilden eine eigene Klasse. Die Armee steht unter ihrer Kontrolle. Es sind persisch-schiitisch nationalistische Kräfte. Sie sind religiös, aber ihre Religiosität ist nicht ihr Hauptmerkmal. Was ihren politischen Charakter ausmacht ist ihr **chauvinistisch-persischer Nationalismus „Iran über alles".**

Bis zu 80 Prozent der Sitze im Parlament werden von den Mitgliedern der Revolutionsgarde und den Mullahs gehalten. Auch Provinzen und Gouverneursräte werden zumeist von den Generälen der Revolutionsgarde verwaltet.

Mehr als 50 Prozent der Wirtschaft des Landes werden vom **Hauptquartier Khatam al-Anbiya**, der wirtschaftlichen Machtbasis der **IRGC** zusammen mit dem Amt des Obersten Führers kontrolliert. Nahezu alle der profitabelsten Unternehmen Irans befinden sich entweder im Besitz des IRGC und oder des Büros des Obersten Führers.

informell **Revolutionsgarde** (arabisch, DMG *al-aras a-auri*), englisch *Islamic Revolutionary Guard Corps* (IRGC), auch **Revolutionswächter**, bildet zusammen mit der regulären Armee (*Artesch*) die Streitkräfte des Iran und ist die wichtigste und mächtigste Institution der Islamischen Republik Iran. Die Garde verfügt über ein eigenes Heer, über eine eigene Marine und Luftstreitkraft sowie über einen eigenen Geheimdienst. Am 15.04.2019 klassifizierte das US-Außenministerium den IRGC und das Korps der Islamischen Revolutionsgarden-Qods-Truppe (Islamic Revolutionary Guard Corps-Qods Force – IRGC-QF) als Ausländische Terroristische Organisation ein. de.wikipedia.org/wiki/Iranische_Revolutionsgarde, abgerufen 07.04.2023

Und seit Jahren wächst **ihr Einfluss in der iranischen Wirtschaft.**

Sollten die Pasdaran einen Militärputsch anzetteln, wird es für die iranische Bevölkerung zu einem Wechsel von einem **theokratisch-faschistischen Regime zu einer faschistischen Militärdiktatur** kommen. [18]

Die Geschichte hat immer wieder gezeigt:

Eine revolutionäre Situation kann nur in eine Revolution münden, wenn eine Kommunistische Organisierung die Führung übernimmt und die Werktätigen in die richtige Richtung lenkt. Auf eine halbe Revolution – folgt eine ganze Konterrevolution. Wenn kommunistische Kräfte den Moment nicht ergreifen, wartet der Faschismus. Revolutionäre Veränderungen erfordern eine **starke kommunistische Partei**, die die Kraft der Arbei ter:innenklasse zu einer Faust bündelt und den Kapitalismus auf den Müllhaufen der Geschichte wirft. Wir arbeiten daran.

Frau, Leben, Sozialismus! Mensch, Leben, Sozialismus!

Für eine Welt ohne Ausbeutung von Mensch und Natur!

Trotz alledem!

April 2023

18 iran-tc.com/de/2020/06/27/der-allmaehliche-umsturz-durch-die-revolutionsgarden-des-iran/
iranjournal.org/panorama/alternativen-zur-islamischen-republik-iran/2, 19.01.2022; iranjournal.org/politik/sinkende-kampfmoral-der-revolutionsgardisten, 24.03.2023; Le Monde diplomatique, 12.10.2010, Die Revolutionsgarde im Iran, monde-diplomatique.de/artikel/!484681

Die sozialistische Oktoberrevolution in Russland leitete eine „Zeitenwende" im 20. Jahrhundert ein und drückte diesem ihren Stempel auf. Die Theorie des Marxismus-Leninismus wurde in dem heroischen Aufstand der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der Erhebung der Arbeiter- und Bauernmassen, der leitenden und organisierenden Kraft der Kommunistischen Partei, der Bolschewiki, zur gewaltigen proletarischen Revolution.

Aus dem Buch:

›Bolschewistische Selbstkritik‹ ist durchaus kein leeres Wort. Man liest in den Zeitungen die schärfsten Attacken auf zahllose wirkliche oder vermeintliche Mißstände und auf führende Einzelpersönlichkeiten, die angeblich an diesen Mißständen die Schuld trügen; ich habe erstaunt mitangehört, wie heftig in Betriebsversammlungen Kritik an den Leitern der Betriebe geübt wurde, und ich stand verblüfft vor Wandzeitungen, in denen man geradezu mit Wildheit Direktoren und Verantwortliche beschimpfte oder karikierte. Auch verwehrt man dem Fremden nicht, seine Meinung ehrlich zu äußern.

Zu beziehen für 7 Euro:
Postfach 48, 73550 Waldstetten – trotzalledem1@gmx.de

Flugblatt

Iranischer Aktivist in Wien (Österreich)

Es lebe der 1. Mai!
Nein zu Imperialismus und Krieg!
Für einen gerechten Frieden und Sozialismus!

Die bisherige Geschichte der Klassenkämpfe besteht aus blutigen Kämpfen zwischen den ausbeutenden und den ausgebeuteten Klassen. **Der 1. Mai ist ein Moment dieses historischen Prozesses.** Er ist auch gleichzeitig ein Beweis für das Bewusstsein und die Taten der Arbeiter/innen und Werktätigen im Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und für die völlige Befreiung der Menschheit vom Joch der kapitalistischen Sklaverei.

Dieser Tag drückt auch die **internationale Verbundenheit** des **Proletariats und Werktätigen der Welt** aus und ist Ausdruck von Interesse, Wille und gemeinsamem Widerstand der verschiedenen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Nationalitäten im Kampf gegen das Kapital als ein gesellschaftliches Verhältnis, das Ausbeutung, Raub, Krieg und Angriff auf andere Nationen und Völker in sich trägt.

Der **1. Mai** hatte immer eine **besondere Stellung** innerhalb der Arbeiter/innen- und kommunistischen Bewegung und nach so vielen Jahren (seit 1885) ist er weiterhin eine Quelle neuer Inspiration und Energie zur Befreiung des Proletariats aus seinen Fesseln, was an diesem Tag immer wieder mit roten Fahnen zum Ausdruck gebracht wird.

Die revolutionäre Seite des 1. Mai ist aber der antagonistische Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiter/innenklasse und Werktätigen und der Bourgeoisie und beweist die **Gesetzmäßigkeit**, dass die Geschichte der Menschheit nicht deterministisch oder durch den Willen einzelner Persönlichkeiten bestimmt wird (Schah, Klerus, Mullahs, Helden oder „böse" Menschen, Verräter), sondern sie ist die **Geschichte der Klassenkämpfe**, deren kontinuierliche Entwicklung zur Herrschaft des Proletariats führen wird (oder zum Untergang der kämpfenden Klassen).

Im **Iran** wird der **1. Mai trotz seines Verbots** von fortschrittlichen Arbeitern und Arbeiterinnen und Kommunist/innen **in verschiedenen Formen z.B. in Parks, auf Plätzen und in den Produktionsstätten gefeiert** und sie fordern ihre gewerkschaftlichen und politischen Rechte, wobei sie immer wieder durch die Schergen des Regimes zusammengeschlagen, verhaftet, gefoltert und in Gefängnisse gesteckt werden.

Aktuelle Situation am 1. Mai

Das Charakteristikum des heurigen 1. Mai besteht in den sich immer weiter verschärfenden Widersprüchen innerhalb des Weltimperialismus sowie in der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Blöcken. – Das sind **einerseits** die USA, die Europäische Union und Großbritannien als **aggressiver** Block, aber in **absteigender Tendenz**, andererseits China, Russland und Länder der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) in **aufsteigender Tendenz**.

Diese innerimperialistischen Widersprüche tragen den Keim eines **neuen imperialistischen Weltkriegs** in sich. Ein offensichtliches Beispiel ist der sich immer weiter ausdehnende Einfluss des Westens und der NATO in den vergangenen 25 Jahren bis an die Grenze Russlands. Ein Prozess, der schlussendlich zu einem **Stellvertreterkrieg zwischen den Imperialisten in der Ukraine** führte.

Das **Monopolkapital** und dessen willfährige Regierungen versucht, um die sog. „demokratischen Grundsätze" in den Metropolenländern aufrechtzuerhalten, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter/innen-

klasse in den Metropolenländern abzubauen und mit einer Anti-Ausländer-Politik und Rassismus die Zwietracht und Feindschaft zwischen den Arbeiter/innen der verschiedenen Nationalitäten zu schüren. Das klare Beispiel dafür ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien in Österreich am Vorabend der Parlamentswahlen 2024.

Gleichzeitig intensivieren sie auch den Terror und die Unterdrückung sowie die erbarmungslose Ausbeutung der neokolonialen und halbkolonialen Länder in Lateinamerika, Afrika, West- und Zentralasien und im Chinesischen Meer, wohin die imperialistischen Widersprüche vor allem verlagert sind, damit die gerechten Kämpfe dieser Völker zu ihrer Befreiung, was ihre Interessen potentiell bedroht, eingedämmt werden und die Ausbeutung der Arbeiter/innenklasse dieser Länder und der Raub an ihren Naturressourcen weiterhin fortgesetzt werden kann.

Aber die Entwicklung und der Schwung der Kämpfe der unterdrückten Massen, z.B. in weiten Teilen Lateinamerikas, Westasiens, das Aufkommen der fortschrittlichen Bewegung bringen das kapitalistisch-imperialistische System immer mehr in Bedrängnis. Und gleichzeitig werden die inneren Widersprüche und die Konkurrenz um die Unterwerfung von Nationen, Ausbeutung der Naturressourcen und Gewinnung von neuen Märkten mit billigen Arbeitskräften und damit höheren Profiten verschärft.

Neuaufteilung der Welt an der Tagesordnung

Dies alles zeigt, dass die Neuverteilung der Welt wieder auf der Tagesordnung der Imperialisten steht. Allein nach dem 2. Weltkrieg bis heute gab und gibt es hunderte direkte militärische Interventionen und Putsche durch die USA und ihre Verbündete, mittels ihres verbrecherischen militärischen Paktes NATO (im Moment besitzt die **NATO 857 Militärstützpunkte** weltweit) **gegen die unterdrückten Völker und Länder**, die sich nicht dem Diktat des Imperialismus unterwerfen:

Der Korea-Krieg, Indochina, vor allem der Vietnam-Krieg, militärische Aggression, Bombardement und Zersetzung Jugoslawiens, der Krieg gegen Irak, Syrien, Afghanistan, Libyen, Jemen, Tschad, Mali und mehr als 70 Jahre Besetzung Palästinas durch die israelischen Zionisten, Einkreisung und wirtschaftlicher Boykott gegen Kuba und auch der **Militärputsch im August 1953 im Iran** und die **Wiedereinsetzung der Marionette Mohammed Reza Schah**, der wirtschaftliche Boykott und die militärische Bedrohung dieses Landes, sowie der **8 Jahre dauernde reaktionäre Iran-Irak-Krieg (1980-88)** und Dutzende andere Beispiele und Komplotte in Form z.B. von „seidenen" oder „farbigen" Revolutionen.

Das bedeutet, dass Imperialismus und Krieg zusammengehören, und um diese Verbrechen zu beenden ist die Fortsetzung des Klassenkampfes und der **Sturz dieses Systems umso notwendiger**.

Situation im Iran

In diesem Zusammenhang ist die endgültige Bestimmung und Regelung der politischen Herrschaft **im Iran zu einer wichtigen Angelegenheit** geworden, um die inner-imperialistischen Widersprüche und deren strukturelle Krise zu lösen. Die islamische Republik Iran, die ein Produkt des Angriffes der imperialistischen Konterrevolution gegen die Volks- und Arbeiter/innenbewegung und der Niederlage des **Bahman-Aufstandes 1979** war, kann den Menschen ihre **absolute Herrschaft nicht mehr wie vorher aufzwingen**.

Die **relative Stabilität** des Regimes begann unter dem Druck der objektiven Widersprüche zu schwinden. Ausdruck davon ist die Entwicklung der sozialen Bewegungen und Aufstände in den letzten beiden Jahrzehnten. Diese **Krise** ist selbst unter anderem das Resultat der neoliberalen Wirtschaftspolitik der imperialistischen Finanz-Institutionen, die den iranischen Völkern aufgezwungen wird:

Eine hohe **Inflationsrate** bis annähernd **51 Prozent**, die tägliche Teuerung der Grundbedürfnisse der Menschen, die Aushungerung der Wirtschaft, parallel dazu die weitgehende Privatisierung, unter anderem der neue Plan der Regierung unter dem Namen **„effiziente Gestaltung des staatlichen Reichtums“**, Korruption und Rentenwirtschaft der Technokraten und Bürokraten des Staates, die intensive Ausbeutung der Arbeitskraft, das Aufzwingen von „provisorischen Arbeitsverträgen“ und in vielen Fällen sogar **„weißen“ Verträgen**, die eine jederzeitige Kündigung „legalisieren“, weil der „Vertrag“ nur ein weißes Blatt Papier ist, das unterzeichnet werden muss.

Dies alles steht im Dienste der Erhöhung des Profites der Kapitalisten und ihrer räuberischen Ausbeutung der Naturressourcen, **Zerstörung der Umwelt und Intensivierung von Armut und Elend**, die Schere zwischen Arm und Reich wird immer vergrößert.

Schließlich ist das **ungeheure Verbrechen des Regimes** in den letzten Monaten, die **mutmaßlichen Giftgasanschläge in Mädchenschulen und -internaten** zu nennen, was große **Wut und Empörung der Bevölkerung** hervorgerufen hat. Bis jetzt sind etliche dieser Mädchen gestorben und viele wurden schwer verletzt in Krankenhäuser eingeliefert.

Die unerträgliche soziale und wirtschaftliche Situation verengt den Handlungsspielraum der Macht des islamischen Regimes immer mehr und zwingt es zu demagogischen Maßnahmen wie „allgemeine Amnestien“ und dem Versprechen von Reformen, um bei nächster Gelegenheit die gerechten Forderungen der unterdrückten Massen, vor allem der Frauen und der unterdrückten Völker im Iran weiterhin zu unterdrücken.

Auf der anderen Seite muss uns bewusst sein, dass **diese Krise nicht das Charakteristikum der iranischen Gesellschaft** ist – obwohl hier in starkem Maß die inneren durch die imperialistischen Widersprüche überlagert sind – sondern sie ist der Ausdruck der strukturellen und weltweiten kapitalistisch-imperialistischen Krise des ganzen Systems.

Das führt in den halbkolonialen und abhängigen Ländern wie dem Iran zu periodisch auftretenden Volksbewegungen und Protesten der anderen Schichten und Klassen der Gesellschaft, vor allem der **Frauen gegen Zwangsverschleierung**, wobei es aktuell eine starke Unterstützung seitens der Männer bei diesen Protesten gibt. Die Proteste und Bewegungen der letzten fünf Monate haben das **Gesicht der iranischen Gesellschaft weitgehend verändert**. Sie haben die Autorität und „Heiligkeit“ der führenden Persönlichkeiten des Regimes **angegriffen und stark infrage** gestellt.

Diese Revolten und Proteste sind Ausdruck der Entwicklung und des Aufschwungs der Zuspitzung des Widerspruchs zwischen den Arbeiter/innen und Werktätigen und der imperialistischen Herrschaft und aus ihnen können wertvolle Lehren gezogen werden.

Die Lösung dieses Widerspruchs ist entweder **durch Sturz der imperialistischen Herrschaft und die Errichtung der Volksmacht** unter Führung der Arbeiterklasse **oder** durch eine Veränderung **innerhalb des Regimes** (ohne das kapitalistische System anzutasten) möglich **oder** aber durch die **Wahl anderer imperialistischer Alternativen** wie Machtübernahme der Überbleibsel des gestürzten Pahlawi-Regimes oder der Mujaheddin-Rajawi.

Staatliche Werbeaktion: „Die Frau meiner Erde – Der Iran“

Diese Kräfte genießen die volle finanzielle und mediale Unterstützung der Imperialisten und ihr Bewegungsradius und ihre Politik entspricht deren neokolonialen Interessen, unter der Flagge ihrer verlogenen imperialistischen Menschenrechtsdemagogie.

Wir müssen uns bewusst darüber sein, dass ein **„regime change“ von oben** nur eine **kosmetische Behandlung** darstellt und im Grunde genommen das bestehende kapitalistische System schützt und zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeiter/innen und Werktätigen führt, wie wir es schon bei dem Machtwechsel vom Schah-Regime zu Khomeini erlebt haben.

Nun stellt sich die Frage: Was tun?

Angesichts der immer **stärker auftretenden Massenbewegungen** nimmt der **subjektive Faktor** und **die Führung der Revolution** und damit verbunden die Lösung der **Frage der politischen Macht** eine besondere Stellung ein.

Nun stellt sich die Frage, wo und auf welchem Weg sich so eine Führung der Revolution bildet. Ein Faktor, der wichtig ist für die radikale Änderung des Systems und die Sicherung der Ziele der Revolution, d.h. die Zerschlagung des abhängig kapitalistischen Systems, dem Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus, unter **anderem nationalem iranischem Chauvinismus**, welcher wie ein Parasit die Bewegung von innen heraus zerstört.

Wird die Führung dieser Bewegung durch eine **„kopflose, horizontale Vernetzung"** zustande kommen oder durch die **spontane Organisierung** auf Bezirksebene oder auf der Straße? Man fragt sich, ob der Sturz des Regimes ohne Vorbereitung bestimmter notwendiger Faktoren zustande kommen kann. Nach unserer Meinung sind **all diese Auffassungen antimarxistisch** und haben keine historische Rechtfertigung.

So eine Herangehensweise an die Revolution endet schließlich dort, dass die Bewegung, bewusst oder nicht bewusst, im **Vorhof der Bourgeoisie geopfert und schlussendlich durch die Bourgeoisie vereinnahmt wir**d. Ein Prozess, der leider schon im Gange ist. Die Erfahrungen der Arbeiterrevolutionen und die Befreiungsbewegungen zeigen uns, dass für die Fortsetzung und der Sieg der Revolution eine revolutionäre Partei, notwendig ist, die sich auf demokratischen Zentralismus stützt.

Angesichts der Polarisierung zwischen Arbeit und Kapital im Iran und die quantitative Entwicklung der Arbeiter/innenklasse und Lohnabhängigen ist die Schaffung des subjektiven Faktors der Revolution, das heißt der **Aufbau einer Arbeiterpartei zur Veränderung der Gesellschaft** notwendiger denn je. Daher ist die Aufgabe der **fortschrittlichen Arbeiter/innen und kommunistischen Kräfte** entsprechend den Gesetzmäßigkeiten der iranischen Gesellschaft die bewaffnete Organisierung der Revolution als revolutionäre Taktik.

Nur im Laufe dieses Prozesses wird sich das **sozialistische Bewusstsein mit der Arbeiter/innenbewegung** verbinden und die demokratischen Forderungen anderer Schichten und Klassen der Gesellschaft ermöglichen. Dieser subjektive Faktor entsteht auf keinen Fall aus den spontanen und zersplitterten Massenbewegungen, sondern ist das Resultat der unermüdlichen Arbeit und des aktiven Eingreifens der **fortschrittlichen und kommunistischen Avantgarde,** die mit der **marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis** gewappnet ist.

Im Lichte dieser Kämpfe können die Arbeiter/innen und Werktätigen ihre gewerkschaftlichen und politischen Forderungen einbringen und als eine **souveräne Kraft mit neuen Qualitäten und Energie, zuerst die Befreiung der Gesellschaft** und dann ihre eigene Befreiung verwirklichen.

Es lebe die Solidarität der Arbeiter/innen der Welt!

Arbeiter, und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Nieder mit dem Regime der islamischen Republik!

Nieder mit dem Imperialismus!

Es lebe die Freiheit, es lebe der Sozialismus!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Kampf gegen jeglichen Rassismus, Nationalismus, Chauvinismus und patriarchalische Strukturen!

Die Befreiung der Frauen ist ohne Revolution und die Revolution ist ohne die Frauen nicht möglich!

Der imperialistische Boykott nutzt nur der herrschenden Klasse und ist gegen die Interessen der Volksmassen gerichtet.

Ein linker iranischer Aktivist in Wien (Österreich)
Wien, 1. Mai 2023

Kontaktadresse:
Iran-Rat, Amerlinghaus,
Stiftgasse 8, A-1070 Wien
Email: shora.sam@gmail.com

Zwischenüberschriften und Hervorhebung von TA-Redaktion

Gemeinsame Erklärung zum 70. Todestag von J.W. Stalin

Stalin lebt in den Kämpfen der Proletarier:innen aller Länder und der unterdrückten Völker weiter!

Am 5. März 2023 sind 70 Jahre vergangen, seit Genosse Josef Wissarionowitsch STALIN gestorben ist. Es gibt kaum einen Namen in der Weltgeschichte, der bei der Weltreaktion, bei der Bourgeoisie aller Länder so viel Wut und Hass auslöst wie der Name Stalins. Zugleich ruft sein Name bei allen wirklichen Kommunist:innen und klassenbewussten Proletarier:-innen große Wertschätzung und Liebe hervor. Auch noch 70 Jahre nach dem Tode Stalins hat der Hass der Bourgeoisie und aller Reaktionäre gegen ihn nicht abgenommen. Im Gegenteil. Aktuell steigert er sich auch im Angesicht des innerimperialistischen Kriegs in der Ukraine bis zum Exzess. Immer neue Kampagnen von Lügen und Verleumdungen werden gegen Stalin gestartet. Kübel voll Schmutz gegen ihn werden ausgegossen. Der imperialistische Kriegsherr und großrussische Chauvinist Putin wird als „Nachfolger" Stalins, als „der neue Stalin" gehandelt.

So wird der Kommunist Stalin diffamiert. Warum? Einfach aus Angst und Furcht vor dem unüberhörbaren Klang des Namens dieses Giganten der Revolution, im vergeblichen Bemühen, ihn den unterdrückten Massen für immer aus den Herzen und Köpfen zu reißen.

Wir und mit uns alle wahren Revolutionär:innen und echten Kommunist:innen weisen all diese Hetz- und Lügenkampagnen gegen Stalin mit aller Entschiedenheit zurück! Wir wissen und spüren täglich, wozu diese Hasstiraden dienen, dass sie eine Waffe der Konterrevolution zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen, zur sozialen und politischen Entrechtung der arbeitenden Massen, zu deren Verwandlung in ein wehrloses Sklavenheer sind.

Wir wundern uns nicht, dass die Ausbeuterklassen und ihre Ideologieproduzenten jeglicher Sorte, so auch die Revisionisten und die Trotzkisten, nichts so sehr hassen und so sehr fürchten wie Genossen Stalin, seine Lehren und sein Werk.

Unvorstellbar ist, dass Stalin von der Weltreaktion so als Gleicher unter Gleichen 'anerkannt', so geschätzt und beklatscht würde wie Chruschtschow, Gorbatschow und Jelzin, diese Sargträger der revisionistisch entarteten Sowjetunion. Auch Putin war eine Zeitlang,

solange er die Konkursmasse der ehemaligen Sowjetunion in Zusammenarbeit mit den westlichen imperialistischen Mächten verwaltete, als „vertrauensvoller Partner“ gut gelitten. Als er aber die **Interessen des wieder erstarkenden russischen Imperialismus** auch mit Waffengewalt durchzusetzen begann, wurde er zum bösen Buben, zum aggressiven „russischen Bär“ und natürlich zum Schlimmsten für die Bourgeoisie, zum „neuen Stalin“ abgestempelt.
Stalin, der vor siebzig Jahren starb, kann sich natürlich gegen diese unverschämte Diffamierung nicht zur Wehr setzen. Wir Kommunist:innen sind aber da!
Wir werden die historische Wahrheit über Stalin immer wieder auf die Tagesordnung setzen.

Stalin und der Kampf für den Sozialismus

Wenn wir an Genossen Stalin denken, empfinden wir Freude und Begeisterung über die unter seiner Führung erzielten Siege der Revolution, des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion und des welthistorischen Sieges über den Faschismus. Wir haben uns verpflichtet, die Lehren des Marxismus-Leninismus, die für immer mit dem Namen Stalins verbunden sind, von ihm verteidigt und weiterentwickelt wurden, als schärfste Waffe im Kampf für ein besseres Morgen zu gebrauchen.
Stalins Name steht für den Kampf zur Verwirklichung des **größten Ziels, das sich die Menschheit jemals gestellt hat: die Erkämpfung einer Welt ohne Ausbeutung und Ausbeuter,** einer Welt, in der die Bourgeoisie entmachtet ist und aufgehört hat als Klasse zu existieren, einer Welt, in der die Werktätigen die Macht und das Sagen haben, einer sozialistischen Welt, in der jede/r zum gesellschaftlichen Reichtum nach seinen/ihren Fähigkeiten beiträgt und nach seiner/ihrer Leistung entlohnt wird.
Für eine Welt, in der nicht der bürgerliche Nationalismus, sondern der **proletarische Internationalismus** Leitstern ist.
Eine Welt, in der die **Befreiung der Frauen** verwirklicht wird. Eine Welt, in der nicht mehr die Profitgier regiert, in der kapitalistische Krisen und imperialistische Kriege der Vergangenheit angehören. Eine Welt, die sich in einem ständigen revolutionären Prozess zu einer **kommunistischen Gesellschaft**, das heißt zu einer Gesellschaft, auf deren Fahne steht: **„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“.**
Für diese Entwicklung steht der Name Stalins. Dafür hasst ihn die Bourgeoisie abgrundtief.
Seinen Namen mit Putin, dem großrussischen, antikommunistischen Imperialisten zusammenzubringen ist ein übles Betrugsmanöver.

Stalin war gestählt im **Kampf für den Sturz des russischen Zarismus** und die erste bürgerliche Revolution in Russland 1905. An der Seite Lenins, als dessen Schüler er sich stets verstand, erlebte er die in der Oktoberrevolution gipfelnden revolutionären Stürme in Russland und wurde ein hervorragender Führer des Proletariats Russlands.
Nach dem Tode Lenins erwies sich Stalin als der in der Theorie und Praxis konsequenteste Schüler Lenins. Unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), der KPdSU(B), an deren Spitze Stalin stand, wurde auf einem „Sechstel der Erde” konsequent die Diktatur des Proletariats gefestigt und im scharfen Klassenkampf der Sozialismus aufgebaut. Die Pläne und Hoffnungen der internationalen imperialistischen Bourgeoisie, die einzige Diktatur des Proletariats in der Welt zu zerschlagen, wurden zunichte gemacht.
Während die ganze bürgerliche Welt unter der schlimmsten Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts litt, Millionen und aber Millionen Werktätige zu Arbeitslosigkeit und Hunger verdammt waren, die Bourgeoisie nach und nach zum Faschismus als Herrschaftsmethode griff, entwickelte sich die **sozialistische Sowjetunion zum einzigen prosperierenden Staat** der Welt.
Die Sowjetunion wurde durch die Mobilisierung der Volksmassen innerhalb von zwei Jahrzehnten zu einem Industrieland mit moderner Landwirtschaft. Die Werktätigen kannten keine Arbeitslosigkeit mehr und die Demokratie der Arbeiter/innen und Werktätigen wurde täglich gelebt.
Die **sozialistische Sowjetunion** wurde zum **Bollwerk der proletarischen Weltrevolution**, zum „Vaterland aller Werktätigen der Welt“, zum leuchtenden Beispiel des verwirklichten Sozialismus. Sie war der bohrende Speer im Fleische der Bourgeoisie. Stalin wurde zum anerkannten Führer der sich auf dem gesamten Erdball ausdehnenden und erstarkenden kommunistischen Weltbewegung.

Stalin und der Kampf zur Zerschlagung des Faschismus

Im zweiten Weltkrieg hetzte der Weltimperialismus die Nazi-Horden des Hitler-Regimes auf die sozialistische Sowjetunion, um sie zu zerschlagen. Aber die Völker der Sowjetunion haben vereint unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) mit Stalin an der Spitze auch diesen Angriff zurückgeschlagen.
Die Welt wurde vor allem durch den **heroischen Kampf der Völker der Sowjetunion** – die 27 Millionen Opfer zu beklagen hatten – von der blutigen Herr-

schaft des deutschen Imperialismus, des japanischen und des italienischen Faschismus befreit.
Im zweiten Weltkrieg kämpften alle Völker der Sowjetunion, darunter auch das ukrainische Volk, ausgenommen der ukrainischen Ultra-Nationalisten, die Banderisten, die mit Nazi-Deutschland kooperierten und heute auch großen Einfluss in der ukrainischen Politik haben, vereint gegen den Faschismus. Es sind diese Banderisten, die heute im Krieg in der Ukraine wieder die **Lüge vom „Holodomor"** ins Gespräch brachten. Angeblich hätte Stalin in den frühen dreißiger Jahren die ukrainische Bevölkerung bewusst durch Hunger vernichten, ja „ausrotten" wollen.
Dabei war nicht nur in der Ukraine sondern auch in weiten Teilen der Sowjetunion, auch in Russland durch eine außergewöhnliche Dürreperiode eine verheerende Getreideknappheit entstanden. Diese Knappheit hatten die Dorfbourgeoisie, die reichen Bauern, die sich gegen die Kollektivierung gestellt hatten, bewusst vergrößert, indem sie ihre Getreideerträge lieber vernichtet (verbrannt) haben, als sie an den sozialistischen Staat zu verkaufen. Dadurch entstand kurzfristig eine Hungersnot, in der viele Sowjetbürger:innen, ihr Leben verloren haben. Der sogenannte „Holodomor" ist eine der berühmten Lügen der Bourgeoisie über Stalin.
Im Kampf gegen Hitlers-Nazideutschland wurde der Name Stalins unauslöschbar in das Gedächtnis der Werktätigen der Welt eingraviert. Als der Name des siegreichen Kommandanten des antifaschistischen Kampfes.
Die Sowjetunion mit Stalin an der Spitze, war es vor allem, welche die **Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus** durchkreuzt hat. Sie hat den barbarischen industriellen Massenmord an den europäischen Jüd:innen, in dem 6 Millionen jüdische Menschen vernichtet wurden, gestoppt. Die Rote Armee war die Befreierin der Überlebenden in Auschwitz. **„Stalingrad" war der Wendepunkt** im zweiten Weltkrieg, das wird die Werktätigen der Welt immer daran erinnern, dass Stalins Name vom Kampf gegen den Faschismus nicht zu trennen ist. Auch die Umbenennung Stalingrads in Wolgograd durch die Revisionisten wird daran nichts ändern. Als Stalin 1953 starb, trauerten Millionen Werktätige um einen geliebten Genossen, der die Bourgeoisie das Fürchten gelehrt hatte.

Stalins Tod und Machtantritt des Revisionismus

Der Tod Stalins war für die Völker nicht nur der Sowjetunion, sondern für alle Völker der Welt ein Grund zu tiefer Trauer, für deren Ausbeuter und Unterdrücker, für alle Feinde der Werktätigen ein Grund zum Feiern. Als Stalin 1953 starb, kämpften das Weltproletariat und die unterdrückten Völker in einer Welt, in der viele Länder und Völker dem Einflussbereich der Imperialisten bereits entrissen waren und in der ein sozialistisches Lager, bestehend aus sozialistischen, volksdemokratischen und antiimperialistischen Ländern der imperialistischen Welt gegenüber stand.
Dieses gigantische Werk hatte Stalin an vorderster Stelle mit geschaffen.
Genosse Stalin hinterließ eine Fülle großartiger **Werke des Marxismus-Leninismus**, die gerade angesichts enormer Rückschläge und großer Schwierigkeiten der kommunistischen Weltbewegung nach seinem Tod, weiter eine starke Waffe in der Hand der Kommunisten und Kommunistinnen sind.
Nach dem Tod Stalins wurde erst im vollen Umfang sichtbar, welche großen Wunden der Hitlerfaschismus in die Reihen der besten Kommunisten und Kommunistinnen der Sowjetunion und vieler weiterer Länder geschlagen hatte.
Zehntausende von hervorragenden Kadern, die in den vordersten Reihen des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus standen, hatten in diesem Kampf auf Leben und Tod ihr Leben lassen müssen. Den Verlust zehntausender kommunistischer Kader und nur acht Jahre später der Verlust Stalins hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion nicht auffangen können.
Es zeigte sich nach dem Tod des Genossen Stalin in vollem Umfang, wie heimtückisch das Gift des Revisionismus innerhalb der Partei sich bereits verbreitet hatte und eine neue revisionistische Bourgeoisie in der Partei und im Staatsapparat selbst entstanden war.
Ebenso zeigte sich, dass der Kampf Stalins und der Marxist:innen-Leninist:innen gegen diese Entwicklung nicht ausreichend war. Der innere Feind, in Form einer neu entstandenen Bourgeoisie in Partei- und Staatsapparat wurde verheerend unterschätzt.
Klar ist, dass angesichts der einzigartigen historischen Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus, angesichts des Fehlens von Erfahrungen bei diesem gigantischen Vorhaben zu **vielen unvermeidbaren, aber auch zu vermeidbaren Fehlern der Kommunist:innen** kam, welche die vollständige Machtübernahme durch den Revisionismus auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, nur drei Jahre nach dem Tod Stalins wesentlich erleichterten.
Der moderne Revisionismus konnte in der Partei und im Staatsapparat, in der Ökonomie, in Kultur, in allen gesellschaftlichen Organisationen und Bereichen immer weiter vordringen. Doch er konnte er sich nicht offen zeigen. Er musste unter der Oberfläche bleiben, denn er stieß auf ein mächtiges Hindernis, eben auf Stalin, der einen Kampf auch gegen den Revisionis-

mus führte. Und selbst nach Stalins Tod konnte es der Revisionismus nicht wagen, sofort offen aufzutreten. Doch er bereitete mit allen Mitteln seine direkte, offene Machtübernahme vor.

Erst der **berüchtigte XX. Parteitag der KPdSU(B)** im Jahre 1956, drei Jahre nach Stalins Tod, vollzog unter der Führung Chruschtschows und seiner Clique diese konterrevolutionäre Wendung. Dieser Parteitag bedeutete den unverhüllten Machtantritt der neuen Bourgeoisie, die Liquidierung der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Aufbaus, das Einschwenken auf den Weg der restlosen kapitalistischen Restauration und des Sozialimperialismus. Wie alle Reaktionäre bediente sich auch die Chruschtschow-Clique einer hemmungslosen Demagogie.

Die revisionistische Linie wurde als *„Rückkehr zum Leninismus"* und als *„schöpferische Anwendung"* des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Bedingungen einer *„neuen Zeit"* verkauft. In Wahrheit war sie eine klare Abwendung vom Marxismus-Leninismus!

In einem „Geheimbericht" im Namen der neuen Führung hatte **Chruschtschow** zum Abschluss des XX. Parteitags einen **Generalangriff auf die Person Stalins** gestartet, um der Konterrevolution den Weg frei zu machen und sich den Imperialisten anzudienen. Dieses Manöver lief unter dem Schlagwort des *„Kampfes gegen den Personenkult"*.

Tatsächlich wurde ein Personenkult um Stalin in der Sowjetunion betrieben, den Marxist:innen-Leninist:innen ablehnen und kritisieren.

Die Chruschtschow-Revisionisten führten jedoch keinen Kampf gegen den Personenkult, sondern drehten ihn bloß im konterrevolutionärem Sinne um, indem sie für alle angeblichen oder auch tatsächlichen Mängel und Fehler, die es beim Aufbau des Sozialismus gegeben hatte, die Person Stalins alleine verantwortlich machten.

Stalin selbst hatte sich in etlichen Stellungnahmen und bei verschiedenen Anlässen **gegen den Kult** um seine Person gewandt, doch es waren gerade jene, die später den *„Personenkult um Stalin"* am wütendsten anprangerten, die ihn selbst am meisten gefördert und bis zu den extremsten Formen aufgeschaukelt hatten. Sie missbrauchten dabei die berechtigtermaßen außerordentliche Autorität, die Stalin durch seine Leistungen bei den Volksmassen gewonnen hatte. Das hohe Ansehen und die unendliche Liebe, die ihm entgegengebracht wurde, machten sie zu einem Werkzeug doppelzünglerischer bourgeoiser Lobhudelei, die sich immer stärker in den Vordergrund drängte.

Stalins wiederholte Zurückweisungen und Ablehnungen der oft, geradezu peinlichen Lobeshymnen auf ihn, waren **offenbar nicht wirkungsvoll genug**, um diese **schädlichen Erscheinungen zu stoppen**, deren Folgen auch von den bewährtesten Mitkämpfer:innen Stalins und seinen konsequentesten Kampfgefährt:innen unterschätzt wurden.

Auf jeden Fall ging es den modernen Revisionisten nicht, wie sie behaupteten darum, *„dem Sozialismus fremde Erscheinungen"* zu bekämpfen, sondern unter dem Motto des *„Kampfes gegen den Personenkult"* die mit der Person Stalins untrennbar verbundene marxistisch-leninistische Linie der Partei zu liquidieren und eine revisionistische Linie zu zementieren.

Die **kommunistische Weltbewegung** erlitt durch den Machtantritt des Revisionismus in der Sowjetunion einen **riesigen Rückschlag.** Die große Mehrheit der Kommunistischen Parteien, in denen sich das revisionistische Geschwür schon vor dem Tode Stalins breit gemacht hatte, geriet vollständig in den **Sog des modernen Revisionismus**.

Die sich dem Chruschtschow-Revisionismus zunächst widersetzenden Parteien wie die **Kommunistische Partei Chinas, die Partei der Arbeit Albaniens** und die sich neu formierenden marxistisch-leninistischen Kräfte eröffneten zwar den Kampf gegen den modernen Revisionismus, doch sie waren dabei nicht genügend konsequent, machten auch selbst teilweise schwere revisionistische Fehler oder erwiesen sich als noch zu unerfahren und zu schwach.

Der **Bruch mit der revisionistischen Linie** wurde daher **nicht rechtzeitig und nicht tiefgehend** genug vollzogen.
Die Zerstörung der Stalinschen KPdSU (B) und der sozialistischen Sowjetunion versetzte der gesamten internationalen Arbeiter:innen- und Befreiungsbewegung einen so schweren Schlag, dass sie sich bis heute nicht davon erholt hat.

Unsere heutigen Aufgaben im Lichte der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin

Das Ergebnis all dieser Entwicklungen haben wir erlebt und erleben wir heutzutage weiter. Der moderne Revisionismus, die Ideologie und Politik des bürokratischen Staatskapitalismus unter dem Mäntelchen des Sozialismus hat die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten, die den sogenannten „Ostblock" bildeten, erst zu konterrevolutionären bzw. sozialimperialistischen Staaten entarten lassen und zuletzt zu **ihrem Zusammenbruch** geführt.
Jene ehemals sich fälschlicherweise sozialistisch nennenden, volksdemokratischen Länder, die im Kampf gegen den modernen Revisionismus zunächst an der vordersten Front standen, sind schließlich ebenfalls diesen Weg gegangen.
Das ehemals **„rote Albanien"** ist eine **Halbkolonie** verschiedener westlicher imperialistischer Mächte, während das ehemals **„rote China"** Mao Zedongs sich heute als **eine imperialistische Großmacht** noch immer sozialistisch, ja sogar kommunistisch nennt – mit anderen imperialistischen Großmächte um die Welthegemonie kämpft. Dass sozialimperialistische Länder wie China und Nordkorea von der Bourgeoisie kommunistisch genannt werden; oder der russische-faschistische Neuzar Putin mit Stalin gleichgesetzt wird, hat Methode.
Es dient alles den Kommunismus in den Augen der Proletarier:innnen zu desavouieren und als Alternative unmöglich zu machen.
Der **Imperialismus** hat den Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion und des Ostblocks bekanntlich als den **endgültigen Sieg über den Kommunismus** gefeiert. Er hat *„das Ende der Geschichte"* und den endgültigen, alternativlosen Sieg der *„liberalen Demokratie"* ausgerufen.
Vor zwanzig Jahren, zum fünfzigsten Jahrestag des Todes von Genossen Stalin hatten wir festgestellt:
„Der Imperialismus scheint heute übermächtig und unbesiegbar zu sein. Das ist aber nur der Schein. Tatsache ist: ***Die inneren Widersprüche des Imperialismus existieren nach wie vor, sie verschärfen sich von Tag zu Tag und sie sind unlösbar.*** *Die Armut für die große Masse der Menschheit nimmt unvorstellbar zu, aber auf der anderen Seite auch der Reichtum für eine absolut winzige Minderheit. Die barbarische Herrschaft des internationalen Finanzkapitals dringt bis in die letzten Winkel der Erde vor, während Chauvinismus, Nationalismus und Rassismus ungeheuer zunehmen.*
Auf der einen Seite wird eine angebliche ‚Weltgemeinschaft' beschworen, auf der anderen Seite steigern sich die Rivalitäten zwischen den imperialistischen Großmächten von Tag zu Tag. Der auf der imperialistischen Tagesordnung stehende ***verbrecherische Krieg gegen den Irak*** *zeigt ganz unverkennbar das räuberische Wesen des Imperialismus.*
Der Imperialismus ruiniert bei seinen maximalprofitgierigen Raubzügen in zunehmendem Maß die natürliche Umwelt und gefährdet damit die Lebensgrundlagen in immer größeren Teilen der Welt."
In den letzten zwanzig Jahren hat sich jedem/jeder die Welt objektiv sehenden Menschen klar offenbart, dass die ach so *„alternativlose, liberal-demokratische Welt"* eine Schimäre der von der Bourgeoisie hochbezahlten Ideologen ist.
Überall Kriege … Myanmar, Philippinen, Irak, Afghanistan, Palästina, Kurdistan, Syrien, Jemen, Eritrea, Äthiopien, Kongo, Libyen, Mali, Liberia; Militärputsche und Putschversuche Ägypten, Türkei, Haiti, Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Bolivien u.a.; überall das ungezügelte Voranschreiten der faschistischen Kräfte. Das sind die Tatsachen dieser „alternativlosen", angeblich liberal-demokratischen Welt!
Nun tobt wieder ein Krieg mitten in Europa. In der Ukraine wird beim Kräftemessen der, um die Weltherrschaft, um die Neuaufteilung der Welt kämpfenden imperialistischen Großmächte jeden Tag gebombt, gemordet, geplündert, vergewaltigt etc. Ein Viertel der Bevölkerung der Ukraine ist auf der Flucht.
Alle Imperialisten und Reaktionäre, voran alle imperialistischen Großmächte, bereiten sich auf **einen neuen Weltkrieg** vor. Es wird überall enorm aufgerüstet. Die Rüstungsindustrie feiert volle Auftragsbücher und Riesengewinne. Im Namen der *„Werte"* dieser angeblich liberalen Welt rüsten die imperialistischen westlichen Mächte, voran der US-Imperialismus ihre Lakaien-Regime in der Ukraine auf.
Es geht nicht um Werte sondern um Dividenden. Und es geht darum den **imperialistischen Konkurrenten Russland maximal einzugrenzen und zu schwächen**.
Seinen imperialistischen Überfall auf die Ukraine versucht der Neuzar Russlands Putin, als einen antifaschistischen Kampf zu verkaufen!
Die Bourgeoisie führt nicht nur gegen das Proletariat aller Länder und die unterdrückten Völker eine gnadenlose Ausbeutungs- und Unterdrückungsorgie durch. Sondern sie führt auch gegen **die Grundlagen**

des Lebens, gegen die Natur einen Krieg um Maximalprofite. Und in diesem Krieg wird das Klima so verändert, dass es unweigerlich zum Klimakollaps kommen wird, falls nicht die Bourgeoisie von den Werktätigen aller Länder gestürzt wird

Das ist die Welt, in der *„die liberale Demokratie"* alternativlos herrscht! Es ist eine Welt am Rande des Zusammenbruchs. Es ist **eine Welt** die sehenden Auges **in Richtung des Versinkens in der Barbarei** marschiert.

Die Welt steht, so zugespitzt wie nie zuvor, vor der Alternative Sozialismus oder Versinken in der Barbarei!

Der Imperialismus selbst drängt das Proletariat und die unterdrückten Völker, endlich zu handeln!

Sie werden dazu unerbittlich gezwungen und werden das, früher oder später, auch tun!

Die Lehren und Werke von **Marx, Engels, Lenin und Stalin** zeigen den Weg, wie die Welt durch **sozialistische, demokratische und antiimperialistische Revolutionen** in den einzelnen Ländern gemäß deren konkreten Bedingungen aus ihrer gegenwärtigen alarmierenden Situation herausgeführt werden kann.

Der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion unter Führung von J.W. Stalin zeigt, dass eine andere Welt möglich ist.

Eine andere Welt nicht mit und im Kapitalismus, sondern eine Welt ohne ihn, eine neue, eine sozialistisch-kommunistische Welt!

Vor den Kommunisten und Kommunistinnen der Welt stehen heute große und schwierige, aber lösbare Aufgaben.

Bei der Lösung dieser Aufgaben sind uns die Lehren Stalins, seine Beiträge zum Marxismus-Leninismus und zur proletarischen Weltrevolution Wegweiser und Ansporn! Stalin steht weiterhin gemeinsam mit Marx, Engels und Lenin für den Weg der Befreiung der Arbeit!

In diesem Sinne rufen wir anlässlich des siebzigsten Todestages J. W. Stalins:

Von Stalin lernend werden wir siegen!

Bolschewistische Partei (Nordkurdistan-Türkei)
Trotz Alledem! (Deutschland)

5. März 2023

Februar 2023 Katastrophales Erdbeben in Nordkurdistan/Türkei

Zerstörung, Tod, Elend und „the show must go on“

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Werktätigen!

Nordkurdistan/Türkei ist geologisch gesehen insgesamt ein Erdbebengebiet höchsten Grades. Fast jeden Tag bebt irgendwo im Land die Erde. Erdbeben mit geringerer Stärke, die keine größeren Schäden anrichten. Aber immer wieder richten Erdbeben mit größerer Stärke in verschiedenen Regionen, verheerende Schäden an, innerhalb von Sekunden. Gebäude stürzen ein, Menschen werden verschüttet, verletzt oder getötet.

Eine **erdbebensichere Städteplanung** existiert nicht. Die Bausubstanz kann besonders bei vor 2000 errichteten Gebäuden generell einem starken Erdbeben über 7 auf der Richter-Skala nicht standhalten. Bei den nach 2000 genehmigten Gebäuden sind Baupfusch, fehlende Kontrollen durch Staat, Bezirks- und Städteverwaltungen, sowie Korruption an der Tagesordnung. Bei einem starken Beben stürzen abertausende Gebäude zusammen, zehntausende Menschen verlieren ihr Leben, die Überlebenden sind oft schwer verletzt und ihr Hab und Gut liegt unter den Trümmern.

Vor regionalen oder landesweiten Wahlen werden regelmäßig **„Bauamnestien“**, erlassen. Dadurch werden illegal errichtete Gebäude durch den Staat oder die Bezirks- bzw. Stadtverwaltungen legalisiert. Das ist die Ursache dafür, warum einige als „erdbebensicher“ gepriesene und horrend teuer verkaufte, teilweise luxuriöse, hochgeschossige Bauten, Einkaufszentren usw. bei dem jetzigen **Erdbeben Februar 2023** wie Kartenhäuser völlig in sich zusammengefallen sind.

Nach dem zerstörerischen Erdbeben der Stärke **7,4** am **17. August 1999 in İstanbul** wurden tatsächlich mehrere Gesetze zum „Schutz gegen Erdbeben“ beschlossen. Diese haben eine Umwandlung der Bausubstanz in den Städten vorgeschrieben. Bei Neubauten wurde ein verpflichtendes Bauverfahren festgelegt, dass diese einem Erdbeben der Stärke 8 auf der Richter-Skala standhalten müssen.

Zuletzt wurden **2011** die Gesetze und Verordnungen erneuert, verbessert, so dass auch internationale Erdbebenforscher:innen die Gesetze und Verordnungen in der Türkei in dieser Frage lobten.

Die Neubauten in der Türkei nach 2011 müssen **dem Gesetz** nach sogar, so gebaut werden, dass sie einem **Erdbeben der Stärke 9** standhalten können. Erbeben mit dieser Stärke sind sehr selten. Laut der schriftlich fixierten Geschichte der Türkei wurde eine solche Stärke noch nie erlebt.

Diese Gesetze durchzusetzen ist Aufgabe des Staates mit allen seinen dafür verantwortlichen Verwaltungsorganen. Aber er hat total versagt.

Das aktuelle Erdbeben im Februar in **Nordkurdistan (Süd- und Ostanatolien) in Kahramanmaraş und Hatay** hat einmal mehr gezeigt, dass der Staat und seine Institutionen dies nicht gemacht haben.

Nicht das Erdbeben tötet, sondern die morschen Gebäude, die teilweise direkt auf Erdbebenplatten und mit schlechtem Baumaterial errichtet wurden! Nicht das Erdbeben tötet, sondern der Staat, der solche Bauten zulässt! Nicht das Erdbeben tötet, sondern die Gier nach Maximalprofit! Nicht das Erdbeben tötet, sondern das kapitalistische System. Nicht der Mensch und die Natur stehen im Mittelpunkt, sondern der Profit!

Wir hatten nach dem fürchterlichen Erdbeben in Istanbul 1999 einen Artikel in der TA Nr. 15 veröffentlicht.

Wir haben über die Leiden der werktätigen Bevölkerung, über die Haltung des Staates und über den unwürdigen Wettbewerb der bürgerlichen Politiker:innen aus dieser Naturkatastrophe politischen Gewinn zu generieren, berichtet. Diesen Artikel können wir heute Wort für Wort über die aktuelle Katastrophe erneut veröffentlichen. Mit einer klitzekleinen Veränderung: Die Namen der Politiker:innen von damals werden mit den Namen der heute verantwortlichen Politiker:innen ausgetauscht. **Nichts gelernt! Alles vergessen! Bis zum nächsten Mal!** (Auszug TA 15, siehe Seite 27)
Angesichts des großen Elends der Menschen, die vom Erbeben so schwer betroffen wurden, ist das Verhalten der Politik, der Herrschenden und des Staates ein menschenverachtendes Verbrechen. Das wird so lange weitergehen bis die Arbeiter:innenklasse aufsteht und sagt: Es reicht!
Dann wird die Macht, denen gehören, die den Reichtum schaffen und die die Natur nicht als Eigentum ansehen: der Arbeiter:innenklasse und den Werktätigen.

Fakten zum Erdbeben in Kahramanmaraş und Hatay und das totale Versagen der Politik

Am **6. Februar 2023** um 4 Uhr 17 morgens bebte die Erde mit einer Stärke von 7,7 in der Großstadt Kahramanmaraş mit über 1,17 Million Einwohner:innen. Diesem sehr starken Erdbeben, viel stärker als das in Istanbul 1999, folgte nach etlichen Nachbeben, um 13 Uhr 24 ein zweites großes Erdbeben der Stärke 7,6. Das **Epizentrum** dieser beiden **gewaltigen Erdbeben** waren die Kleinstädte Pazarcık und Elbistan, im **Verwaltungsgebiet von Kahramanmaraş**. Kahramanmaraş-Zentrum und die nächste Umgebung wurden bei diesen zwei Erdbeben, die nur in neun Stunden aufeinander folgten zu einem Trümmerhaufen.

Dieses sehr ungewöhnliche Naturereignis, zwei aufeinanderfolgende sehr starke Erdbeben, hat aber nicht nur in Kahramanmaraş, sondern in zehn weiteren angrenzenden Großstädten verheerende menschliche und materielle Schäden angerichtet.
Eine dieser Städte war Hatay. Durch das Erdbeben sind sehr viele Gebäude eingestürzt und sehr viele wurden stark beschädigt. Gerade als die zäh anlaufende staatliche und die enorme zivilgesellschaftliche Hilfe angefangen hatten zu funktionieren, kam es in **Hatay am 20. Februar** zu einem weiteren Erdbeben der Stärke 6,4.
Die zwei Wochen vorher, beim ersten Beben bereits schwer beschädigten, aber noch stehenden Häuser und Gebäude brachen komplett zusammen. Die Stadtmitte Hatays wurde dem Erdboden gleichgemacht. Als ob das nicht ausreichen würde, trat in den vom Erdbeben betroffenen Städten Urfa und Adıyaman Mitte März schweres Hochwasser durch Starkregen auf.
Hunderte von Zelten und Containern, in denen Erdbebenopfer mühsam versuchten irgendwie weiterzuleben, wurden hinweggeschwemmt. Teilweise waren noch Menschen in den Zelten, 18 wurden bis zum 19. März tot geborgen.
Insgesamt kann feststellt werden: Das war die bisher **größte Naturkatastrophe** in der Geschichte der Republik Türkei.
In dem offiziellen „**Lagebericht“** des Staates [1] von Anfang März werden folgende konkrete Informationen gegeben:
* In den vom Erdbeben direkt betroffenen **11 Städten** lebten 2022 circa 14.5 Mio. Personen. Das entsprach **14 Prozent der Gesamtbevölkerung der Türkei**. 13 553 283 davon in Städten und Klein städten, also ca. 96,7 Prozent. Die restlichen 3,3 Prozent lebten in Dörfern.
Ein Teil der Bevölkerung, **1 738 035 Personen waren Migrant:innen**, die sich mit einem „Provisorischen Schutzstatus“ in der Türkei aufhielten und lebten.
* In dem Erdbebengebiet arbeiteten 3,8 Millionen Beschäftigte. Das entsprach 13,3 Prozent aller Beschäftigten in der Türkei. Nur 61 Prozent der Beschäftigten in dem Gebiet waren im System der Sozialversicherung erfasst.
* In dieser Region lag 2022 der Bestand an Gebäuden bei 2,6 Millionen. 90 Prozent davon waren Wohnungen, 6 Prozent Arbeitsstätten und 3 Prozent Öffentliche Gebäude.
* In den vom Erdbeben direkt betroffenen 11 Städten

1 2023-Kahramanmaras-ve-Hatay-Depremleri-Raporu.pdf

Dokumentiert:

TA Nr. 15, Oktober 1999 – Deutschland „hilft" !
Es gibt nun folgende „großzügige" Sonderregelung, daß „Familienpartner und Kinder unter 26 Jahren, deren Ehepartner mit gültiger Aufenthaltsgenehmigung/ -berechtigung in der BRD lebt", ein 14 tägiges Visum bekommen.
Unfassbar so viel Großzügigkeit! Im Klartext: Eine Ehefrau, die vielleicht 5 Kinder hat, deren Familie umgekommen ist, womöglich auch eigene Kinder, die keine Wohnung mehr hat, die vielleicht krank ist, darf für 14 Tage ihren Mann hier besuchen, in einem Bett schlafen und ausreichend essen, und muß dann wieder zurück ins Erdbebengebiet auf die Straße, während ihr Mann, da er ja hier für das Auskommen schuftet, hier bleiben muß, um Geld zu verdienen…
Der Zynismus könnte nicht größer sein. Weiter geht die deutsch-türkische Freundschaft der Herrschenden nicht!
24 Jahre später ist die Großzügigkeit des deutschen Imperialismus unübertroffen:
Statt zwei Wochen werden jetzt gnädig zwölf Wochen gewährt!!

lag die Anzahl der Wohnungen 2022 bei 5,6 Millionen. Das sind 14,05 Prozent der Gesamtwohnungszahl in der Türkei.
* 9,8 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) wurde 2022 in diesem Gebiet erwirtschaftet.
* Zur Bilanz der ökonomischen Lasten, die durch das Erdbeben verursacht worden sind, werden in dem oben genannten Bericht folgende Angaben gemacht: *„In der Gesamtlast des Erdbebens auf die türkische Ökonomie nehmen die ‚Wohnungsschäden' mit einem Anteil von 54,9 Prozent den ersten Platz ein. (1 073,9 Milliarden TL; das entspricht 56,9 Milliarden US-Dollar). An zweiter Stelle stehen die Schäden an der Infrastruktur, an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen. (242,5 Milliarden TL; 12,9 Milliarden US-Dollar). Eine wichtige Schadenssumme ist im ‚Privatsektor', entstanden, ausgenommen davon sind Wohnungen (222,4 Milliarden TL; 11,8 Milliarden US-Dollar). Zu dieser Schadenssparte werden die Schäden in der Industrieproduktion, Energie, Kommunikation, Tourismus, Gesundheits- und Erziehungssektor, kleine Handwerksbetriebe und Gebetshäuser gezählt. Wenn man zudem die Verluste des Versicherungssektors und Verluste der Gewerbetreibenden und makroökonomische Einflüsse mit in Betracht zieht, wird die Gesamtlast des Erdbebens auf die türkische Ökonomie etwa auf 2 Trillionen (Billionen) TL, und auf 103,6 US-Dollar geschätzt. Das würde etwa 9 Prozent des prognostizierten BIP des Jahres 2023 entsprechen."*
Das sind wahrlich enorme Summen, ungeheuerliche Verluste, eine extrem schwere Last auf der Ökonomie der Türkei. Diese Last wird wie in jeder kapitalistischen Ökonomie wieder auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden.
Arbeiter:innen und Werktätige werden in der nächsten Zeit in der Türkei noch sehr viel mehr verarmen. Egal wer jetzt in den Wahlen was verspricht, egal wer an der Macht bleibt, oder an die Macht kommt.

Unermessliches Leid

Die materiellen Schäden des Erdbebens sind sehr groß. Aber sie können im Laufe der Zeit behoben werden. **Aber die viel wichtigeren, schwerwiegenden, entsetzlichen Verluste sind die verlorenen Menschenleben.** Weiter sind das die **Verluste und Zerstörung in der Natur, an Tieren und Pflanzen, an der Umwelt,** die überhaupt nicht mitgezählt werden. Verursacht wurden sie durch die katastrophale, Menschen und jedes Leben verachtende Bau- und Städtepolitik der Herrschenden, der türkischen Großbourgeoisie und ihrer Handlanger. Diese Verluste und Schäden kann kein Geld der Welt ersetzen.
Infolge der Erdbeben haben mehr als **48 000 tausend Menschen ihr Leben verloren.** (Diese Angabe des Lageberichtes von Anfang März wurde laufend täglich nach oben korrigiert, weil die Beseitigung der Trümmerberge dauerte, und weiter andauert. Und unter den Trümmern werden immer wieder Tote aufgefunden.)
Die offiziell aktuell bestätigte, identifizierte **Todeszahl** wurde am **4. April mit 50 399** angegeben. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Zahl im unteren tausender Bereich höher ist, weil hunderte von Menschen mit den Trümmern weggetragen wurden, bzw. nicht bemerkt wurden. Das war nachdem die Abrissarbeit mit dem Ende der Suche nach Überlebenden drei Wochen nach dem Erdbeben freigegeben wurde. Den Behörden liegen noch Anfragen von einigen hundert Menschen vor, die nach ihren vermissten Familien, Verwandten oder Bekannten suchen.
Etwa **14 Millionen Menschen** sind direkt betroffen! An die 60 000 Tote. Hunderttausende Verletzte. Millionen, die ihre Wohnung, Hab und Gut verloren haben. Kinder ohne Eltern. Eltern, die ihre toten Kinder mit ihren eigenen Händen aus den Trümmern geborgen haben! Für den Rest ihres Lebens traumatisierte Millionen von Menschen.
Das Leiden der Menschen können wir nicht in Worte fassen. In Nordkurdistan/Türkei und in kurdisch/türkischen Communities in vielen Ländern der Welt finden wir wahrscheinlich keine Familie, keine Menschen, die nicht mit einem direkt betroffenen Menschen in irgendeiner Beziehung stehen! Ja, unermessliches Leid!

Und in diesem unermesslichen Leid – Wahlkampf„schlacht“ der Politiker:innen

Staatspräsident **Erdoğan** versuchte sich mit der Beschwörung einer ***„gottgegebenen Naturkatastrophe“***, einer ***„Jahrhundertkatastrophe“*** und ***„dem Schicksal“*** aus der Verantwortung für die verheerenden Folgen des Erbebens wegzustehlen.
Ansonsten richtet er seine **Wahlkampfkampagne** darauf aus, dass nur er die großen Probleme, die nach Corona- und Finanzkrise, sowie durch die Naturkatastrophe entstanden sind, lösen könne. Er macht haltlose Versprechungen wie ***„in einem Jahr werden die Städte wieder aufgebaut sein“***.
Die **Opposition** hingegen redet die **Naturkatastrophe klein**, macht für alles Erdoğan verantwortlich und verspricht, dass alles besser wird, wenn sie an die Macht kommt. Sie erklärt, dass die eigentliche Katastrophe für die Nation die Erdogan-Diktatur ist. Mit einer gelungenen Machtablösung am 15. Mai würde ***„Alles sehr schön werden“.*** Das ist ihr Wahlversprechen. Der Hauptslogan des Präsidentschaftskandidaten des „Bündnisses der Nation“, Kemal Kılıçdaroğlus (CHP) lautet: ***„Ich verspreche! Es werden neue Frühlinge kommen!“***
Was für ein unwürdiges, heuchlerisches Hick Hack angesichts des unermesslichen Leidens der Menschen, die ganz andere, wirklich existenzielle Probleme haben als die Wahlen.
Oder „unsere“ deutschen Heuchler:innen der ***„feministischen Außenpolitik“!*** Die BRD-Regierung hat gnädig erklärt, dass sie aus „Solidarität“ die Visumsvergabe für türkische Staatsbürger:innen angesichts der Erdbebenkatastrophe erleichtern werde. **Und wie sieht diese Erleichterung aus?**
Nur Erdbebenopfer, die hier Verwandte **ersten Grades** haben, können ein **dreimonatiges Visum** erhalten. Vorausgesetzt die in Deutschland ansässigen Verwandten geben für ihre Rückkehr in drei Monaten **eine Garantie** ab. Auch müssen diese **etwaige Kosten für Arzt- bzw. Krankenhausbehandlungen** für ihre Verwandten aus der Türkei übernehmen.
Bis Anfang April wurden vom **deutschen Staat 7 500 Visa** (!) für Opfer aus der Türkei ausgestellt. Eine geradezu lächerliche Zahl. Eine brutalere Pervertierung des Begriffs Solidarität bei der **angeblichen Erleichterung der Visavergabe** kann man sich schwerlich vorstellen. Hut ab, vor solch einer Grünen-Außenministerin! Sie verdient eine Medaille als **Meister-Heuchlerin!**
Gleichzeitig haben werktätige Menschen unterschiedlichster Nationalitäten, Herkunft in diesem Land eine **unermessliche, spontane Solidarität mit Tatkraft und Hilfsbereitschaft** von der ersten Sekunde an entwickelt. Millionen Menschen haben versucht mit verschiedenen Mitteln Hilfe für die Erdbeben-Opfer zu leisten.
Während die Politiker:innen versuchten sich gegenseitig zu beschuldigen und sich als wahre Interessenvertreter der Leidenden zu profilieren, haben die **werktätigen Menschen überall in der Welt enorme Hilfe und Solidarität** geleistet.
Wir sehen wieder einmal ganz klar:
Würden die Herrschenden, die bürgerliche Klasse abgeschafft, würden die Völker selber reden, würde die Welt anders aussehen!

Krisenmanagement 2023 wie 1999! Dokumentiert in Auszügen:

TA Nr. 15 1999: **Das Erdbeben in der Türkei**

Es gibt viele Arten einen Menschen zu töten, man kann ihn mit seinem Haus erschlagen, man kann ihn unter den Trümmern ersticken lassen…
Am **17. August (1999) um 3.02 Uhr bebte im Kernindustriegebiet der Türkei die Erde 45 Sekunden lang** … Über **15.000 offiziell angegebene Tote**, über schätzungsweise **35.000 Verschüttete**, die nicht geborgen wurden, **Zehntausende von Verletzten**, fast eine **Million Obdachlose** … eine fürchterliche Katastrophe für die Menschen in diesem Gebiet, eine Katastrophe vor allem für die Armen und den Mittelstand, die in nicht erdbebensicheren Wohnungen lebten. 7,4 erreichte die Erdbebenstärke auf der Richterskala. Bis heute, über drei Wochen nach dem Beben, gab es noch 10 000 Nachbeben. Das Ausmaß der Katastrophe, die vielen, vielen Toten gehen aber nicht nur auf das Konto der Natur, sondern auch auf das der Politik, auf das des Türkischen Staates, auf das seiner Finanziers und Statthalter, der westlichen imperialistischen Mächte, und insbesondere „unserer“ deutschen Großmacht!

„Eine gottgegebene, unabwendbare Naturkatastrophe?“- oder: „Suchen wir die wirklichen Schuldigen!“

In allen türkischen Medien wird spekuliert über Ursachen und Auswirkungen des Bebens. Von Ecevit

(Regierungschef) bis zum Republikspräsidenten Demirel wird die Beruhigungsparole ausgegeben: **„Das war Gottes Wille!“** und damit versucht sich der Verantwortung zu entziehen.

Die Fakten sind dabei aber glasklar:

* Nordkurdistan/Türkei sind mit die **erdbebengefährdetsten Gebiete** der Welt. Trotzdem gab es keinerlei Schutzmaßnahmen, trotzdem gab es keine Katastrophenprävention, trotzdem wurden skrupellos von der **Baumafia Pfuschbauten** aus dem Boden gestampft.

* **Katastrophenschutz** gibt es nur auf dem Papier. Selbst das einzige Staatsorgan was „wirklich funktioniert“- für Kriege – die Armee, wurde spät, dilettantisch und zahlenmäßig schwach eingesetzt.

* **Der „Wildwuchs“** und Betrug auf dem Bausektor ist bekannt! Bis zu 70 Prozent der Neubauten im Großraum Istanbul werden erst ohne Genehmigung errichtet! Es ist bekannt, daß in den Beton ungewaschener Meersand gemischt wird. Es ist bekannt, daß statt Stahl meistens Eisenschrott verwendet wird.

Es gibt etliche, die jetzt rufen, alles einreißen und endlich Einhaltung der Bauvorschriften fordern! Es gibt etliche, die jetzt rufen, der Baumafia das Handwerk legen! Aber die **Baumafia ist Teil des Systems**, sie ist völlig verwachsen mit dem Staatsapparat und der Bürokratie. Die **Landflucht**, bedingt durch Wirtschaftskrise und vor allem den grausamen Krieg in Kurdistan, zwingt viele Menschen sich der Baumafia auszuliefern. Die Einwohnerzahl von Istanbul ist laut offizieller Zahlen von **2,5 Millionen 1962 auf 12 Millionen 1999** angewachsen. Tatsächlich leben mehr **als 15 Millionen** in Istanbul und irgendwo muß man wohnen. Und da es kein Geld gibt, möglichst billig. Und da die Baumafia noch ordentlich Profit machen will, wird ganz billig und total morsch gebaut.

Der Staat – entgegen anderslautenden bürgerlichen Meldungen – sieht dabei nicht weg, sondern im Gegenteil er profitiert davon. Vor jeder Wahl werden **viele illegal errichtete Viertel „legalisiert“.** D.h. im Tausch „Wählerstimme“ gegen Wohnrecht wird der Pfusch staatlich abgesegnet und gefördert. Türkische Politiker „empören“ sich jetzt: statt 2 stöckiger Häuser in der Erdbebenregion, die laut Baugenehmigungen gestattet waren, gäbe es vier und mehrstöckige. Wenn es nicht so bitter wäre, wäre es wirklich Realsatire!

Ja sind denn alle Politiker blind?! Überall in der Türkei in den durch Erdbeben gefährdeten Gebieten wird viel höher gebaut und zwar in der Regel mit nachträglicher staatlicher Genehmigung, das wissen sie nicht?

* Es gab bereits seit Anfang der 80er Jahre klare Voraussagen, daß in dem Gebiet um Izmit am Marmarameer ein Erdbeben zu erwarten ist. Auch auf der **UN-Habitat-Konferenz** (über die Probleme menschlicher Siedlungen) in Istanbul 1996 wurde darüber informiert. Eine Woche vor dem Beben haben türkische Wissenschaftler einem Minister mitgeteilt, daß Anzeichen für ein kommendes Beben festzustellen seien. Bewußt wurde diese **Information zurückgehalten**, „um niemanden in Panik zu versetzen“.

* Ein „kleines Beispiel“ für „die Prävention“: **Tüpras, die größte Erdölraffinerie** der Türkei, stand kurz nach dem Beben in Brand. Die „Sicherheitspläne“ konnten leider nicht greifen, da beides – Erdbeben und Brand – gleichzeitig nicht vorgesehen war! So loderten tagelang die giftigen Brände. Die Luft, das Wasser und der Boden wurden extrem verseucht!

„Der Staat gibt Pressekonferenzen... das Volk erstickt unter den Trümmern…“

Als die brüchigen Häuser wie Kartengebilde zusammenklappten, als die Menschen darunter begraben wurden, als die Menschen zu Hunderttausenden obdachlos wurden, als die ganze schäbige Infrastruktur vollends zusammenbrach, da zeigte sich der kemalistisch-faschistische Staat in voller Größe. Er war einfach im Erdbebengebiet „abwesend“.

Der türkische Staat hat klassisch demonstriert was ihm seine „Untertanen“ wert sind: **Nichts!** Ecevit druckste herum und mußte zugeben, daß er die ersten fünf Stunden mit den Verantwortlichen im Erdbebengebiet nicht kommunizieren konnte, weil Originalton: „die Telefonleitungen nicht funktionierten“. Es gab **keinen Krisenstab**, es gab keine Zuständigen, es gab Chaos und die Politiker tagten rund um die Uhr, machten demonstrative Besichtigungen und nichts geschah...

Weder wurde Bergungsmaterial für die Verschütteten noch Hilfe für die Obdachlosen organisiert. Tausende, ja Zehntausende sind unter den Trümmern erstickt, weil es keine Hilfe gab, weil es kein Werkzeug gab, weil es dem Staat ganz einfach egal war und ist, daß **die Menschen lebendig begraben und zum Tode verurteilt wurden durch die Unfähigkeit des Staates**.

Für zuständig erklärt wurde der „Rote Halbmond“, die nationale Organisation des Internationalen Roten

Kreuz-Komitees, der de facto ein Staatsunternehmen des türkischen Staates ist.
Dessen **Krisenmanagement** sah so aus, daß er nach 8 Tagen völlig veraltete Zelte – regendurchlässig – heranschaffte und ein Feldkrankenhaus für 100 (!) Menschen errichtete.
Der Vorsitzende Kemal Demir und andere Vorstände hatten andere Verwendung für die staatlichen Gelder und Spenden. Demir lebt seit Jahren auf **Kosten des Roten Halbmondes** in einem fünf Sternehotel in einem Appartement für 465 Dollar mit Vollpension pro Tag. Der neue Verwaltungspalast des Roten Halbmondes in Ankara verschlang schlappe 17 Millionen Dollar.
Internationale Hilfe, wie Bergungsmannschaften, Hilfsgüterlieferungen wurden bürokratisch behindert und chauvinistisch wurden **Blutspenden aus Griechenland abgewiesen („Griechisches Blut soll nicht in türkischen Adern fließen!").** Die Hilfe der Bürger untereinander wurde erschwert.
Die völlige Ignoranz und komplette Unfähigkeit des Staates im Erdbebengebiet hat zu einer unheimlichen Wut, zu völliger Enttäuschung und Empörung bei den Massen geführt.
Die **türkische chauvinistische Presse** hatte ein gutes Gespür dafür und stellte sich sogleich an die Spitze des Protestes und griff – für ihre Verhältnisse zunächst einmal ungewöhnlich – die Regierungs- und Staatsvertreter an.
Sie hatte gleich erkannt, daß das wirklich bedrohlich werden kann für den Staat und **versuchte der Empörung Ausdruck zu verleihen und sie zu kanalisieren.** Entsprechend antwortete der Staat darauf.
Auf Geheiß des MGK's (Sicherheitsrat) und der türkischen Regierung wurde der Privatsender Kanal 6 für eine Woche verboten und die **Marschrichtung an die Medien ausgegeben**:
Der Staat war mit allen seinen Möglichkeiten, vor allem mit seiner Armee von Anfang an bei dem Volk und half ihm. Der Wink wurde verstanden. Seitdem berichten die Medien wieder **voll** auf dieser Linie!
Aber auch einige Gouverneure und Staatsbedienstete mußten Schelte einstecken. Der MHP-Gesundheitsminister (MHP ist die Partei der Grauen Wölfe, die in der Regierungskoalition ist) wurde wegen seiner türkisch-chauvinistischen Äußerungen gegenüber internationaler Hilfe zurückgepfiffen.
Es werden sicherlich noch „einige Köpfe rollen", noch einige Bauunternehmer verurteilt… Nur es wird sich einfach nichts, aber auch gar nichts grundlegend verändern, wenn die **werktätigen Menschen nicht selbst den Kampf und ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen** und das Regime in die Knie zwingen.

„Die Schäden für die Wirtschaft und das Kapital schnell beheben"… Die Menschen werden wieder auf der Strecke bleiben

Ein weiterer Schritt der türkischen Regierung **um jede Selbsthilfe und direkte Hilfe zu unterbinden** war alle Geldspenden, die nicht auf staatliche Konten eingezahlt wurden zu beschlagnahmen und auf einem Konto zusammenzuführen, sowie auf alle Sachspenden, die nicht direkt mit dem türkischen Roten Halbmond abgestimmt worden sind, mit h**ohen Einfuhrzöllen** zu belegen.
Bereits hier kündigte sich an, wie die Hilfsmittel und die Wiederaufbauhilfen verwendet werden sollen:
Der türkische Staat wird davon profitieren. Es wird auch eine „Erdbebensteuer" geben. Es wird neue „Bau"- Reiche geben. Es werden Armeeeinrichtungen und Staatsgebäude schnell neu errichtet.
Es wird die **Umwelt katastrophal weiter vernichtet**. Die Trümmer und Toten werden jetzt schon ins Meer geschaufelt und darauf werden in den nächsten Jahren wieder Kartenhäuser errichtet werden.
Es werden die Opfer auf Jahre hinaus in Zelten, Slums und im bitteren Elend leben. (...)

Korrespondenz Nordkurdistan/Türkei

Gegen Desinformation & Propaganda des Westens Fakten und Einschätzungen …

„Wichtigste Wahl des Jahres in der Welt?“

Am Sonntag, dem **14. Mai** finden in der Türkei sowohl Präsidentenwahlen als auch Parlamentswahlen statt. Nach der geltenden Verfassung sollten diese Wahlen am **18. Juni stattfinden**. Sie wurden aber von Präsident Erdoğan fünf Wochen vorgezogen. Dieses Vorgehen wurde von der Opposition scharf kritisiert, ja sogar als Verfassungsbruch bewertet.

Das ist dieselbe Opposition, die jahrelang „sofortige Neuwahlen“ gefordert hatte. Und es ist dieselbe Opposition, die die Erzählung generiert und ständig wiederholt hatte, **Erdoğan** würde **seine Macht nie** durch Wahlen abgeben und deswegen die Wahlen auf jeden Fall verschieben werden. Zuletzt wurde diese Erzählung nach den fürchterlichen Erdbeben am 6. und 7. Februar wieder in Stellung gebracht. Erdoğan hatte in elf, direkt betroffenen Städten, den **Notstand** erklärt. Erdoğan würde jetzt bestimmt das Erdbeben dazu verwenden, die Wahlen zu verschieben oder sogar sie zu annullieren.

Erdoğan hatte aber am 10. März per Dekret die anstehenden Wahlen auf den 14. Mai vorgezogen. Und das **trotz dem großen Erdbeben**, welches Millionen von Wähler:innen direkt betraf und zu Nomad:innen machte. Technisch spielt dies keine große Rolle, weil die Digitalisierung der Verwaltung in der Türkei viel weiter fortgeschritten und zentralisiert ist, als z.B. in Deutschland.

Das große Problem ist **allerdings**, dass ungefähr 1,3 Millionen der Erbebenopfer vorübergehend in anderen Gebieten leben müssen. Dort konnten sie sich **vor Ort für die Wahlen** anmelden. Bisher haben sich aber über **eine Million Menschen noch nicht** bei den Wahlämtern gemeldet. Die Frist dafür ist allerdings jetzt abgelaufen.

So müssten die vom Erdbeben vertriebenen Menschen am Wahltag in ihre Heimatstädte fahren, um ihre Stimme abgeben zu können. **Das ist völlig illusorisch.** Außer Parteien, die zur Wahl stehen, organisieren Fahrmöglichkeiten für die davon betroffenen Menschen.

Jede/r türkische Staatsbürger:in, damit jede/r Wähler:in ist zentral erfasst, auch der aktuelle Wohnort. Das ist natürlich nicht dafür gedacht und gemacht, die Dienstleistungen des Staates für die Bürger:innen zu optimieren, so die offizielle Begründung, sondern um sie allumfassend und vollständig kontrollieren zu können. Für die aktuell anstehenden Wahlen heißt das eine wahlentscheidende Manipulation mit den Namen der registrierten Toten des Erdbebens ist fast unmöglich. Die anstehenden Wahlen werden von verschiedenen politischen Kräften in der Türkei, sowohl von der Regierungs- als auch der Oppositionsseite, **als „die wichtigsten Wahlen in der Geschichte der türkischen Republik“** eingeschätzt. In dieser Opposition sind leider auch eingeschlossen die Mehrheit der vom Staat „als Terroristen“ bekämpften Linken.

Laut dem amtierenden **Präsidenten Erdoğan,** seiner AKP, seinem ultranationalistisch, faschistischen Bündnispartner MHP mit ihrem „Führer“ Devlet Bahçeli wird diese Wahl über *„die Existenz der Türkischen Republik“* und *„über die territoriale Integrität des Staates“* entscheiden.

Für die **Opposition** wiederum ist diese Wahl *„der letzte Ausgang vor dem Untergang der Türkei“*. Sie ist *„die letzte Möglichkeit, um das autokratische Ein-Mann-Regime zu stürzen, und die Türkei wieder auf den Weg der Demokratie zu lenken“*. Es ist die *„letzte Chance“*, um die *„dem zivilisierten Westen zugewandte, laizistische Türkei Atatürks vor der Gefahr zu einem beliebigen islamischen Nahost-Staat zu werden“*, retten zu können.

Selahattin Demirtaş, ehemaliger Co-Vorsitzenden der HDP**,** der seit über fünf Jahren mit der haarsträubenden Begründung, er hätte die Bevölkerung gegeneinander aufgehetzt und zum Aufstand aufgerufen, im Knast sitzt, hat getweetet: *„Diese Wahl entscheidet darüber, ob die Türkei sich zu Afghanistan oder zur Schweiz entwickeln wird!“*.

Auch für **alle politischen Akteure im Ausland** sind die Wahlen in der Türkei sehr wichtig. In der Presse werden die Entwicklungen genau beobachtet und kommentiert.

In einem Artikel der FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) der die **wichtigsten Wahlen in 2023** auflistet, wird die Wahl in der Türkei wie folgt bewertet: ***„Eine der bedeutendsten internationalen Wahlen im Jahr 2023 wird in der Türkei abgehalten.***“ [1]

1 https://www.fr.de/politik/wahlen-2023-europa-weltweit-

Der Stern mischt sich in der Ausgabe 5/2023 in die Debatte ein. Auf dem Cover ein Foto von Erdoğan mit einer Fackel in der Hand. Die Titelstory lautet: *„Erdoğan der Brandstifter. Um sich die Macht zu sichern schürt der türkische Präsident gefährliche Konflikte – Auch in Deutschland".* In einem in der New York Times am 9. Januar veröffentlichten Artikel des Bloomberg Analysten/Kommentator Bobby Ghosh heißt es: *„Unter den vielen Parlamentswahlen von internationaler Tragweite, die in diesem Jahr zu beobachten sind, werden die für Februar geplanten Wahlen in Nigeria bei weitem die größten sein. Pakistan ist fällig bis Oktober und wird wahrscheinlich am lautesten sein.*

Aber die wichtigste wird zweifellos am 18. Juni stattfinden, wenn Präsident Recep Tayyip Erdoğan versucht, seine Herrschaft über die Türkei in ein drittes Jahrzehnt auszudehnen." [2]

Kılıçdaroğlu, CHP – „Versprochen! Es werden wieder Frühlinge kommen"

In allen Mainstream-Medien des Westens, aber auch in der linken Presse wie z.B. junge Welt, finden wir in allen Artikeln und Kommentaren der Türkei-Berichterstattung eine wilde Mischung von fake news, Halbwahrheiten sowie unisono Erdoğan-Bashing.

Einstimmig wird die Hoffnung befeuert, dass die Opposition endlich die Wahlen gewinnt und Erdoğans Herrschaft ein Ende setzt. Vorschläge, Taktiken werden der Opposition empfohlen, wie sie Erdoğan am besten besiegen könnten etc.

Ghosh führt in seinem Artikel weiter aus: *„Die westlichen Staats- und Regierungschefs werden froh sein, Erdoğan nur noch von hinten zu sehen. Er hat die Sicherheit der NATO untergraben, indem er Raketenabwehrsysteme von Russland erworben hat, er hat das Bündnis frustriert, indem er die Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands blockiert hat, und er hat wiederholt Europa gedroht es mit Flüchtlingen zu fluten und schleuderte in den letzten Monaten zunehmend kriegerische Rhetorik in Richtung Griechenland.*

Ankaras Beziehungen zu Washington sind so angespannt, dass hochrangige türkische Beamte die USA routinemäßig beschuldigen, einen Putsch gegen Erdoğan zu unterstützen und eine Komplizenschaft mit terroristischen Gruppen einzugehen. Die USA und Europa wären ohne Erdoğans störenden Einfluss in der Weltpolitik besser dran, zumal sich ihre Konfrontation mit Wladimir Putin verschärft. Sein Nutzen als Gesprächspartner ist begrenzt: Obwohl er im vergangenen Sommer geholfen hat, ein Abkommen auszuhandeln, das den weiteren Transport von Getreide und Pflanzenöl aus der Ukraine sicherstellt, hat Erdoğan keinen ausschlaggebenden Einfluss auf seinen ‚lieben Freund' Wladimir.

Es gibt auch keine Zurückhaltung von Erdoğan. Obwohl viele in den außenpolitischen Kreisen Washingtons und der europäischen Hauptstädte an der Hoffnung festhalten, dass er mit einem Köder zurückgelockt werden kann, ist Erdoğans Weltsicht 'weit mehr radikaler, als die meisten Westler denken', sagt der Politologe Selim Koru. Seine Ambitionen für die unmittelbare Nachbarschaft der Türkei, in der Ankara zunehmend an Einfluss gewinnt, bestehen nicht darin, den amerikanischen und europäischen Einfluss zu ergänzen, sondern 'sie zu ersetzen und ihnen entgegenzuwirken'".

Sollte Erdoğan besiegt werden, meint Sinan Ulgen, Direktor des Istanbuler Think Tanks EDAM, ‚wird sein Nachfolger die Türkei zu einem anderen außenpolitischen Akteur machen, der sich wohler fühlt in seiner Position als westliche Nation.' "

Gosh spricht mehr oder weniger das aus, was in den westlichen „Hauptstädten" gedacht und propagiert wird. Schon bevor Biden zum Präsidenten gewählt wurde, hat er in einem Interview im Wahlkampf 2019 die Linie des „Westens", der in der Erdoğan-Türkei zurecht einen widerwilligen, nicht mehr unter seiner Kontrolle stehenden, unsicheren NATO-Partner sieht, festgeschrieben:

„Es sei notwendig, die Gegner des türkischen Führers zu stärken, … damit sie Erdoğan herausfordern und ihn besiegen können. Nicht durch einen Staatsstreich, sondern durch Wahlen*." Biden bezeichnete Erdoğan außerdem als „Autokraten".* [3]

tuerkei-polen-schweiz-nigeria-91910492.html

2 https://www.washingtonpost.com/business/energy/the-worlds-most-important-election-in-2023-will-be-in-turkey/2023/01/09/ac2cf916-8fe3-11ed-90f8-53661ac5d9b9_story.html

3 https://www.focus.de/politik/Erdoğan-als-autokrat-bezeichnet-tuerkei-droht-biden-wegen-frueherer-aussagen-wird-den-preis-fuer-pure-arroganz-bezahlen_id_12324668.html

Aktuelle Regierungsform der Türkei: Präsidialsystem à la Turca!

Mit dem **Referendum zur Verfassungsänderung** am **16. April 2017** wurde in der Türkei das bis dahin geltende Regierungssystem verändert. In der **Parlamentarischen Demokratie** wird der Staatspräsident vom Parlament gewählt und hat eher repräsentative Funktionen.

Dieses System wurde durch eine **Präsidialdemokratie**, in der der Präsident vom Volk direkt gewählt wird und als der Kopf der Exekutive seine Regierung bildet und führt.

Allerdings sind die in dieser Verfassung für den Präsidenten **vorgesehenen Zuständigkeiten und Rechte viel umfassender** als in jeder Präsidialdemokratie in der ***„westlichen Welt"***. In der „Präsidialdemokratie türkischer Art" hat der Präsident das Recht mit **Präsidentenerlassen und Verordnungen** alleine durchzuregieren. Vor allem wenn seine Partei auch im Parlament über eine Mehrheit verfügt.

Dem Wesen nach sind diese beiden Regierungssysteme, Parlamentarische Demokratie und Präsidialdemokratie (auch wenn sie je nach verschiedenen Ländern unterschiedliche Ausformungen haben) das Selbe: **Regierungssysteme der Diktatur der Bourgeoisie.**

„Die Demokratie" ist lediglich ein Anhängsel-Begriff und hat nur die Funktion den wahren Charakter der Herrschaft der Bourgeoisie zu verdecken und zu suggerieren diese sei die Herrschaft des Volkes!

In der Türkei sind wiederum sowohl die Regierungsform der Parlamentarischen Demokratie als auch die der Präsidialdemokratie à la Turca, reine Demokratie-Masken, die die **faschistische Fratze der Diktatur der Bourgeoisie** verdecken sollen.

Bei der **ersten Präsidentenwahl** im neuen Regierungssystem am **24. Juni 2018** wurde Recep Tayyip Erdoğan schon in dem ersten Wahlgang mit 52,6 Prozent der gültigen Stimmen (bei 85 Prozent Wahlbeteiligung) für fünf Jahre zum **Präsidenten der Republik** gewählt.

Die AKP, die islamisch orientierte Regierungspartei von Erdoğan wurde bei den gleichzeitig abgehaltenen **Parlamentswahlen, wie seit 2001 November in allen Parlaments- und Regionalwahlen, zur stärksten Partei** (42,6 Prozent), mit großem Abstand zur **stärksten Oppositionspartei**, **der CHP (22,6 Prozent)**.

Zu den Wahlen **2018** trat die Regierungspartei AKP im Bündnis mit der extrem nationalistischen, offen **faschistischen MHP** unter dem Namen **„Cumhur Ittifakı**", (Bündnis des Volkes) auf. Der Grund für diese „unheilige**"** Allianz ist die Tatsache, dass für die Präsidentenwahl mindestens **50 Prozent +1** der Stimmen notwendig sind.

Die Zeiten, als die AKP alleine über 50 Prozent gekommen ist, waren spätestens seit den **Wahlen Juni 2015** vorbei. Sie brauchte und braucht unbedingt Bündnispartner, um den Präsidenten zu stellen, d.h. um regieren zu können. Diese hat sie in der MHP gefunden.

Voraussetzung dieser Allianz war **die Abkehr** von der hoffnungsvollen **„Öffnungspolitik"** der **AKP** in der **kurdischen Frage**. Die AKP-Regierung hatte bis **März 2015** intensive Gespräche mit Vertreter:innen der PKK geführt. Unter anderem mit dem **Gründer und Führer der PKK, Abdullah Öcalan**, der seit 1999 zu lebenslanger Haft verurteilt im Knast sitzt.

Erdoğan, AKP – „Die Nation beugt sich nicht – Die Türkei ist unbesiegbar"

Ziel war die Beendigung des Kriegs in Nordkurdistan zwischen dem türkischen Staat und der PKK **auszuhandeln** und umzusetzen. Diese Politik wurde von der gesamten bürgerlichen Opposition, vor allem von den **kemalistisch-faschistischen Kräften** in Staat und Gesellschaft als **„Vaterlandsverrat"** gebrandmarkt und mit allen Mitteln sabotiert und bekämpft. Die MHP und die CHP waren diejenigen, die sich dabei am meisten darüber ereiferten.

Diese Politik, die die **westlichen imperialistischen Kräfte** bei der Lösung der kurdischen Frage in Nordkurdistan/Türkei **nicht in die Verhandlungen mit einbezog**, war auch ein Dorn in deren Augen. Sie haben **Druck auf Kräfte in der PKK ausgeübt** und sie zur Weiterführung des Kriegs gegen die Türkei animiert.

Die im heldenhaften Kampf der PKK/PYD Kämpfer:-innen gegen den IS (Islamischen Staat) in Rojava entstandene Allianz mit den USA; die Anerkennung und Unterstützung durch die USA hat die PKK Führung dazu geführt die Politik der Friedensverhandlungen

mit der türkischen Staatsmacht aufzugeben.
Durch den **massiven Druck der faschistischen Kräfte** in Staat und Gesellschaft sowie durch die **Intrigen der Imperialisten** erklärte die AKP-Regierung die Verhandlungen mit der PKK für obsolet.
Der **Krieg, der seit 1984**, mit kurzen Unterbrechungen läuft, wurde wieder und **dieses Mal viel intensiver**, aufgenommen. Der Krieg des türkischen Staates gegen die PKK und das sie unterstützende kurdische Volk, bedeutet nicht nur Krieg in Nordkurdistan, Rojava, Südkurdistan gegen die PKK.
Sondern dieser Krieg bedeutet gleichzeitig die **Intensivierung des Faschismus gegen alle Völker** in der ganzen Türkei.
Alle demokratischen Kämpfe, alle Kämpfe der anders Denkenden und Lebenden werden mit faschistischem Terror unterdrückt. Seit dem **Wiederaufflammen** des Kriegs gegen die PKK im Jahr 2015 erlebte die Türkei unter der AKP/Erdoğan Regierung eine der schlimmsten Perioden der faschistischen Herrschaft. Seit der Allianz mit der MHP und besonders nach dem gescheiterten **Putschversuch der Gülen-Sekte am 16. Juni 2016**, die von den USA unterstützt wird, nahm und nimmt der **Faschismus** zu.
Nach diesem Putschversuch riefen die AKP und Erdoğan alle Parteien zu einer „Nationalen Einheit" gegen die imperialistischen Interventionen und vor allem gegen Putsche auf. Zwei Tage nach dem Putsch am 18. Juni wurde eine große **Massenkundgebung mit über einer Million Teilnehmer:innen**, auch unter **Beteiligung der CHP** veranstaltet. Für eine sehr kurze Zeit entstand eine Atmosphäre, als könnten die gegenseitigen Feindschaften der Parteien überwunden werden.
Der Vorsitzende der CHP, Kemal Kılıçdaroğlu hat allerdings kurz nach dieser gemeinsamen Kundgebung begonnen, den Putschversuch, genau so wie der Chef der Gülen-Sekte als **„Theater"** abzutun.
Das sei ein Theaterstück, das von Erdoğan inszeniert worden sei, um seine Macht zu erhalten. Vier Tage nach dem Putsch, **am 20. Juni** hat die AKP im Parlament den Antrag eingebracht für drei Monate den **Ausnahmezustand** zu verhängen, und den Präsidenten in dieser Zeit zu bevollmächtigen mit Dekreten zu regieren. Das Parlament bewilligte diesen.
Diese Frist von drei Monaten wurde dann immer wieder verlängert und der **Ausnahmezustand hielt über ein Jahr** an. CHP-Vorsitzender Kılıçdaroğlu bezeichnet noch heute *„den Putsch vom 20. Juni"* als den ***„eigentlichen Putsch".*** 2017 wurde dann die oben schon angeführte Verfassungsänderung zum Referendum gebracht. Verfassungsrechtlich ist seitdem die Türkei eine Präsidialdemokratie.
Und Erdoğan ist der erste Präsident der präsidialdemokratischen (in der Wahrheit präsidial-faschistischen) Türkei.
Die **MHP** ist **nicht in der Regierung direkt** vertreten, sondern bildet nur im Parlament faktisch einen Block mit der AKP. Aber ihre Politik wird heute durch Erdoğan und die AKP an der Macht durchgeführt.

Wahlen 14. Mai 2023: Wahlprozedur & Wahlsystem & Sicherheit der Wahl

Für die Vorbereitung und Durchführung ist die **„Hohe Wahlkommission"** zuständig. Diese besteht aus sieben Mitgliedern und vier Ersatzleuten. Alle elf Personen sind Richter:innen. Sechs von ihnen werden vom Kassationsgerichtshof (Yargıtay) und fünf vom „Staatsrat", Oberstes Verwaltungsgericht (Danıştay) für sechs Jahre gewählt. Außerdem nehmen an den Sitzungen je ein/e Vertreter:in von den im Parlament vertretenen Parteien teil. Die Beschlüsse der „Hohen Wahlkommission" (HWK) sind unwiderruflich.
In jedem Wahlgebiet werden **Wahlkommissionen** eingerichtet, die bei etwaigen Widersprüchen bzw. Unregelmäßigkeiten tätig werden. Falls ihre Urteile nicht von allen Seiten anerkannt werden, geht der Fall zur HWK.
Alle Kandidat:innen, die sich zur Wahl stellen werden von der Hohen Wahlkommission geprüft, ob sie die Bedingungen für die Zulassung zu Wahlen erfüllen. Sie müssen ihre Bewerbungen und Unterlagen bis zu einem von der HWK festgelegten Zeitpunkt abgeben. Die HWK spricht die Zulassungen aus und veröffentlicht die Listen der zugelassenen Parteien und Kandidat:innen.
Für die Wahlen am 14. Mai ist die Zahl der Wähler:innen (Türkische Staatsbürger:innen ab 18. Lebensjahr) von der HWK festgestellt und veröffentlicht. Demnach gibt es **60 Millionen 904 Tausend 341 Wähler:innen in der Türkei**, die Ihre Stimme bei 190 736 Wahlurnen zwischen 8.00 und 17.00 Uhr am Wahltag abgeben können.
Dazu kommen **3 Millionen 286 Tausend 786 Wähler:innen im Ausland,** die ihre Stimme entweder in dem ihrem Wohnort am nächsten liegenden Konsulat oder aber an den Urnen, die an Grenzübergängen stehen ab 27. April abgeben können.
Es gibt in jedem Wahllokal eine **„Urnen-Kommission"**, die aus einem Vorsitzenden, plus sechs Mitgliedern und sechs Ersatzmitgliedern besteht. Sie sind Vertreter:innen der **fünf stimmstärksten Parteien** der letzten Wahl. Außerdem können diese fünf Parteien je eine/n Wahlbeobachter:in stellen. De facto wird nur der Vorsitzende von der örtlichen Wahlkommission durch Losverfahren bestellt. Die Stimmabgabe ist geheim. Die Auszählung der Stimmen ist

offen. Die Öffentlichkeit ist durch Mitglieder des Urnenvorstands, plus Wahlbeobachter:innen gewährleistet. Das Ergebnis der offenen Auszählung wird in einem Ergebnisprotokoll, das die eigenhändigen, analogen Unterschriften der sieben Mitglieder der Urnenkommission trägt festgestellt. Das Ergebnis wird sofort digital an die zuständige Wahlkommission weitergeleitet. Die Stimmen und das Originalprotokoll werden in einem verplombten Sack an die zuständige Wahlkommission weitergeleitet.
Da die Vertreter:innen der Parteien und die Wahlbeobachter:innen die Ergebnisprotokolle an Ort und Stelle fotografieren und an die Zentrale ihrer Parteien bzw. ihrer Organisationen weiterleiten, ist jederzeit ein Vergleich der Ergebnisse der Zählung, die vom staatlichen Fernsehen, aber auch durch Privatfernsehen laufend übertragen werden, möglich.
Zivilgesellschaftliche Organisationen wie z.B. **„Oy ve Ötesi“** (Stimme und Weiteres), die sich von den Parteien als **Wahlbeobachter:innen** aufstellen lassen, verfügen über ein ziemlich breites Netzwerk. Auch ausländische Beobachter:innen sind zugelassen.
Das heißt, eine **wahlentscheidende Manipulation** der Wahlergebnisse ist kaum möglich. Das wäre bei der Präsidentenwahl nur bei einem sehr, sehr knappen Ergebnis möglich.
Zum Beispiel wenn ein/e Kandidat:in **mit nur 10 Tausend Stimmen** Unterschied gewinnen sollte. Dann würde **eine Neuauszählung** durchgeführt. Sollte es dann noch immer Probleme geben, wird eine Wahlwiederholung stattfinden. Das passierte 2019 bei den Regionalwahlen in Istanbul. Trotzdem redet die Opposition ständig davon, dass die Sicherheit der Wahl in Gefahr ist.
Eine gängige These der Opposition ist: Erdoğan hat schon verloren. Er hat keine Chance diese Wahl zu gewinnen. Das wäre nur möglich, wenn er die Wahl durch Wahlmanipulation im großen Stil „stiehlt“. Diese weitverbreitete Propaganda ist eine Vorbereitung für den 15. Mai, im Falle des eventuellen Wahlsieges Erdoğans, um das Wahlergebnis nicht anzuerkennen und einen eventuellen Machterhalt von ihm für illegitim zu erklären. Zudem wird die Propaganda hinzukommen: **Seine Kandidatur war bereits illegal.**
Einmal, da Erdoğan kein Hochschuldiplom habe. Zudem war er zweimal Präsident. Seine Zulassung als Kandidat zum dritten Mal sei Verfassungsbruch. Seine Präsidentschaft ist illegitim!

Zwei Wahlen an einem Tag

Nach der geltenden Verfassung von 2017 werden **Präsidenten- und Parlamentswahlen** einmal in **fünf Jahren** am selben Tag durchgeführt. Am **14. Mai 2023** werden der **Präsident und das Parlament** gewählt. Als Kandidat:innen können sich alle aufstellen lassen, die die Voraussetzungen erfüllen:
Mindestalter 40 Jahre, Absolvent:in einer Hochschule oder Universität, keine Vorstrafen wegen „sittlicher Delikte“ oder Strafen, die über ein Jahr hinausgehen. Als Kandidat:in kann eine Person nur von den Parteien, die im Parlament vertreten sind, vorgeschlagen werden.
Eine **Kandidatur** ist aber auch möglich mit **Unterschriften** von **mindestens 100 000 Wähler:innen**. Für die Wahl des Präsidenten ist die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen, d.h. **50 Prozent + 1 Stimme** notwendig. Wenn in der ersten Runde keine/r der Kandidat:innen die absolute Mehrheit erreicht, wird **zwei Wochen** nach der ersten Runde eine **Stichwahl** durchgeführt. Zwischen den zwei Kandidat:innen, die in der ersten Runde die meisten Stimmen errungen haben. Da die Türkei jetzt eine Präsidialdemokratie ist, noch dazu à la Turca, in der der Präsident der Kopf der gesamten Exekutive ist und eine fast grenzlose Machtfülle hat, ist diese Präsidentenwahl die entscheidende.

Parlamentswahlen

Das türkische Parlament besteht aus 600 Parlamentarier:innen. Jede der 81 Städte der Türkei sendet unabhängig von der Bevölkerungszahl, mindestens zwei gewählte Vertreter:innen ins Parlament. Ansonsten schicken die Städte, die in Wahlbezirke gegliedert werden, eine ihrer Wähler:innenzahl entsprechende Anzahl von Parlamentarier:innen ins Parlament.
Die Durchschnittszahl der Stimmen, die ein/e Kandidat:in braucht um ins Parlament zu kommen, hängt von der **Wahlbeteiligung** und Zahl der **ungültigen Stimmen** ab.
Sie wird aber am Anfang als „Wähler:innenzahl durch 600“ angenommen. Das entspricht am 14. Mai etwa 107 000 tausend Stimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent würde das etwa 91 000 Stimmen bedeuten. D.h. ein/e einzelne unabhängige Kandidat:in braucht etwa 91 000 der Stimmen in einem Wahlbezirk um gewählt zu werden.

Wahlsystem für das Parlament

Zu den Parlamentswahlen können Parteien oder Parteien-Bündnisse mit Kandidat:innen-Listen und unabhängige Einzel-Kandidat:innen antreten. Jede/r türkische/r Staatsbürger:in ab 18 Jahren, der/die ein Grundschuldiplom (fünf Jahre) hat, kann, wenn ihr/sein Strafregister ok ist Kandidat:in werden.
Alle Kandidat:innen müssen dem Staat eine für türkische Verhältnisse **sehr hohe Gebühr von**

Meral Akşener, İYİ Parti und Kılıçdaroğlu, CHP – „Gemeinsam gewinnen wir"

„Die Flüchtlingsfrage wird zur Geschichte – Die Türkei wird Geschichte schreiben"

Parteienlandschaft in Nordkurdistan/Türkei

Bei den Parlamentswahlen sind **insgesamt 37 Parteien** zugelassen. Von diesen 37 sind nur drei Parteien imstande die sieben Prozenthürde sicher zu überspringen, wenn sie alleine als Partei antreten würden:

AKP: Die **Adalet ve Kalkınma Partisi** (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) ist die islamistisch-nationalistische, sich selbst „konservativ-demokratisch" bezeichnende langjährige Regierungspartei Erdoğans. Sie führt heute eine nationalistische, faschistische, teils imperialistische Politik durch.

CHP: Die **Cumhuriyet Halk Partisi** (Republikanische Volkspartei) ist die älteste Partei und wurde von dem Republikgründer Mustafa Kemal als Staatspartei gegründet. Sie kommt aus der streng nationalistisch, laizistisch-kemalistischen Tradition, definiert sich als „sozialdemokratische Partei". Sie war immer eine Partei der kemalistischen Staatselite.

26 213 Euro zahlen. Diese erhalten sie nicht zurück, egal ob sie gewählt wurden oder nicht.
Mit einer **Wahlgesetz-Änderung** im April 2021 hat die AKP die **Sperrklausel für Parteien** und **Bündnisse** von **10 auf 7 Prozent** herabgesetzt.
Das heißt, für Parteien, die als Teil eines Bündnisses an den Parlamentswahlen teilnehmen, gilt die sieben Prozent-Sperrklausel nicht, sofern das Bündnis über 7 Prozent der Stimmen erhält. Das animiert die kleineren Parteien sich Bündnissen anzuschließen, die die größeren Parteien anführen.
Sie können dann trotzdem als Parteien ihre Kandidat:innenlisten aufstellen. Das in der Türkei geltende **d'Hont Wahlsystem** [4] verschafft der Partei mit den meisten Stimmen eines Wahlkreises sehr große Vorteile. Bisher hat das der AKP sehr genutzt, da sie in 64 von 81 Städten die erste Partei war.

Sie vollzieht unter der Regie von Kılıçdaroğlu einen **Verwandlungsprozess.** Die auf das Volk von oben herabschauende, verächtliche Politik hatte diese ehemalige Staatspartei dem Volk entfremdet.
Sie konnte mit ihrer kemalistischen Politik **keine einzige Wahl seit 1950** gewinnen. Ihr Stimmanteil bei den Wahlen stagnierte um die 25 Prozent herum.
Kılıçdaroğlu hat die streng nationalistisch-laizistische Linie verlassen. Er versucht die CHP auf eine **populistische Linie à la Erdoğans-AKP** zu bringen. Mit dem Unterschied, dass die „Westanbindung der Türkei" unbedingt aufrechterhalten werden soll.
Dieser Umwandlungsprozess ist ziemlich vorangeschritten, allerdings noch nicht abgeschlossen und nicht umkehrbar.
Diese Wahlen sind für die politische Zukunft Kılıçdaroğlus und seiner Linie entscheidend. Gewinnt er diese Wahl nicht, verliert er auch seine politische Zukunft. Es droht im Falle einer eventuellen Wahlniederlage eine neuerliche Spaltung.

4 https://de.wikipedia.org/wiki/D%E2%80%99Hondt-Verfahren. Im Prinzip ist das eine Form des Mehrheitswahlrechts. In dem Hondt-System wird die stärkste Partei bevorteilt, aber auch die anderen Parteien haben die Möglichkeit, Mandate zu gewinnen.

HDP: Die **Halkların Demokratik Partisi** (Demokratische Partei der Völker) wird in der Auslandspresse als „pro kurdische Partei" definiert. Sie selbst definiert sich als die Partei, die für eine Demokratisierung der Republik Türkei kämpft. Ihr Markenzeichen ist, dass sie für die übergroße Mehrheit der kurdischen Wähler:innen als die erste Adresse bei den Wahlen gilt, weil sie die **nationalen Rechte der kurdischen Nation** vehement vertritt.
Diese Verteidigung bedeutet aber nicht die Verteidigung des Rechts der kurdischen Nation auf Lostrennung, das Recht auf einen eigenen Staat. Die HDP bleibt bei der Verteidigung der kulturellen Autonomie und Erweiterung der Autonomie der Regionalen Verwaltungen innerhalb des türkischen Staates. Trotzdem wird diese Partei, von den bürgerlichen Parteien als **verlängerter Arm der PKK** im Parlament, als Unterstützerin des Terrorismus als „sezessionistische Partei" diffamiert.
Die **CHP Kılıçdaroğlus** verzichtet seit einiger Zeit auf eine offene Verunglimpfung der HDP, weil die **Anti-Erdoğan-Front ohne die Stimmen der HDP** überhaupt keine Chance hätte, zu gewinnen. Für die HDP wiederum ist *„der Sturz des AKP/MHP Faschismus", „der Sturz des Palast-Regimes,"* [5] *„das vorrangige Ziel bei diesen wichtigsten Wahlen in der neueren Geschichte des Landes."* [6]
Die **HDP** tritt zu diesen Wahlen nicht als HDP auf, sondern stellt ihre Kandidat:innen in den Listen der **„Yeşil Sol Parti", YSP** (Grün Linke Partei) auf. Der Grund dafür ist, dass gegen die HDP ein Partei-Verbotsverfahren beim Verfassungsgericht läuft und die, wenn auch geringe, Möglichkeit besteht, dass die HDP kurz vor den Wahlen verboten wird.
Wahrscheinlich, aber nicht sicher, könnten weitere **drei Parteien** auch die **sieben Prozent Hürde** alleine schaffen:

MHP: Die **Milliyetci Hareket Partisi** (Partei der Nationalistischen Bewegung). Diese ultra-nationalistisch-faschistische Partei befindet sich in einem Bündnis mit der AKP. Sie ist nicht direkt Teil der Regierung. Aber ihre Politik ist heute durch die AKP Regierung an der Macht.

İYİ Parti: (Gute Partei) Sie wurde 2015 von Frau **Meral Akşener** neu gegründet. Akşener hat eine wüste politische Karriere hinter sich.
Sie war Innenministerin in den 1990er Jahren und dafür mitverantwortlich, dass über 17 000 Menschen in Nordkurdistan „verschwanden".
Die Opfer wurden von durch den Staat organisierte zivile, bewaffnete Personen entführt, getötet, und verscharrt. Akşener hat mehrere Parteien gewechselt. Ihre **letzte politische Station** vor der Gründung der İYİ Parti war die faschistische **MHP**.
Sie versuchte in der MHP die Führung des langjährigen Führers Devlet Bahçeli zu übernehmen. Als das nicht klappte, gründete sie ihre eigene Partei. Sie hat den Anspruch das „Mitte Rechts"-Spektrum in der İYİ Parti zu vereinen. In den Verhandlungen des vor den Wahlen im Jahre 2018 zwischen CHP und İYİ Parti gegründeten Wahlbündnisses, der Millet İttifakı, **„Bündnis der Nation"** wurde 2022 der sogenannte **„Altılı Masa", „Sechser Tisch"** gebildet. [7]
Vor allem durch die **Initiative von Kılıçdaroğlu** wurde das Bündnis auf sechs Parteien erweitert. Mit drei aus der islamistischen Ecke kommenden kleinen Parteien und einer Partei der „Mitte", deren Stimmenanteil im zehntausendstel Bereich liegt.
Bei den Verhandlungen am „Sechser Tisch" hat Meral Akşener als Vorsitzende der zweitstärksten Partei des Bündnisses versucht, die von ihr favorisierten CHP Bürgermeister von **Istanbul, İmamoğlu** und von **Ankara, Yavaş** als **Präsidentschaftskandidaten** durchzusetzen. Gegen den ihrer Meinung nach ungeeigneteren Kandidaten Kılıçdaroğlu. Als klar wurde, dass das nicht klappte, **verließ Akşener den „Sechser Tisch** „mit großem Tamtam. Sie hat gegen den „Sechser Tisch" als *„Zocker-Tisch"* an dem *„unehrliche Lügner Postenschacher betreiben"* gewütet. Der İYİ Parti würde diktiert, sich *„zwischen Tod und Malaria"* zu entscheiden. Die İYİ Parti sei dagegen, dass mit der HDP im Namen des „Sechser Tisches" verhandelt werde. Sie würde mit ihrer Partei ihren eigenen Weg allein weitergehen, und die Wahlen als erste Partei siegreich beenden. Sie würde *„Nicht Geschichte werden, sondern Geschichte schreiben"*.
Diesem furiosen Aufständchen folgten dann **massenhafte Austritte von ihren Parteimitgliedern**. Eine **Lynchstimmung** gegen Akşener wurde in den „sozialen Medien" angefacht. Sie wurde sexistisch, *„als Hure, als Verräterin, die Erdoğan die Wahl schenken würde"* etc. beschimpft. Drei Tage nach diesem Aufständchen musste sie kleinlaut durch den öffentlichen Druck an den Tisch zurückkehren.
Im Gegenzug erhielt sie das Versprechen von Kılıçdaroğlu, die von der İYİ Parti favorisierten CHP-Bürgermeister, nebst den Vorsitzenden der fünf Tisch-

5 Der pompöse Präsidenten-Amtssitz in Ankara unter Erdoğan erbaut, wird von der Opposition als „Palast", und das Regime von Erdoğan als „Palast-Regime" bezeichnet.
6 Erklärungen des Parteivorstandes der HDP 2023

7 Bei den Treffen des Bündnisses wurden ernsthafte (!) Diskussionen über die Sitzordnung bei den Zusammenkünften geführt. Am Ende einigten sich die Parteien auf einen runden Tisch. Seit dem wurde das Bündnis auch „Sechser Tisch" genannt.

parteien zu Vizepräsident:innen zu ernennen. Falls Kılıçdaroğlu die Präsidentenwahl gewinnt.

Memleket Partisi: Die **MP** (Partei der Heimat) wurde von dem langjährigen CHP-Mitglied, Parlamentarier, Bürgermeister **Muharrem İnce** nach den verlorenen **Wahlen 2018** gegründet. Ihre Selbstdarstellung lautet, *„Partei die den Gründungsprinzipen der CHP treu bleibt"*. İnce trat bei den Präsidentenwahlen 2018 als Kandidat der CHP gegen Erdoğan an und hat hoch verloren.

Obwohl er bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen einen mehr als 10 Prozentigen Stimmenzuwachs für die CHP im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen, erzielte. Ihm wurde Verrat vorgeworfen, da er in der Wahlnacht, als klar wurde Erdoğan hat in der ersten Wahl-Runde mit über 52 Prozent der Stimmen gewonnen, in einem Telefoninterview den Wahlsieg Erdoğans anerkannt hat mit den Worten „Adam kazandı" (Der Mann hat gewonnen).

Die gängige CHP-Propaganda der Wahlfälschung hatte damit ihre Glaubwürdigkeit verloren. İnce hat wiederum die CHP beschuldigt ihn bei seiner Wahl-Kampagne allein gelassen zu haben. Es kam zum Bruch mit der CHP und zur Gründung der MP.

Durch die **Turbulenzen am „Sechser Tisch"** über die Festlegung des Präsidenten-Kandidaten und den Kuhhandel bei der Verteilung der Posten im Falle eines Wahlsieges, hat die **MP** bei unzufriedenen CHP und İYİ Parti Wähler:innen an **Anziehungskraft** gewonnen.

Es scheint möglich zu sein, dass diese Partei die **sieben Prozent-Sperrklausel überspringen** kann. Falls das passiert, würde das den **Zersetzungsprozess** sowohl bei der İYİ Parti als auch bei der CHP Kılıçdaroğlus beschleunigen.

Alle anderen Parteien, vor allem die **Geleçek Partisi** (Partei der Zukunft), gegründet vom ehemaligen Außenminister und Ministerpräsidenten der AKP, **Ahmet Davutoğlu** und die **DEVA Partisi** (Partei der Heilung) des langjährigen Finanz- und Wirtschaftsminister der AKP-Regierungen unter Erdoğan, **Ali Babacan**, die vollmundig verkündet haben, sie würden bei den Wahlen als eigenständige Parteien auftreten, sind 1 Prozent Parteien, die **keine Chance** haben die Prozent-Hürde zu überspringen.

Auch alle anderen Parteien im rechten Spektrum sind Klein- und Kleinstparteien, die als Partei nur eine Chance haben, wenn sie als Teil eines Bündnisses agieren.

Die legalen Parteien im **linken Spektrum**, ausgenommen der **HDP**, sind in der Wählergunst Parteien im **tausendstel Bereich**. Selbst wenn alle ein gemeinsames eigenes Wahlbündnis organisieren würden, würden sie aktuell nicht einmal in die Nähe von sieben Prozent der Stimmen kommen. In diesem Spektrum würde der Weg ins Parlament nur über ein Bündnis, das **von der HDP angeführt** wird, möglich sein.

Die Kräfteverhältnisse zwingen die kleinen Parteien zu Bündnissen mit großen. Unter diesen Bedingungen treten zu den Wahlen am 14. Mai **5 Wahlbündnisse**, und **mehrere Parteien** an.

Fünf Wahlbündnisse treten bei den Parlamentswahlen an:

1. Cumhur İttifakı – Bündnis des Volkes

Vier Parteien sind in diesem Bündnis. Die **AKP**, **MHP**, **BBP, Büyük Birlik Partisi** (Partei der Großen Einheit) und seit kurzem die **YRP** (Yeniden Refah Partisi/Partei des Wohlstands von Neuem). **AKP**, **MHP, BBP** bilden seit der Präsidentenwahl 2018 dieses Bündnis. In Wahlen und Parlamentsarbeit arbeiten sie eng, als ein Block zusammen. Aber alle drei achten aber auch darauf, dass sie eigene Parteien sind.

BBP ist eine Partei, die aus der **„Ülkücü gelenek" (**Idealisten Tradition) kommt. Ülkücüler (İdealisten) nannten sich die Anhänger:innen der **militant antikommunistischen, pantürkisch faschistischen Bewegung**, die nach dem zweiten Weltkrieg von **Alpaslan Türkeş** bis zu seinem Tod 1997 angeführt wurde. Die von ihm gegründet, legale faschistische Partei wechselte mehrmals ihren Namen. Seit 1969 nannte sie sich **MHP.**

1993 kritisierte Muhsin Yazıcıoğlu, ein Kader der Jugendorganisation Ülkü Ocakları (Idealisten Verbände), die faschistische MHP wegen „fehlender Militanz". Er verließ die Partei und gründete seine eigene Partei, die **BBP.** 2009 starb er bei einem Hubschrauber „Unfall".

Nachforschungen legen die These eines generalstabsmässig geplanten Attentats durch die Gülen-Bewegung nahe. Die BBP versteht sich als die Partei, die die „Ülkücü" Bewegung in der Türkei weiterführt. D.h. die BBP ist genauso wie die MHP eine pantürkisch faschistische Partei. Der kleinere Bruder der MHP.

YRP ist eine Partei der **pan-islamistischen Bewegung.** Sie wurde von Necmettin Erbakan gegründet und bis zu seinem Tod geführt. Diese politische Richtung wurde immer wieder **verboten.** Daher hat sie immer wieder ihren Namen geändert. Bis Januar 1998 hieß sie **Refah Partisi** (Partei des Wohlstands), wurde aber verboten und Erbakan mit einem fünfjährigen Politikverbot belegt.

Aus der Refah Partisi wurde **Fazilet Partisi** (Partei der Tugend). In dieser Partei gab es zwei Strömungen, die sogenannten „Erneuerer" um den İstanbuler Bürgermeister Erdoğan und die „Traditionalisten" um Erba-

kan. Im Juni 2001 wurde die Fazilet Partisi verboten. Die „Erneuerer" gründeten die **AKP** die Traditionalisten die **Saadet Partisi** (Partei der Glückseligkeit) unter Führung von Temel Karamollaoğlu. Diese Partei ist heute in einem anderen Bündnis, dem Millet İttifakı. Erbakans Sohn Fatih kritisierte die Haltung der Führer der **Saadet Partisi** und gründete im November 2018 die **YRP.**

Die Parteien der **Cumhur İttifakı** werden bei den Parlamentswahlen mit eigenen Listen in die Wahl gehen. Es gibt in diesem Bündnis noch weitere kleinere Parteien, wie die **HÜDAPAR** (Freie der Sache dienende Partei). Sie ist eine islamistische Partei vorwiegend in Nordkurdistan**,** deren Kader teilweise aus der islamistisch terroristischen Hizbullah/Türkei stammen, aber vorgeben, dass sie dem Terror abgeschworen haben. Eine weitere kleinere Partei ist die **DSP** (Demokratische Linke Partei), gegründete von Bülent Ecevit.

Sie hat erklärt, dass sie zwar mit eigener Liste an den Parlamentswahlen teilnehmen, aber Erdoğan wählen werden.

HÜDAPAR verzichtete darauf, mit eigener Liste teilzunehmen. Daher werden **drei bis fünf Parteimitglieder** auf AKP-Listen aufgestellt. In Gebieten, wo eine Chance besteht, dass sie gewählt werden.

Diese Zusammenarbeit der AKP mit der HÜDAPAR wird in diesem Wahlkampf von CHP-Sprecher:innenn und Journalist:innen vehement als Zusammenarbeit mit den IS (Islamischer Staat)-Terroristen propagiert. Dies würde den wahren Charakter der AKP zeigen. Allerdings wird diese Propaganda außer bei denen, die in der AKP sowieso eine Scharia-Partei sehen, nicht ernst genommen.

Bei diesen Wahlen ist die **Cumhur İttifakı** in der **Hauptsache** ein Bündnis für die **Präsidentenwahl.** Ihr Wahlprogramm und ihre Versprechen sind „**ganz bescheiden"**: Das **21. Jahrhundert zum *„Jahrhundert der Türkei"*** zu machen.

Die Türkei würde sich mit Großprojekten so weit entwickeln, dass sie zu einer Großmacht wird und sich aus der Energie- und Hochtechnologie-Abhängigkeit vom Ausland befreien kann. Präsident Erdoğan sei der Garant für diese Entwicklung. Aktuell wird vorrangig mit dem **Thema „Erdbeben" Politik** gemacht. Nur Erdoğan sei der Garant dafür, dass alle Menschen die durch die Katastrophe ihre Häuser bzw. Wohnungen verloren haben, innerhalb eines Jahres in neu errichtete einziehen können. Die durch das Erdbeben verwüsteten Städte würden auch in einem Jahr erneuert und wieder aufgebaut werden. **Also ein reines NUR Erdoğan Programm!**

Tatsächlich ist aktuell noch nicht einmal das Abtragen der Trümmerberge abgeschlossen. Und das Problem wohin mit dem Bauschutt, der auch sehr viel Asbest enthält, ist nicht gelöst. Hunderttausende Menschen leben noch in Zelten und warten darauf vorübergehend in Containern untergebracht zu werden. Gleichzeitig werden eifrig neue Grundsteinlegungen für hunderttausende staatlichen Neubauten unter Teilnahme der AKP-Granden gefeiert. Natürlich mit Live Übertragung! Es ist ein Kampf um die Wahrnehmung. Es ist Wahlkampf!

2. Millet İttifakı – Bündnis der Nation

In diesem absurden Bündnis tummeln sich **CHP**, **İYİ Parti, Saadet Partisi, DP, Gelecek Partisi, sowie die DEVA Partisi.**

+ Auf die **CHP** (Republikanische Volkspartei) sind wir bereits in unserem Überblick der Parteienlandschaft in der Türkei eingegangen.

+ Auch auf die **İYİ Parti** sind wir bereits eingegangen**.** Sie tritt bei den Wahlen in 72 Städten mit eigener Liste an. Bei einem Wahlsieg hätte sie einen Vizepräsident:innen-Posten sowie mehrere Minister:innenposten und zahlreiche Posten in der höheren Bürokratie sicher in der Tasche.

+ Die **Saadet Partisi** tritt mit 26 Mitgliedern auf den CHP-Listen an. 10 bis 26 Mandate im Parlament sind möglich. Wie viel Posten in der Bürokratie vergeben werden, sind Verhandlungssache.

+ Die **DP** (Demokratische Partei) sieht sich als Nachfolgerin der Partei von Süleyman Demirel, der in der Türkei sieben Mal Ministerpräsident und einmal Staats-

präsident war. Demirels Partei war als konservative, moderate, islamische Partei jahrelang bis Ende der 1990er Jahre die **stimmstärkste Partei.** Dann brach sie in verschiedene Parteien auseinander und wurde mit dem Aufkommen der AKP zu einer kleineren**, politisch unwichtigen Sekte**, eine der eintausendstel Parteien.

Während der Wahlvorbereitungen hat sich gezeigt, dass diese Partei von Kılıçdaroğlu, genauso wie die anderen vier kleinen Parteien als Mehrheitsbeschaffer für seine Präsidentenschafts-Kandidatur an den „Tisch" geholt worden sind. Der Vorsitzende der **DP**, **Gültekin Uysal**, dessen Namen bis dahin vielleicht eine Handvoll Parteimitglieder kannte, wurde durch die Teilnahme am „Sechser Tisch" auf einmal „ein wichtiger Mann".

Er fiel dadurch auf, der eifrigste Verteidiger von Kılıçdaroğlus Kandidatur zu sein. Dafür wurde er am Ende auch damit belohnt, bei einem eventuellen Wahlsieg Kılıçdaroğlus als einer der Vizepräsidenten der Türkei an der Macht beteiligt zu werden.

Dazu wird er auf jeden Fall mindesten **drei seiner engen Freunde durch die CHP Listen** ins Parlament bringen. Außerdem einen Ministerposten im Kabinett und einige Posten in der Bürokratie. **Wahrlich kein schlechter Kuhhandel!** Natürlich im Namen der Interessen des Volkes, des Sieges der Demokratie über die Autokratie etc. etc.!

+ Gelecek Partisi (Partei der Zukunft) von **Ahmet Davutoğlu**. Dieser Professor der Politikwissenschaften war ab **2002 Chefberater Erdoğans** für die Außenpolitik. Er wurde laut eigener Aussage *„als treuester Freund und Anhänger Erdoğans"* ins Kabinett gehievt. 2009 wurde er Außenminister unter Ministerpräsident Erdoğan. Er wurde damals vom seinem jetzigen Freund Kılıçdaroğlu als *„der unfähigste Außenminister den die Türkei je hatte*" angegriffen.

Als Erdoğan sich 2014 für das Präsidentenamt der noch „parlamentarisch-demokratischen" Türkei zur Wahl stellte, musste er gemäß der damaligen Verfassung seine Verbindung zu seiner Partei kappen und seine Parteimitgliedschaft aufgeben. Die AKP brauchte einen neuen Vorsitzenden, der zugleich Ministerpräsident werden sollte.

Die Wahl Erdoğans, damit auch der Partei, fiel auf seinen „treuesten Weggefährten" Ahmet Davutoğlu. Von August 2014 bis Mai 2016 war er AKP Vorsitzender und Ministerpräsident der Türkei. Da aber in seiner Amtszeit vieles falsch lief, wurde er „gebeten" seine Ämter einem anderen treueren Freund zu übergeben. In seiner Abschiedsrede auf dem Parteitag der AKP zum Verzicht auf alle seine Ämter, verkündete Davutoğlu theatralisch: *„Ich werde dieser Partei der heiligen Sache und seinem Führer bis zum Ende meines Lebens treu bleiben. Niemand wird von mir je ein schlechtes Wort über Erdoğan hören."* Stehende Ovationen! Vorhang.

Bis 2019 geht Davutoğlu seiner Professorentätigkeit in einer Privatuni nach, in deren Vorstand er auch saß. Als seiner Uni ein Gelände für einen Erweiterungsbau nicht genehmigt wird, *„erkennt"* er, *„wie korrupt die AKP Regierung ist!"* August 2019 kommt er einem Disziplinarverfahren der Partei zuvor, in dem er seine Parteimitgliedschaft aufgibt. Dezember 2019 gründet er die **Gelecek Partisi**, mit dem Anspruch *„Die Gründungswerte der AKP zu vertreten,"* und die AKP erneuern.

Er wurde zu einem der schärfsten Kritiker der AKP und Erdoğans, der immer wieder droht *„Wenn ich einmal auspacke, wird die Türkei beben!"* **Nun die Türkei bebte anders!** Davutoğlu hielt sein Versprechen auszupacken nicht ein, weil er sich damit auch **selbst belastet** hätte.

Auf jeden Fall hat er für die CHP die sehr vorteilhafte Funktion, mit diesem ehemaligen Weggefährten Erdoğans einige Stimmen von der AKP auf die Oppositionsseite zu ziehen. Außerdem natürlich ein prominenter Mehrheitsbeschaffer am „Sechser Tisch". Belohnt wurde dieser Dienst ebenfalls mit einem Vize-Präsidentenschafts-Posten und **zwischen 10 (sichere) bis 19 Mandate über CHP Listen im Parlament.** Außerdem mindestens ein Ministerposten im Kabinett und natürlich einige Posten in der Bürokratie. Auch kein schlechtes Ergebnis des Kuhhandels. Und wieder natürlich im Namen der Demokratisierung der Türkei!

+ DEVA Partisi: (Partei der Heilung) Der lange Name dieser Partei lautet **„Demokrasi ve Atılım Partisi" (**Partei der Demokratie und des Vorstoß). Sie tritt mit dem Kürzel DEVA Partisi auf. Ihr Gründer **Ali Babacan** war eines der Gründungsmitglieder der AKP. Zwischen 2009 und 2015 war er Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister verantwortlich für Finanzen und Ökonomie. Eine Zeitlang hat er auch als Gesandter der AKP-Regierung die Beitrittsverhandlungen mit der EU geführt. 2015 wurde er gebeten „den Stab anderen zu übergeben".

Er war und ist eng verbandelt mit dem ehemaligen **Ministerpräsidenten und Präsidenten** der Türkei, AKP Mit-Gründer Abdullah Gül. Dieser wiederum sollte **2018** bei der Präsidentenwahl der **gemeinsame Kandidat der Opposition** gegen Erdoğan werden. Der Vorschlag wurde ihm von der CHP gemacht. Er hatte zugesagt, aber nur unter der Bedingung, dass alle Oppositionsparteien ihn unterstützen. Da Akşener (İYİ Parti) ablehnte, platzte der Deal.

Babacan hat jetzt in einem Interview stolz erklärt, er habe damals bei diesem Deal *„mitten im Geschehen, aktiv als Vermittler mitgemacht, und für die Kandidatur*

Güls gearbeitet." Er war **damals** noch AKP Mitglied. Erst Juli 2019 ist er von der AKP-Mitgliedschaft zurückgetreten. Mit der Begründung, er sei mit der Ausrichtung der Partei nicht einverstanden. Denn diese sei *„mit den ursprünglichen Werten der Partei nicht mehr vereinbar."* Sehr edel! Aber das Mitmachen am runden „Sechser Tisch" mit der CHP, das ist ok.

Es geht nicht um Werte und dergleichen mehr. Es geht nur um **Posten, im Falle eines Wahlsieges**, zu dem man auch ein wenig beiträgt. Natürlich gegen Belohnung: In diesem Fall wieder ein Vize-Posten des Präsidenten plus 15 bis 25 Mandate im Parlament und mindestens ein Ministerposten im Kabinett und einige Posten in der hohen Bürokratie. Erfolgreiches Feilschen im Namen der Freiheit und Demokratie, gegen die Tyrannei der Ein-Mann Diktatur!

Das Haupt-Wahlversprechen dieses Millet İttifakı Bündnisses ist der Sturz des undemokratischen Ein-Mann Diktatursystems, die Rückkehr zur „verstärkten parlamentarischen Demokratie."

Hinzu kommen natürlich jede Menge Demokratisierungsversprechen. Angefangen von der **Freilassung aller politischen Gefangenen**, (Für die Linke aber auch für Gülen-Bewegung sehr wichtig), bis hin zur **Wiedereinsetzung** der, mit Präsidentendekreten während der Notstandszeit **entlassenen Staatsbediensteten,** auf ihre Posten. Davon würden **etwa 1 000 Linke**, aber **vor allem 10 Tausende Gülen-Anhänger:innen** profitieren. Gülens „Parallelstaat" würde wieder halbwegs errichtet.

Ein weiteres Versprechen ist die **Außenpolitik** der Regierung um **180 Grad** umzudrehen, die **„gestörten Beziehungen mit unseren westlichen, strategischen Verbündeten"** zu reparieren. Darauf freuen sich die westlichen Imperialisten schon lange. Dazu kommen tagespolitische ökonomische Versprechungen. Diese laufen unter dem Motto: **Wir werden das Doppelte dessen geben, was die anderen versprechen.**

Auf die **Frage der Finanzierung** antwortet der Präsidentschaftskandidat **Kılıçdaroğlu** in einem Fernsehinterview: *„Ganz einfach, ich werde gleich 300 Milliarden Dollar sauberes Geld in die Türkei bringen. … Ja, das Geld der Drogenbarone. Sauberes Geld, 300 Milliarden Dollar."*

Zu dem **Hauptversprechen** *„Rückkehr zum Regierungssystem der parlamentarischen Demokratie"* ist festzustellen, dass das nur mit einer Verfassungsänderung möglich ist. Diese wiederum ist nur möglich durch eine **zwei Drittel Mehrheit im Parlament**, d.h. eine Mehrheit von 400 Stimmen.

Das ist unter den heutigen Kräfteverhältnissen, in der die AKP die größte Fraktion im Parlament stellen wird; die Erdoğan- und Anti-Erdoğan-Fraktionen etwa gleich stark sind, der Unterschied sehr gering zu sein scheint, unmöglich. Eine andere Möglichkeit ist eine **drei Fünftel Mehrheit plus Referendum**. D.h. 360 Stimmen im Parlament. Dann geht es automatisch zum Referendum. Das scheint unter den heutigen Kräfteverhältnissen auch unmöglich zu sein. Auch wenn die heutige Opposition Mantra artig wiederholt, sie werden diese „Ein Mann-Diktatursystem" stürzen und in kürzester Zeit zur parlamentarischen Demokratie zurückkehren. Realistisch ist, wenn die heutige Opposition die Präsidentenwahl gewinnen sollte, der neue Präsident nach der heute geltenden Verfassung mit dem Präsidialsystem regieren wird. Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie ist heiße Luft, wenn die AKP das nicht will!

Was das **Millet İttifakı-Bündnis** zusammenbringt ist der Hass auf Erdoğan, der Machthunger und die Verteilung der Posten durch reines Schachern, bevor das Bündnis überhaupt an der Macht ist. Das kann für **demokratische und revolutionäre Kräfte keine Alternative zu dem faschistischen AKP/MHP Regime** sein. Zudem wird auch eine etwaige **Millet İttifakı-Regierung** nicht demokratisch agieren. Sie wird **faschistisch regieren**, diesmal gegen die anderen 50 Prozent der Bevölkerung. Für die wirklichen Revolutionär:innen wird sich nicht viel ändern.

Wie beurteilte Frau Akşener, als sie den „Sechser Tisch" für ganze drei Tage mit einem großen Knall verließ, die Wahl zwischen Erdoğan und Kılıçdaroğlu? ***„Eine Wahl zwischen Tod und Malaria."***

Wahrlich die Wahl zwischen diesen zwei Bündnissen zwischen Cumhur İttifakı und Millet İttifakı, und den Präsidentenkandidaten Erdoğan und Kılıçdaroğlu ist für die Völker eine Wahl zwischen Pest und Cholera! Und es ist eine **Schande der Linken** in Nordkurdistan/Türkei, dass fast die gesamte Linke, außer e**iner ganz kleinen Minderheit**, die in der Arbeiter:innenklasse und unter den Werktätigen sehr geringen Einfluss hat, ihre Hoffnungen auf Kılıçdaroğlu und die Millet İttifakı setzt, diese als **„Kräfte der Demokratie"** einschätzt.

Fast die gesamte Linke hat der HDP hinterhertrabend, Kılıçdaroğlus Kandidatur begrüßt, und ruft zu seiner Wahl auf. Es gibt **keinen linken Präsidentschaftskandidaten** der/die **als demokratische Alternative** auftritt.

Bei den **Parlamentswahlen** stellen sich „linke" Kräfte auf Listen zweier „Bündnisse" zur Wahl. Bei beiden „linken" Bündnissen ist aber das Hauptziel bei den Wahlen nicht vorrangig gegen den Kapitalismus zu kämpfen, sondern „Dem Palastregime Erdoğans" ein Ende zu setzen. Und da man dazu allein nicht die Kraft hat, werden sie alle zum Anhängsel der bürgerlichen Opposition, die käme sie an die Macht, auch faschistisch herrschen wird.

3. Emek Ve Özgürlük İttifakı – Bündnis der Arbeit und Freiheit

Dieses Bündnis besteht aus **Yeşil Sol Parti, YSP,** (Grün Linke Partei) **und Türkiye İşçi Partisi, TİP** (Arbeiterpartei der Türkei)**.** Auch **EMEP (Emek Partisi), (**Partei der Arbeit) hat nach einigem Hin und Her erklärt, sie sei Teil dieses Bündnisses. **TİP** und **EMEP** sind kleinere, legale, reformistische linke Organisationen, die nicht imstande sind über die Prozent Hürde zu springen. Für sie ist hat die Teilnahme an dem Bündnis den Vorteil mit ihren eigenen Listen und Kandidat:innen bei den Parlamentswahlen anzutreten.

Denn die **Yeşil Sol Parti**, die 2012 als eine **linksliberale, reformistische Grüne Partei** gegründet wurde, ist bei dieser Wahl die HDP. Die HDP hat angesichts der Verbotsdrohung bei diesen Wahlen alle ihre Kandidat:innen in Listen der YSP aufgestellt. Da die HDP die sieben Prozent-Hürde überspringen kann, bedeutet das, dass die YSP bei diesen Wahlen die Adresse für alle Linken Kräfte sein wird, die ins Parlament kommen wollen. Die HDP Politik ist aber klar: Die Hauptsache bei diesen Wahlen ist der Sturz des Palastregimes. Mit dieser Politik werden sie ihre Wähler:innen zu Unterstützer:innen von Kılıçdaroğlus Präsidentschaft und einer Parlamentsmehrheit der Millet İttifakı machen. Denn alleine können das die HDP und die reformistische Linke heute nicht schaffen. Also hängt man sich an die bürgerliche Opposition. Auf die **Idee** sich niemandem anzuhängen, sondern mit einem wirklich **demokratischen Programm** allein gegen alle **bürgerlichen und faschistischen Parteien aufzutreten**, kommen sie nicht.

Newroz Istanbul, HDP

Nein, als die Revolutionär:innen in den Diskussionen über die Haltung zu den Wahlen, das gefordert haben, wurde gegen diese polemisiert, das sei doch keine Politik! Natürlich haben die Linke und die HDP einen Verhandlungs-Spielraum, aber der ist sehr eng. Weil sie von Anfang an erklärt haben, dass sie auf jeden Fall den Gegenkandidaten von Erdoğan unterstützen werden. Und das, bevor die Kandidatur Kılıçdaroğlu überhaupt feststand. Auch im Parlament werden die Linke und die HDP vor allem gegen Erdoğan und seine Bündnispartner kämpfen, weil sie nur diese als faschistisch einschätzen. Also werden sie de facto mit Faschisten gegen Faschisten kämpfen. Das ist das Ergebnis der hohen! Politik des kleineren Übels!

TİP, die in den **Wahlen 2018** auf den HDP-Listen mit drei Leuten ins Parlament getragen wurde, wird zu den Wahlen mit einer eigenen Liste auftreten. Sie rechnet damit, in einigen Großstädten durchaus Chancen zu haben, gewählt zu werden. Begründet durch ihre Arbeit im Parlament, durch einige Aktionen außerhalb des Parlaments und zuletzt ihrer Hilfe nach dem Erdbeben. Ihre Entscheidung wurde **zuerst als Spaltung kritisiert**, aber später erklärte YSP/HDP, jede/r sollte die Entscheidung anderer akzeptieren und mit der Diskussion und Kritik sollte aufgehört werden.

4. Sosyalist Güç Birliği İttifakı – Bündnis der sozialistischen Zusammenarbeit

In diesem Bündnis sind **Türkiye Komünist Hareketi,** (Kommunistische Bewegung der Türkei), **Türkiye Komünist Partisi** (Kommunistische Partei der Türkei) und **Sol Parti** (Linke Partei). Das sind allesamt reformistische, legale, linke Kleinparteien. Dieses Bündnis hat überhaupt keine Chance annähernd an die sieben Prozent Hürde heranzureichen. Warum dann sich als eigenständiges Bündnis zur Wahl stellen? Als Bündnis stehen die Parteien mit ihren Logos und Namen auf den Wahlzetteln. Außerdem können sie sich ein wenig „unabhängiger" und „linker" gebärden als diejenigen die sich der HDP anschließen. Einige Mitglieder dieser Parteien werden trotzdem auf der Liste der YSP auftauchen.

5. ATA İttifakı – ATA-Bündnis

ATA ist das Kürzel von **Atatürk** (Mustafa Kemal), dem vergötterten Gründer der Republik. Jede/r bürgerliche Politiker:in in der Türkei ist „Atatürkist". Und alle

streiten darum, wer der echte Atatürkist ist. Dieses Bündnis besteht aus zwei Parteien. Die größere ist die **Zafer Partisi** (Partei des Sieges). Diese extrem nationalistisch-faschistische Partei wurde August 2021 von Ümit Özdağ gegründet. Seine politische Karriere begann in der MHP, ging in der İYİ Parti weiter, bis er sich März 2021 von dieser trennte. Das Markenzeichen dieser Partei, gegenüber anderen faschistischen ist der **extrem aggressive Rassismus** gegenüber allen **Geflüchteten, aber vor allem gegen die syrischen**. Kılıçdaroğlu, der natürlich auch verspricht, in seiner Präsidentschaft wird er spätestens in zwei Jahren *„alle Syrer und anderen Flüchtlinge nach Hause schicken", „aber natürlich freiwillig"* wird von Özdağ folgendermaßen kritisiert: *„Was für zwei Jahre? Sofort! Was heißt freiwillig? Natürlich werden wir sie mit Gewalt verjagen. Wenn nötig mit Waffengewalt!"*. Hauptschuldiger in dieser Frage ist für Kılıçdaroğlu und Özdağ aber natürlich Erdoğan *„der unsere Grenzen, die unsere Ehre sind, zerlöchert, und allen Flüchtlingen geöffnet hat."* Da treffen sich **Light- und Hardcore-Rassismus** auf einer Ebene!

Die zweite Partei dieses Bündnisses ist die **Adalet Partisi, AP** (Partei der Gerechtigkeit). Das ist mehr ein Traditions-Name als eine Partei. Sie hat den Anspruch die Partei zu sein, die Süleyman Demirel 1961 gegründet und bis zu ihrem Verbot 1980 geführt hat. Die heutige **AP** ist eher eine **Internet-Partei für Nostalgiker**. Dieses Bündnis hat auch einen Faschisten Sinan Oğan als Präsidentschafts-Kandidaten zur Wahl gestellt. Dieses Bündnis hat auch keine Chance die 7 Prozent Hürde zu schaffen.

Unter den **Rest-Parteien**, die nicht innerhalb dieser fünf Bündnisse agieren, hat nur die **Memleket Partisi** von Muharrem İnce. eine - wenn auch geringe - Chance die 7 Prozent Hürde zu schaffen. Sie tritt alleine an. Es kommt darauf an, wie sich die İYİ Parti Wähler:innen, und CHP Wähler:innen, verhalten werden, die über den Posten-Schacher frustriert sind. Wenn sie zur Memleket Partisi übergehen wird **Muharrem İncis Partei** eine **ernsthafte bürgerliche politische Kraf**t in der Türkei werden.

Präsidentenschafts-Kandidaten und ihre Chancen

Zu der Präsidentenwahl am 14. Mai sind **4 Kandidaten** – allesamt Männer – allesamt Türken – zugelassen. Und zwar in der ausgelosten Reihenfolge auf dem Wahlzettel:

Recep Tayyip Erdoğan, Muharrem İnce,
Kemal Kılıçdaroğlu und Sinan Oğan.

Diese Vier stehen auf dem Wahlzettel als Kandidaten. Es kann gut sein, dass es sich einer von ihnen noch vor den Wahlen „anders überlegt" und sich zugunsten eines anderen Kandidaten zurückzieht. Denn der Druck ist enorm: Viele CHP-Anhänger:innen, eine ganze Schar von CHP nahen „Journalist:innen", ehemalige CHP-Parlamentarier:innen, CHP- Künstler:innen und Intellektuelle haben nach wie vor die Hoffnung, Muharrem İnce für einen Rücktritt zugunsten Kılıçdaroğlus zu „überzeugen". **Einerseits durch massiven Druck**: *„Du wirst der Grund der Niederlage sein, wenn Kılıçdaroğlu verlieren sollte, du wirst verantwortlich sein für den Untergang der Republik Atatürks …etc"*. **Andererseits durch verlockende Angebote**: *„Er könne beim Sturz der Ein-Mann-Diktatur in der Erneuerung und Demokratisierung der Türkei eine entscheidende Rolle spielen; als selbstloser Held in die Geschichte eingehen; er könnte in der Regierung Kılıçdaroğlu eine wichtige Rolle spielen, …etc."*

In den A-Sozialmedien wird er von Erdoğan-Hassern mit Schimpf und Schande belegt und richtig gelyncht. Trotz der Beteuerungen von İnce, sollte es zu einer zweiten Präsidentschafts-Wahlrunde kommen, in der sich Erdoğan und Kılıçdaroğlu gegenüberstehen, würde er natürlich für **Kılıçdaroğlus Sieg kämpfen**, wird ihm vorgeworfen, er sei ein **„Agent Erdoğans".** Das alles hat bisher nicht gefruchtet. Bisher steht İnce fest zu seiner Kandidatur und behauptet sogar er **selbst** würde derjenige sein der in der **zweiten Runde gegen Erdoğan** antreten wird. Aber es ist noch ein Monat Zeit bis zu den Wahlen. 24 Stunden sind eine sehr lange Zeit in der bürgerlichen, prinzipienlosen Politik. Das sehen wir in allen Ländern wie bürgerliche Politiker:innen von heute auf Morgen ihre angeblichen „roten Linien" vergessen!

Realistisch gesehen haben nur **zwei der Kandidaten** eine Chance spätestens in der zweiten Runde Präsident der Türkei zu werden: **Erdoğan und Kılıçdaroğlu.** Die anderen zwei Kandidaten werden höchstens, wenn überhaupt, die Funktion haben die Wahl in die zweite Runde zu tragen.

In Nordkurdistan/Türkei gibt es kaum verlässliche, wissenschaftlich fundierte Wähler:innenbefragungen, die aussagekräftig sind. Alle veröffentlichten Wähler:innenumfragen sind mehr Wunsch der Auftraggeberinnen oder der Befragungs-Institute, die sich wichtigtuerisch ins Gespräch bringen wollen, als die Wirklichkeit.

Die publizierten Umfragen sind Teil der Wahl-Kampagnen der Parteien. Gestützt auf die **„wissenschaftlichen" Wählerbefragungen**, die die Parteien selbst in Auftrag gegeben haben, verkünden die Parteien des Cumhur İttifakı Bündnisses, den Sieg Erdoğans in der ersten Runde. Die Vertreter:innen der Parteien des Millet Ittifakı-Bündnisses wiederum haben von vornherein und immer wieder erklärt, dass die Millet İttifakı

den 13. Präsidenten der Türkei stellen wird!

Einige eifrige Blogger:innen und youtuber-Anhänger:innen von Millet İttifakı waren sich so sicher, dass sie in ihren Kanälen sagen und schreiben konnten: *„Wer der Kandidat gegen Erdoğan sein wird ist unwichtig. Sogar ein paar Toiletten-Schlappen würden gegen Erdoğan gewinnen.*" Das sagen auch manche „Befragungsinstitute", die von der CHP in Auftrag gegeben wurden. Manche sagen sogar Kılıçdaroğlu 60 Prozent der Stimmen voraussagen! Nun wenn dem so ist, dann wäre ja Kılıçdaroğlus Sieg in der ersten Runde sicher. Auch eine Kandidatur eines Muharrem İnces würde daran nichts ändern. Warum dann die Panik?

Unabhängig von diesem Propagandagetöse ist die Faktenlage folgendermaßen: Zum ersten Mal seit **21 Jahren** hat die **Opposition** bei den Wahlen am 14. Mai **eine Chance** die **Parlaments- und den Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.** Nicht weil sie mit einem positiven, glaubwürdigen Programm die Mehrheit der Wähler:innen auf ihre Seite ziehen konnte. Nicht weil sie besser und fähiger ist.

Nein! Wenn sie gewinnt, dann wegen der **ökonomischen Lage des Volkes**. Sie ist unheimlich schlecht.

In den letzten Jahren hat die Verarmung der werktätigen Bevölkerung massiv zugenommen hat. Auch die Mittelschicht verarmt. Durch die ökonomische Krise, verstärkt durch die Corona Krise, durch den Krieg, den der faschistische türkische Staat gegen die PKK führt, durch die manipulativen Finanz-Operationen der internen und externen Kräfte, die Erdoğan weghaben wollen, durch den Krieg in der Ukraine. Das ist die **stärkste Opposition gegen Erdoğan**. Dazu kam im Februar 2023 die **größte Naturkatastrophe** in der Geschichte der Republik Türkei. 14 Millionen Menschen waren und sind direkt betroffen und das Krisenmanagement der Regierung ist von Anfang an kläglich gescheitert.

Das alles zusammengenommen würde in **einer „normal-bürgerlichen" Gesellschaft** nicht nur eine, sondern **gleich mehrere Regierungen hinwegfegen**.

Deswegen hat die Opposition zum ersten Mal eine Chance, Erdoğan abzulösen. Zumal sie auch die Unterstützung der westlichen „Verbündeten", der imperialistischen Mächte hat. Wenn sie das auch unter diesen Umständen - nicht schafft, dann wird die Türkei sich in die Richtung weiter entwickeln, die Erdogan bestimmt: **Eine unabhängig agierende, imperialistische Macht, die mit allen imperialistischen Mächten Beziehungen hat**. Die nicht als Befehlsempfängerin oder „Junior Partnerin" fungiert. Deswegen ist Erdoğan bei den westlichen Imperialisten auch so verhasst. Deswegen sind die westlichen Imperialisten für Kılıçdaroğlu. Und deswegen ist Erdoğan für Russland und China ein gern gesehener „Staatsmann!".

Dass die Erdoğan-Regierung trotz der katastrophalen, ökonomischen Lage für die Werktätigen noch immer eine breite Unterstützung erhält, höchstwahrscheinlich wird sie wieder die stärkste Partei im Parlament werden, hat mit **der Soziologie** der Türkei zu tun:

Die Gesellschaft in Nordkurdistan/Türkei setzt sich aus religiösen aber auch säkularen Glaubensgemeinschaften, aus organisierten gläubigen Menschengruppen zusammen.

Die **Individualisierung** ist in breiten Teilen der Gesellschaft noch nicht weit vorangeschritten. Seit Erdoğan an der Macht ist, haben sich verschiedene kleinere oder größere Glaubensgemeinschaften in **zwei Hauptgemeinschaften** gruppiert: Die Gemeinschaft derer die **Erdogan vergöttern** und der Gemeinschaft der **Erdogan-Hasser**.

Über 90 Prozent oder mehr der Bevölkerung kann man in diesen Kategorien unterbringen. Diese zwei Hauptgruppen sind annähernd gleichstark. Allerdings konnten die Erdoğan-Hasser:innen bisher nicht ihre Kräfte bündeln und gemeinsam auftreten. Nur bei den letzten Regionalwahlen hat das geklappt. Die bürgerliche Opposition ist zusammen aufgetreten, und die HDP hat sie auch vorbehaltlos unterstützt. Was sie alle zusammengebracht hat, war vor allem die Feindschaft gegen Erdoğan. Bei den Wahlen am 14. Mai scheint es, als ob sie **trotz sehr großer Differenzen** untereinander den gemeinsamen Nenner gefunden haben: **Erdoğan muss weg**! Alles andere ist zweitrangig.

Im Vergleich zu den Regionalwahlen muss man aber **Erstens** wissen: Auch wenn die Opposition in zwei der bevölkerungsreichsten Großstädten der Türkei, İstanbul und Ankara das Bürgermeisteramt gewonnen hat, hat das Erdoğan-Bündnis die Cumhur İttifakı in diesen beiden Städten die Mehrheit in den Stadtparlamenten errungen. **Zweitens:** Im Landesmaßstab

hatte die Cumhur İttifakı über 52 Prozent der Stimmen. An die 70 Prozent aller Bürgermeister:innenämter. (d'Hont System!) **Drittens:** Erdoğan, dessen Stimmenanteil über dem Stimmenanteil der AKP liegt, stand **nicht selber** zur Wahl.

Was aber allerdings auch anders ist als **2019:** Die **ökonomische Lage** war damals **unvergleichlich besser**. Vor der Coronakrise, vor der schweren Finanzkrise und der sich vertiefenden ökonomischen Krise. Und der Krieg in den westlichen Teilen der Ukraine hatte noch nicht begonnen. Dieser Krieg hat eine gravierende Energiekrise mit sich gebracht. Und noch hatte sich die schlimmste Erdbebenkatstrophe der Geschichte der Türkei nicht ereignet. Was das Ergebnis der Wahlen betrifft werden **alle diese Faktoren** eine Rolle spielen.

Letztendlich wird diese Wahl, was das Wähler:innenverhalten betrifft, eine Wahl zwischen der Gemeinschaft derer die Erdogan vergöttern und der Gemeinschaft der Erdogan-Hasser sein.

Da diese beiden Blocks etwa gleich stark sind, wird das **Ergebnis der Wahlen knapp** sein.

Tja! Wer gewinnt die Wahl? Gewinnen wird das Bündnis, welches die **Mehrheit der „Unentschlossenen"** auf ihre Seite zieht. Diese wiederum bestehen in ihrer Mehrheit aus ehemaligen AKP-Wähler:innen, die sich wegen Korruption, Vetternwirtschaft etc. von ihr abgewendet haben.

Kann **Erdoğan** die Mehrheit der unentschiedenen Wählerinnen, die ihn in den **letzten 21 Jahren** irgendwann gewählt haben, überzeugen, er sei der Macher, der auf jeden Fall die Krisen besser managen kann, dann wird er auch diese Wahl gewinnen, wenn auch knapper als vorher.

Oder kann **Kılıçdaroğlu** mit seiner Strategie, einen beträchtlichen Teil des **Reservoir der islamischen AKP** Wähler:innen und den Unentschiedenen auf seine Seite zu ziehen, erfolgreich ist? Dann wird er gewinnen. Wenn auch knapp.

Unklar ist bisher auch, ob die Wähler:innen der CHP, die mit der Linie der Erneuerung der CHP von Kılıçdaroğlus, nicht einverstanden sind, ihn trotzdem wählen oder aber nicht. Diese **Linie der „Erneuerung"** rüttelt vehement an **den genetischen Codes der CHP**. Fraglich ist auch, ob diejenigen Wähler:innen der İYİ Parti, die mit dem Zusammengehen mit der HDP nicht einverstanden sind, Kılıçdaroğlu bei der Präsidentenwahl wählen werden oder nicht, bzw. die İYİ Parti bei den Parlamentswahlen.

Wer, welches Bündnis auch gewinnt, eins kann man sicher voraussagen, diese Wahl wird knapper ausgehen als alle vorhergehenden Wahlen.

Wahrscheinlich wird die **Präsidentschaftswahl** erst in der zweiten Runde entschieden, sollte Muharrem İnce an seiner Präsidentschaftskandidatur festhalten. Denn dann wird Kılıçdaroğlu keine Chance haben gewählt zu werden. Und wenn Erdoğan in der ersten Runde ebenfalls nicht gewinnt, entscheidet sich alles in der zweiten Runde.

Wenn die **Millet İttifakı mit YSP** zusammen eine **Mehrheit im Parlament** bilden, wird das für Kılıçdaroğlu ein großes Plus sein und starken Rückenwind bedeuten. Gewinnt die **Cumhur İttifakı 301 Mandate**, heute hat sie über 330 im Parlament, wird Erdoğan der alte, neue Präsident in der zweiten Runde.

Welche Wahl haben die Werktätigen?

Das Ergebnis dieser Wahlen ist für die Bourgeoisie sowohl in der Türkei als auch in der Welt enorm wichtig.

In der Türkei wird entschieden, ob Teile der Bourgeoisie, die mit der AKP Herrschaft in den letzten 21 Jahren groß und mächtig geworden sind und nun einen **wichtigen Teil der Großbourgeoisie** ausmachen, weiterhin den Großteil der Staatsaufträge erhalten und noch mächtiger werden. Oder aber, ob die ehemals allein herrschenden „alten" Teile der Großbourgeoisie vorwiegend aus İstanbul wieder die Staatsmacht mehr für sich instrumentalisieren können.

Unter der Erdoğan-Herrschaft sind diese Zeiten lange vorbei. Bis dahin konnte die Klassenorganisation dieser Teile der Bourgeoisie, **TÜSİAD** (Verein der industriellen Unternehmer:innen der Türkei), die Wirtschafts- und Finanzpolitik **den Regierungen diktieren**. Sie konnte unliebsame Regierungen stürzen. Bisher hatten ihre offen politischen Interventionen keinen großen Einfluss. Ihre Aufrufe zur Rückkehr *„zu einer vernünftigen, wissenschaftsbasierten Ökonomiepolitik"* blieben und bleiben bei der Erdoğan Regierung ungehört. Bei ihnen heißt es: *„İnflation kann man nur mit Hochzinspolıtık bekämpfen".* Bei der ökonomischen Politik muss man *„mit anerkannten internationalen İnstitutionen wie Weltbank, EZB zusammenarbeiten*", man darf *„die Sanktionspolitik des Westens gegen Russland, China, Iran nicht unterlaufen"*.

Insofern sind diese **Wahlen für die Bourgeoisie sehr wichtig**. Aber für **die Arbeiter:innenklasse, für die werktätigen Menschen**, die von ihrem miesen Arbeitslohn zu überleben versuchen und die den Reichtum der Bourgeoisie vermehren, ist es völlig egal, **welcher Teil der Bourgeoisie** Vorrang im Staatsapparat hat.

Nicht Teile der Bourgeoisie sind der Feind der Arbeiter:innen, sondern die **Gesamtheit der Bourgeoisie als Klasse**. Es gibt für die Arbeiter:innenklasse auch bei diesen Wahlen, wo es um Machverteilung unter den Bourgeois-Cliquen geht, und es keine sozialis-

tisch-kommunistische Alternative gibt, nichts zu wählen. Außer den **Klassenkampf** gegen die Bourgeoisie für die Revolution zu intensivieren.

Auch für die imperialistischen Mächte ist diese Wahl sehr wichtig. Denn bei dieser Wahl wird auch entschieden in welche a**außenpolitische Richtung die Türkei** in den nächsten fünf Jahren geht.

Unter Erdoğans Regierungszeit seit den 2010er Jahren, entwickelt sich die Türkei langsam aber sicher weg von der einseitig auf „Westbindung" ausgerichteten Außenpolitik. Sie versucht bei den Widersprüchen zwischen den Großmächten „neutral" zu bleiben, mit allen Beziehungen zu haben und Handel zu treiben. So versucht sie ihrem Ziel eine **unabhängige, imperialistische Macht** zu werden, näher zu kommen.

Dies erzürnt die bisherigen Herren in der Türkei, die westlichen imperialistischen Mächte. Sie wollen die Erdoğan Regierung weghaben. Die Opposition in der Türkei, die verspricht, die **Außenpolitik im Falle des Wahlsieges um 180 Prozent herum zu reißen**, ist für sie natürlich ein zu unterstützender „Partner". Russland und China wiederum, mit denen Erdoğans Regierung gute Beziehungen hat, wollen Erdoğans Macht erhalten und ein militärisch starkes NATO-Mitglied neutralisieren.

Sie würden gerne weiter Erdoğan als Präsident in der Türkei haben. Er ist in diesen Wahlen ihr Partner in der Türkei. Ja, darum sind die Wahlen am 14. Mai für die Imperialisten wichtig. Aber für die Arbeiterinnen und Werktätigen ist es völlig egal, ob die Türkei sich weiterhin auf dem Weg zu einer unabhängig agierenden, imperialistischen Macht entwickelt, die nicht Block gebunden ist, oder aber zu einer imperialistischen Macht als Juniorpartner der westlichen imperialistischen Mächte.

Keine dieser Entwicklungen ist im Interesse der Arbeiter:innenklasse und der werktätigen Menschen der Türkei. Es gibt auch in dieser Hinsicht nichts zu wählen, außer den **antiimperialistischen Kampf gegen jeden Imperialismus** zu intensivieren!

Weder Cumhur İttifaki , noch Millet İttifaki !
Weder Erdoğan, noch Kiliçdaroğlu !
Unsere Wahl: Revolutionärer Kampf für Volksdemokratie und Sozialismus
Das sind die Hauptparolen des Proletariats am 14. Mai 2023!

15. April 2023

Gemeinsame Erklärung
Bolschewistische Partei (Nordkurdistan-Türkei) & Trotz Alledem! (Deutschland)

Wir gedenken am 18. Mai 2023
Genossen İbrahim Kaypakkaya!

Vor 50 Jahren ermordet durch die Schergen des faschistischen türkischen Staats

Weltweit lebt İbrahim Kaypakkaya im bolschewistischen Kampf der Kommunist:innen weiter!

Wir gedenken und betrauern zahllose Revolutionär:-innen, die in Nordkurdistan/Türkei im Klassenkampf gegen den türkischen Staat ihr Leben verloren haben. Viele Kämpfer:innen wurden auf offener Straße erschossen, viele wurden hingerichtet wie Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin İnan [1] und viele wurden zu Tode gefoltert.
Ihr aufopferungsvoller Kampf wurde und wird im Klassenkampf weitergeführt.
Es gibt einen Genossen, den der türkische Staat und seine Schergen schwer gefoltert und ermordet haben, der eine besondere **herausragende Bedeutung** sowohl für die **kommunistische Bewegung in Nordkurdistan/Türkei** als auch für die **internationale kommunistische Bewegung** hat.
Das ist **İbrahim Kaypakkaya**, der als Vorkämpfer in Nordkurdistan/Türkei 1972 die ruhmreiche rote Fahne des Kommunismus, des Marxismus-Leninismus wieder gehisst hat.
Ende **Januar 1973** wurde der erst 24-jährige kommunistische Führer **İbrahim,** kurz **İbo** genannt, in Dersim, aufgrund eines Verrats festgenommen. Vier Monate lang wurde er von den faschistischen Regierungskräften bestialisch gefoltert.
In Wut geraten darüber, dass İbo trotz der grausamen Folter kein einziges Organisations-Geheimnis preisgab, erschossen sie am 18. Mai 1973. Sie haben uns den Körper İbrahims in jungen Jahren weggenommen. Aber sie konnten seine **kommunistisch-revolutionären Ideen**, seine bedeutenden Erfolge im Kampf für die Schaffung einer **wirklich Kommunistischen Partei in Nordkurdistan/Türkei** nicht zunichte machen.
Er lebt auch noch heute und wird immer im Kampf des Proletariats und der Unterdrückten, im Kampf der **„großen Menschheit“** um eine **Neue Welt** weiterleben.

> **2001 Kalkutta – Indien** …
> Arbeiter und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuer:innen kommen, teils Hunderte Kilometer zu Fuß für ein antiimperialistisches Meeting in Mumbai zusammen.
> Genoss:innen der Bolschewistischen Partei Nordkurdistan/Türkei sitzen zusammen mit neugierigen, indischen Genoss:innen auf dem Boden. Fragen schwirren durch die Luft.
> Ein älterer kämpferischer Landarbeiter wendet sich an die Genoss:-innen und bittet sie:
> ***„Erzählt uns von İbrahim Kaypakkaya**, dem großen Marxisten-Leninisten aus eurem Land. Der so standhaft war. **Unsere Herzen haben geblutet als wir von seiner Ermordung hörten.“***

Seine Mörder sind nichts anderes als Zombies (Lebende Tote). Sie sind widerliche Schergen eines untergehenden, verfaulten Systems. Sie sind in die Geschichte als die verfluchten Mörder von İbrahim Kaypakkaya eingegangen.
So wie bisher jedes Jahr wird an İbrahim auch an seinem 50. Todestag von verschiedenen revolutionären politischen Kräften, Parteien, Organisationen und Vereinen nicht nur in Nordkurdistan/Türkei sondern auch in vielen Ländern auf den fünf Kontinenten erinnert. İbrahim ist der **Gründer der TKP/ML**, der Vorgängerorganisation auch der „Bolschewistischen Partei (Nordkurdistan/Türkei)“. Er wird von allen Organisationen, die ihre Wurzeln in der TKP/ML haben, als ihnen zugehörig und als ihr „Eigentum“ angesehen. Sie stimmen Lobgesänge über ihn an, rühmen ihn und geben sich als seine wirklichen Erben aus.
Wegen dieser „Erbschaftsgeschichte“ werden die TKP/ML und die TKP-ML, die MP [2], und andere kleinere Gruppen sich selbst rühmen die **„Fünf programmatischen Dokumente“**, die İbrahim Kaypakkaya 1972 verfasst hat, authentisch zu verteidigen. Auch einige Organisationen und Parteien aus der politischen Rich-

1 06.05.1972 Mitglieder der THKO, Türkiye Halk Kurtuluş Ordusu, Volksbefreiungsarmee der Türkei

2 TKP/ML, Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten; TKP-ML, Kommunistische Partei der Türkei – Marxisten-Leninisten; Maoistische Partei

tung der Partei der Arbeit Albanien [3] entstanden, wie die MLKP [4], loben heute İbrahim Kaypakkaya über den grünen Klee, auch wenn sie ihn früher als *„kleinbürgerlichen Bauern-Revolutionär"* diffamierten. Auch alle anderen Organisationen, die sich revolutionär nennen, werden diese oder jene Besonderheit von İbrahim hervorheben, „Besitzansprüche" stellen und miteinander um Ibo wetteifern.

Ohne Zweifel werden auch wir, wirkliche Marxist:innen-Leninist:innen, revolutionäre Kommunist:innen, die Bolschewiki, die die kommunistischen Verdienste İbrahims verinnerlicht haben, diese hochschätzen und weiter entwickeln und İbrahim gedenken. Aber unser Gedenken wird qualitativ anders sein.

Wir werden bei der Verteidigung der richtigen Theorie und Praxis İbrahims ihn nicht als einen unantastbaren Heiligen verklären. Wir werden ihn so darstellen und verteidigen wie er wirklich war. Mit seinen Verdiensten und auch seinen Fehlern.

Er war ein junger, auch weltweit wichtiger hervorragender kommunistischer Kämpfer, der unter den Bedingungen der frühen 1970'er Jahre in der Türkei/Nordkurdistan sich an dem **revolutionären Inhalt und Wesen des Marxismus-Leninismus** ausrichtete. Die Theorie des Marxismus-Leninismus auf die gesellschaftliche Praxis und den revolutionären Kampf anzuwenden war sein Leitstern. Er hat klar gegen jede Art des Revisionismus und Opportunismus Stellung bezogen. Er hat sich bei der **weltweiten Spaltung** der **Kommunistischen Weltbewegung** klar auf der Seite der **KP Chinas und Mao Zedong's** positioniert.

In **zwei lebenswichtigen Fragen** der Revolution in Nordkurdistan/Türkei, in der Frage der **Einschätzung des Kemalismus** und **der Nationalen Frage** hat İbrahim selbstständig, gestützt auf marxistisch-leninistische Prinzipien eine richtige kommunistische Linie entwickelt.

Er hatte auch einige Fehleinschätzungen getroffen, die vor allem aus einer zu **schematischen Übertragung** der Bedingungen der chinesischen Gesellschaft und Revolution auf Nordkurdistan/Türkei herrührten.

Aber insgesamt war İbo ein kommunistischer Führer mit eisbrechenden, hervorragenden Verdiensten!

Er hat mit seinen Genoss:innen 1972 in der Türkei/Nordkurdistan die Partei gegründet, die als einzige unter den revolutionären Organisationen, den wahren Kommunismus verfochten hat. Diese Gründung der TKP/ML bedeutete nicht mehr und nicht weniger als das Wiederaufrichten der Roten Fahne des Proletariats, die seit Jahrzehnten durch den Verrat der Revisionisten, der Reformisten und Opportunisten aller Couleur daniederlag. Diese waren Jahrzehnte lang im Namen des Sozialismus-Kommunismus nichts weiter als Unterstützer der Kemalisten, in denen sie ihre nächsten Bündnispartner sahen.

Wir gedenken **İbrahim Kaypakkaya** mit den Losungen **„Von ihm lernen, seine richtigen Ideen verteidigen und weiterentwickeln", „Fehler und Mängel aufdecken und gegen sie kämpfen", „Den Kampf verstärken, um den Aufbau bolschewistischer Parteien überall voranzutreiben".**

Verdienste und Fehler İbrahims

İbrahim hat in seinem kurzen 23-jährigen Leben die Theorie und Praxis für den Kommunismus bereichert. Dem in der Nordkurdistan/Türkei stark vorherrschen-

3 Hodschaisten, Enver Hodscha Anhänger:innen
4 MLKP Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei

den Opportunismus/Revisionismus hat er mutig die Stirn geboten und sich voll der Arbeit gewidmet, das rote Banner des Kommunismus von neuem zu erheben.
Um İbrahim's Werke richtig auszuwerten, seine hervorragenden Leistungen wirklich einordnen zu können, und um die tatsächlichen Positionen mancher opportunistischer Organisationen und Einzelpersonen, die heute behaupten ihn zu verteidigen, zu erkennen, müssen wir die damalige **internationale Situation und die objektiven Bedingungen und Voraussetzungen in der Türkei/Nordkurdistan** unter denen gelebt und gekämpft wurde, kennen.
İbrahim Kaypakkaya war ein Revolutionär der 1968er Generation. 1967/68 waren die Jahre, in denen sich die Auswirkungen der **Großen Proletarischen Kulturrevolution in China** auf der ganzen Welt wie Wellen ausbreiteten und revolutionäre Ideen für den Sozialismus und Kommunismus, für eine neue Welt, gegen Reformismus, Revisionismus sich unter der Jugend und besonders unter der Hochschuljugend verbreiteten.
1968 brodelte die ganze Welt: Die **„Revolution"** wurde in vielen Ländern nicht als eine Perspektive der fernen Zukunft, sondern als **Tagesforderung und -aufgabe** begriffen. Doch leider gab es keine erfahrene kommunistische Organisierung, die die Führung bei der Lösung der Aufgaben übernehmen konnte. Aber in vielen Ländern formierten sich marxistische-leninistische Parteien innerhalb dieser revolutionären Bewegung.
Das China Mao Zedongs, das sich mit der Volksrepublik Albanien der revisionistischen Entartung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der KPdSU widersetzte, wurde in der **neu entstandenen marxistisch-leninistischen Bewegung** in der ganzen Welt zum sozialistisches Vorbild.
Mao Zedong, als anerkannter Führer der KP Chinas, der Führer der Chinesischen Revolution und der Großen Proletarischen Kulturrevolution gegen die revisionistischen Machthaber wurde ohne Wenn und Aber als „der größter Marxist-Leninist unserer Zeit", „der den Marxismus-Leninismus auf eine neue Stufe gehoben hat" propagiert.
In der neu entstandenen marxistisch-leninistischen Bewegung, die sich vom sowjetischen Revisionismus klar abgrenzte, und trotz enormer Fehler das revolutionäre Wesen des Marxismus-Leninismus zu der Zeit verteidigte, gab es überhaupt **keine offene, öffentliche Kritik von irgendeiner marxistisch-leninistische Partei**, bzw. Organisation oder Gruppe an der **politisch-ideologischen Linie der KP Chinas**.
„Kritik" kam von der revisionistischen Seite, der KPdSU und ihren Satelliten-Parteien als Verleumdung und von der Bourgeoisie als antikommunistische Hetze.
Die **TKP/ML und Genosse İbrahim** begriffen sich als Teil der neu entstandenen weltweiten marxistisch-leninistischen Bewegung.
İbo hat, wie die ganze im Kampf gegen den modernen Revisionismus entstandene neue marxistisch-leninistische Bewegung, die Fehler der „Mao Zedong Ideen" nicht gesehen und kritisiert. İbos Fehler können nur mit diesem geschichtlichen Hintergrund eingeschätzt werden.

Herausragende Verdienste İbrahims

İbrahim wirft in seinen programmatischen Schriften **zentrale politische Fragen** auf und entwickelte grundlegende, marxistisch-leninistische Antworten. In der **„Kritik am Programmentwurf der TİİKP[5]"** stellt er **folgende Themen** in den Mittelpunkt, die zentrale Fragen der **sozioökonomischen Analyse** sowie der **Strategie und Taktik** der Kommunistischen Partei betreffen:
Die Bedeutung der **Namensgebung** für die Kommunistische Partei in Nordkurdistan/Türkei.
Die Notwendigkeit der **Etappe der neudemokratischen Revolution** und die Aufgaben der Kommunisten.
Die Aufdeckung des **zwiespältigen Charakters der nationalen Bourgeoisie.**
Die **führende Rolle der Arbeiter:innenklasse** und ihre Verbindung zu den anderen werktätigen Schichten, vor allem zur Bauernschaft.
Die Verlogenheit der **Theorie des parlamentarischen Weges zum Sozialismus**.
Die Notwendigkeit der **Errichtung der Diktatur des Proletariats** und des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus.
Das **Verhältnis von Tagesforderungen** und dem **Kampf um den Sozialismu**s.
Die **Auflösung des Feudalismus in abhängigen Ländern**, insbesondere der Türkei in Verbindung mit der Vorherrschaft des Imperialismus.
Die **Analyse der herrschenden Klassen und ihrer Widersprüche**.
Die **Geschichte der TKP** sowie ihre **revisionistische Entwicklung**.

5 TİİKP, Revolutionäre Arbeiter-Bauern Partei der Türkei. Die Organisation wurde in der ideologischen Auseinandersetzung auch Şafak-Revisionisten genannt. Şafak (Morgenröte) war der Name der illegal sehr weit verbreiteten Massenzeitung der TİİKP.

Bruch mit der herrschenden Politik in der damaligen Linken Bewegung:

Die kurdische, nationale Frage und der Kemalismus

In der **nationalen Frage** hat İbo sich die marxistisch-leninistische Theorie angeeignet und es geschafft, diese auf die Lage der Türkei/Nordkurdistan meisterhaft anzuwenden. Er war ein kommunistischer Führer, der in einer Zeit als **großtürkische-chauvinistische Ideen** unverfroren im Namen der Revolution und sogar im **Namen des Kommunismus** propagiert wurden und es so gut wie **keine politische Bewegung der unterdrückten Nation** gab, an **die nationale Frage der Türkei/Nordkurdistan marxistisch-leninistisch** heranging.

İbo hat offen und deutlich die **Existenz der kurdischen Nation und ihr Recht auf Lostrennung** verteidigte und Lösungsmöglichkeiten dargelegt.

Als er 1972 im Namen der TKP/ML das chauvinistische, nationalistische Gesicht des Şafak-Revisionismus bloßstellte, existierte die PKK noch nicht! Als İbrahim das **„Recht der kurdischen Nation auf Lostrennung"** uneingeschränkt und bedingungslos verteidigte, befand sich die Linke in Nordkurdistan/Türkei noch auf dem Diskussionsstand der „Ost-Anatolien, Südost-Anatolien-Frage" anstatt der Frage der kurdischen Nation. Während İbo das Lostrennungsrecht verteidigte, versuchten die Şafak-Revisionisten zu beweisen, dass die „Spalter" die herrschenden Klassen seien. İbo war der Kommunist, der dem herrschenden Chauvinismus der türkischen Linken den ersten Hieb versetzte.

İbrahim entzauberte die Rolle des **Kemalismus** und seines Anführers, **Mustafa Kemal** und stellte den **Kemalismus vom Kopf auf die Füße**. Das brutale Gesicht der faschistischen Herrschaft der kemalistischen Republik, des großtürkischen Chauvinismus, des Rassismus, die Unterdrückung der kommunistischen und Arbeiter:innenbewegung wurde enthüllt.

İbo war der einzige kommunistische Führer, der den **faschistischen Charakter** der Türkischen Republik und der **kemalistischen Diktatur** aufzeigte. In einer Atmosphäre, in der Positionen wie *„der Kemalismus ist der linkeste, radikalste Teil der Kleinbourgeoisie der auf nationalistischer Basis eine anti-imperialistische Haltung einnimmt"*, (Mahir Çayan) oder *„zwischen dem Kemalismus und Sozialismus gibt es keine chinesische Mauer"*, (Mihri Belli) vorherrschend waren, in der der Kemalismus als fortschrittlich, anti-imperialistisch und sogar als revolutionär eingeschätzt wurde, war es İbrahim der mutig verteidigte, dass der Kemalismus Faschismus ist.

Er war der einzige kommunistische Führer, der den richtigen marxistisch-leninistischen Gedanken, dass der **Kampf gegen den Faschismus als ein Kampf für die Revolution** geführt werden muss, konsequent

gegen alle reformistischen Mitläufer:innen verteidigte, die den antifaschistischen Kampf im Rahmen des Systems als Anhängsel eines Flügels der herrschenden Klassen führten.

İbrahim war zweifelsfrei als junger kommunistischer Führer nicht frei von Fehlern. Neben den in der Hauptsache richtigen revolutionären, marxistischen, kommunistischen Ansichten gibt es auch **einige wichtige Fehler.** Seine Fehler, die es sowohl in politischen Einschätzungen als auch in der organisatorischen Arbeit gab, spielten für das Ausmaß der ersten Niederlage der TKP/ML eine bedeutende Rolle.

Als İbo 1972 die TKP/ML gründete, verteidigte er die **„Mao Zedong Ideen"** – wie auch die KP China während der Kulturrevolution – als eine **höhere Stufe** des Marxismus-Leninismus.

Er nahm sich nicht nur das revolutionäre Wesen der „Mao Zedong Ideen", das im Kampf gegen den modernen Revisionismus unbedingt angeeignet werden musste, sondern auch eine **Reihe von Abweichungen** der Mao Zedong Ideen vom Marxismus-Leninismus zur Grundlage. So wie alle auf der ganzen Welt neu gebildeten, jungen marxistisch-leninistischen Parteien. So wurden etliche nicht marxistisch-leninistische Ansichten zu Grundpositionen bei der Gründung der TKP/ML. Eine war, dass der Genosse İbrahim eine Beurteilung unserer heutigen Epoche auf der Grundlage von Lin Piao's Ansichten vornahm und dementsprechend den Feind, den türkischen Staat und im Weltmaßstab den Imperialismus taktisch unterschätzte.

Ein anderer grundsätzlicher Fehler von İbrahim war, dass er die These, **„die Volkskriegs-Strategie für China sei unterschiedslos für alle halbkolonialen Länder gültig"** übernahm und so auch praktizieren wollte. Die unbedingte Notwendigkeit, die Kommunistische Partei vorrangig im Industrieproletariat aufzubauen wurde von ihm nicht erkannt. Anstelle dessen wurde versucht, sich zunächst auf die armen Bauern und Bäuerinnen zu konzentrieren und den ersten Kern der kommunistischen Partei unter ihnen zu bilden.

In allen Fragen, in denen er direkt vom Leninismus, den Werken von Lenin und Stalin ausging, legte Genosse İbrahim **Grundsteine der marxistisch-leninistischen Linie.**

In den Fragen jedoch, in denen er sich von den Fehlern der „Mao Zedong Ideen" beeinflussen ließ und versuchte, diese in die Praxis umzusetzen, hat er Fehler gemacht.

Zusammengefasst:

Auch trotz dieser Fehler und Mängel von İbrahim, war er insgesamt ein herausragender, marxistisch-leninistischer Führer.

Mit dieser Linie und der Überwindung der Fehler in dieser Linie durch eine Selbstkritik wurde in Nordkurdistan/Türkei der Bolschewismus entwickelt.

Aus diesen Gründen bewerten **Bolschewiki** İbrahim, so wie Lenin in einem Zusammenhang die Genossin Rosa Luxemburg eingeschätzt hat: **Als einen der unsterblichen Adler der kommunistischen Weltbewegung, als wirklichen Führer bei der Neugründung und beim Aufbau der Kommunistischen Partei der Nordkurdistans/Türkei.**

Wer die Fehler des Genossen İbrahim Kaypakkaya systematisiert und daraus einen „Kaypakkayaismus", einen „İboismus" entwickelt und mit anderen Gruppierungen darin konkurriert, wer diesen „-Ismus" am besten verteidigt, der ist ein Huhn gegenüber dem Adler İbrahim! Ein Adler kann manchmal auf die Ebene des Huhns hinabgleiten, ein Huhn kann niemals auf die Höhe des Adlers aufsteigen.

Die Werke und der Kampf des kommunistischen Führers İbrahim Kaypakkaya, der in der Türkei/Nordkurdistan den ersten Schritt zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei machte und den Weg ebnete, wird heute durch die Organisierung und den Kampf der Bolschewiki weitergeführt.

İbrahim zu verteidigen, heißt den Bolschewismus, die bolschewistische Organisierung in allen Ländern zu verteidigen.

Im Folgenden ein kurzer Abriss über das Leben und Wirken von İbrahim Kaypakkaya. Insbesondere für junge Genoss:innen, die mit der Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Nordkurdistan/Türkei und dem Wirken von İbrahim Kaypakkaya nicht sehr vertraut sind. Als eine Anregung seine politisch-theoretischen Schriften, die in deutscher Sprache vorliegen zu lesen und zu studieren und von seiner klassenkämpferischen mutigen Haltung gegenüber dem Klassenfeind zu lernen!

Das Leben des Kommunisten İbrahim Kaypakkaya

Kindheit und Jugend

İbrahim kam 1949 in einem Dorf von Çorum als Kind armer Eltern zur Welt. Sein Vater war ein armer Bauer und später Handwerker. İbrahims Eltern trennten sich, als er etwa drei Jahre alt war.

İbo besuchte in dem Dort Karamahmut die ersten zwei Schulklassen, in dem Dorf Ortakışla die 3. Klasse und in Alacaköy die 4. und 5. Klasse.

İbrahim hat sich von klein auf für alles interessiert und hat jede sich ihm bietende Möglichkeit genutzt, um seinen Wissensdurst zu stillen. Er versuchte jede ihm aufgetragene Arbeit gut auszuführen und hatte keine Angst, Verantwortung zu übernehmen.

Nach der Schule half er in der Familie bei allen anfallenden Arbeiten; selbst wenn er zum Schafe hüten ging, vergaß er nicht Heft, Bleistift und Buch mitzunehmen. İbrahim hat sich schon in diesem Alter von Gleichaltrigen unterschieden; aber dies hat ihn weder eingebildet gemacht noch hat er seine Freund:innen gedemütigt. Von ihnen wurde er mit seinem Fleiß, seinem Wissen, seinem Ernst, seiner Hilfsbereitschaft und seiner Aufopferungsbereitschaft geliebt und geachtet.

İbrahim hatte sich nach Beendigung der Grundschule in den Kopf gesetzt Lehrer zu werden. Er bestand die Aufnahmeprüfung in eine staatliche, kostenlose Internatsschule und wurde als Internatsschüler der Ankara-Hasanoğlan-Lehrerschule aufgenommen. Während seiner Internatszeit ging er in den Sommerferien und in allen anderen Ferien in sein Dorf zurück und half seiner Familie. Er kannte keine Müdigkeit bei der Arbeit. Während die anderen Schulkamerad:innen sich nicht um die Dorfbewohner:innen kümmerten und sich nicht an der Arbeit beteiligten, half er bei allen anfallenden Arbeiten seiner Familie und den anderen Dorfbewohner:innen. Er sah keinen Grund, warum ein Student nicht die Arbeit eines Bauern machen sollte.

İbo kam mit den **ersten revolutionären Gedanken** in der Hasanoğlan-Lehrerschule in Berührung. Er studierte, fragte, las und mit seiner politischen Entwicklung veränderten sich sein Verhalten und seine Beziehungen.

Aufgrund dieser Entwicklung hörten sogar die umliegenden Dörfer von İbrahim Kaypakkaya. Natürlich fing er an, den Reaktionären und islamischen Fundamentalisten ein Dorn im Auge zu sein. Wegen eines in der Schule geschriebenen Aufsatzes mit dem Titel „Ich liebe Grün nicht" hat sich ein Lehrer sehr über ihn geärgert. Er hat ihn mit „Du liebst wohl Rot" versucht zurechtzuweisen. Er hatte ohne zu wissen die Wahrheit ausgesprochen.

İbo hat die Hasanoğlan Schule mit „sehr gut" absolviert und bestand die Aufnahmeprüfung der „Höheren Lehrer-Schule" in Istanbul, Çapa. Als er mit dieser Schule begann, waren die **revolutionären Gedanken bereits ein Teil seines Charakters**.

Er nahm die politischen Geschehnisse in der Schule sehr schnell auf und entwickelte sich in kurzer Zeit zu einem **Führer der revolutionären Student:innen** in Çapa. Er hat als Revolutionär Einfluss gewonnen und diskutierte mit ihnen, lehrte, stärkte und organisierte sie. Er hat jedoch seine Beziehungen zu den Dorfbewohner:innen nie abgebrochen und ist bei jeder Gelegenheit ins Dorf zurückgekehrt. Er hat Zeitschriften, Zeitungen, Bücher mitgebracht und neue Freundschaften und Bekanntschaften in den Dörfern geschlossen. Als eine Folge dieser Aktivitäten wurde İbrahim Kaypakkaya bei der Polizei „aktenkundig".

Politische Arbeit an der Universität

Zu diesem Zeitpunkt war İbo bereits einer der bedeutendsten Anführer der revolutionären Kreise in Çapa. Sein **erstes Flugblatt** verfasste er über **Çetin Altan**, der als fortschrittlicher Kolumnist und einer von 15 Parlamentarier:innen der damaligen reformistischen „Arbeiterpartei der Türkei" (TİP) war, von Reaktionären überfallen wurde.

İbrahim Kaypakkaya machte immer raschere Fortschritte. Wo immer eine Konferenz, eine öffentliche Sitzung, ein Forum, eine Diskussion, ein Seminar stattfand war İbrahim Kaypakkaya da, hörte zu, machte Notizen, stellte Fragen, intervenierte mit Zurufen, wenn es notwendig war. Obwohl er wenig Zeit für die Universität hatte, war er ein erfolgreicher Student.

İbrahim hatte seine Freunde davon überzeugt, dass die **revolutionäre Arbeit an der Schule organisiert** geführt werden muss. Dafür wurde der „Çapa Höhere Lehrerschule-Ideen-Club", der wiederum der „Ideen-Club-Föderation" [1] angegliedert wurde, gegründet und İbrahim wurde zum Vorsitzenden gewählt.

Er verfasste das Vereinsgründungsflugblatt und verteilte es an der Schule. In diesem Flugblatt rief er alle Patriot:innen, Revolutionär:innen und Fortschrittliche auf, sich gegen **islamische Fundamentalisten und Faschisten zusammenzuschließen und zu kämpfen**. Die Schulverwaltung reagierte daraufhin sofort. Alle Gründungsmitglieder, so auch İbo, erhielten als Strafe ein „einmonatiges Hausverbot in der Schule". Damit nicht genug, İbo und seine Freunde wurden alle von der Schulleitung bei der Staatsanwaltschaft denunziert.

Während dieses Monats hielt sich İbrahim bei seinen Freund:innen auf und nutzte seine ganze Zeit für den revolutionären Kampf. Sein ganzes Verhalten entsprach dem eines revolutionären Führers und war geprägt von **Bescheidenheit, Mut, Ausdauer und Menschenliebe.** Jetzt begann er auch für **Zeitschriften Artikel** zu verfassen. Während seiner Studienjahre wurden in den Zeitschriften wie Forum, Ant (Der Eid), Türk Solu (Türkische Linke), Aydınlık (Helligkeit) Schriften von ihm veröffentlicht. An dem 2. Kongress der FKF (Ideen-Club-Föderation) beteiligte er sich als Çapa-Delegierter.

Die Schulverwaltung und Reaktionäre versuchten mit verschiedenen Mitteln diese Entwicklung zu verhindern. Sie bedrohten die revolutionären Student:innen und organisierten Überfälle mit Steinen und Knüppeln auf sie. Dagegen verfasste İbrahim ein Flugblatt und verteilte es mit seien Genoss:innen.

Wegen dieses Vorfalls versammelte sich der Disziplinarausschuss der Schule und entzog İbo und seinen Freund:innen das Recht auf die „kostenlose Internatsschule". Die Student:innen antworteten darauf, dass sie diesen reaktionären Beschluss nicht annehmen und nicht befolgen würden. Daraufhin versperrten faschistische Reaktionäre in der Schule mit Verstärkung von örtlichen Faschisten der Gruppe um İbo vor der Schule den Weg und überfielen sie.

Obwohl die Faschisten bei diesem Vorfall Waffen einsetzten, konnten die **Student:innen die Faschisten abwehren** und in die Schule hineinkommen. Daraufhin rief der Rektor die Polizei und ließ İbo und seine Freund:innen aus der Schule entfernen. Nachdem İbo von der Schule relegiert wurde, arbeitete er eine Zeitlang in einem Hotel. Nach einem Streit mit dem Chef ging er von dort weg und versuchte sich mit Mathematikunterricht seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Trotz dieser schwierigen Situation ließ er es sich nicht nehmen, seine Zeit und Energie hauptsächlich in die revolutionäre Arbeit zu stecken.

So hat sich İbo an verschiedenen Aktionen militant beteiligt: Auf der **Demonstration gegen die 6. US-Flotte** sowie am **„Blutigen Sonntag" am 16. Februar 1969** auf dem Taksim/Istanbul wurden die Arbeiter:innen und Student:innen mit brutalster, exzessiver Waffengewalt angegriffen.

Bei der Manifestation gegen den US-Imperialismus überfielen islamische Fundamentalisten und Faschisten, mit Unterstützung der Polizei die Aktion. **Zwei junge Arbeiter** wurden **erstochen und gelyncht**, über **200 Demonstrant:innen** wurden, teilweise sehr schwer verletzt. İbo hat in den vordersten Reihen mitgekämpft.

İbo hat in **Fabriken und Dörfern Organisationsarbeit** geleistet. In den Jahren 1969 – 1970 hat er in der Zeitschrift Türk Solu über eine Reihe von **Arbeiter:innen- und Bäuer:innen-Aktivitäten berichtet** und Kommentare verfasst.

Das Oberverwaltungsgericht hat den Beschluss des Çapa-Schulausschlusses rückgängig gemacht. Demnach sollten İbrahim und seine Freund:innen wieder an der Schule aufgenommen werden, jedoch ist der Schulvorstand dem Urteil in Bezug auf İbrahim nicht nachgekommen. Nur die anderen neun rausgeschmissenen Schüler:innen wurden wieder zugelassen.

Inzwischen hatte sich İbo während vieler Spaltungen in der linken Bewegung für die **„Proleter Devrimçi Aydınlık"** [2] (PDA) entschieden, die sich als erste linke Bewegung in Nordkurdistan/Türkei auf die Mao Zedong Ideen berief und begann theoretisch den **Volkskrieg als Strategie der Revolution** zu propa-

1 FKF: Dachorganisation der „Ideen-Klubs" vor allen in den Hochschulen, Treffpunkt der linken Student:innen und Schüler:innen

2 Proletarische Revolutionäre Helligkeit

gieren. İbrahim wurde zu einem Kader der PDA, die die illegale **„Revolutionäre Arbeiter und Bauern Partei“** (TİİKP) gründete.

Arbeiter:innenaufstand 15./16. Juni 1970

Das Jahr 1970 war ein Jahr, in dem sich der Kampf verstärkte. In den Städten und auf dem Land wuchs mit der Zeit der revolutionäre Kampfgeist der Massen an. İbrahim war an der Seite der Bäuer:innen, als sie im Dorf Değirmenköy/Trakya um Boden gegen den Großgrundbesitzer kämpften.
Cihan Alptekin, ein anderer revolutionärer Führer und İbrahim, die in diesem Widerstand beteiligt waren, wurden bei ihrer Rückkehr von der Polizei verhaftet und gefoltert.
Der **anwachsende Klassenkampf** führte zum Arbeiteraufstand am 15./16. Juni. İbrahim war zu dieser Zeit einer der **Hauptkader der Istanbuler Organisation der TİİKP** und einer der führenden Kader des Istanbuler **„İşçi Köylü (Arbeiter/Bauern)/PDA Büro“.**
İbo war einer derjenigen, die an dem **großen Widerstand** teilnahmen. Nachts hat er bis zum Morgengrauen Flugblätter gedruckt und am Tag lief er zu den Plätzen, an denen der Kampf am heftigsten war. Die Arbeiter:innen der Fabriken Demirdöküm, Sungurlar, Horoz, Çivi, Petriks, Ege-Sanayi, EAS Akü, Gislaved, Gamak, Singer, Derby,... kannten den großen Revolutionär aus der Nähe und sahen ihn als einen der ihren an.
Dieser bedeutende Arbeiter:innenkampf vom 15./16. Juni war für İbo einer **der wichtigsten Wendepunkte seines politischen Kampfes**. Bei den Diskussionen über die Lehren, die aus diesem Kampf zu ziehen waren, war İbrahim anderer Ansicht als die Zentrale seiner Organisation, die PDA/ TİİKP. Während der Debatte sah er wie die Zentrale eine reformistisch-legalistische Linie einnahm, die sie jedoch mit Geschrei nach dem Volkskrieg zu vertuschen versuchte.
Anfang 1971 ging İbrahim nach Çorum und in die dortigen Dörfer, um dort sozio-ökonomische Studien unter und mit der Bevölkerung durchzuführen.
Zu dieser Zeit wurden von den Herrschenden Vorbereitungen für die Machtübernahme durch die faschistische **12. März-Militär-Junta** getroffen. Da die vom faschistischen Staat schon oft zum Schein angewandten parlamentarischen Mittel den anschwellenden revolutionären Aufstand nicht zu stoppen vermochten, wurde der **Ausnahmezustand verhängt**.
Streiks, Massenaktionen und Versammlungen wurden untersagt. Alle revolutionären Zeitschriften und Massenorganisationen wurden verboten. Gegen Revolutionär:innen wurde eine Hexenjagd gestartet. Tausende Revolutionär:innen wurden verhaftet. In Verhören wurde systematisch gefoltert. Viele Revolutionärinnen wurden ermordet. İbrahim Kaypakkaya war einer unter den Gesuchten.
Auch bei den Diskussionen über die Einschätzung des 12. März erkannte İbrahim Kaypakkaya klar, dass die Linie der TİİKP-Zentrale revisionistisch war. [3]
İbrahim hielt sich dann eine ganze Weile in Çorum auf. Als Ergebnis seiner Untersuchungen verfasste er eine Studie mit dem Titel **„Klassenanalyse in der Provinz Çorum“**. Ibo kämpfte, las und diskutierte mit seinen Genoss:innen in diesem Gebiet. In seinen Gedanken formte sich eine **neue Organisation**.
Später entschloss er sich von diesem Gebiet nach Nordkurdistan zu gehen. In diesem Zeitraum verfasste er vier grundlegende Schriften: **„Kritik am Programmentwurfs der TİİKP“**, **„Über den Kemalismus“, „Nationale Frage in der Türkei“** und **„Allgemeine Kritik am Şafak Revisionismus“**.
Diese sich auf die marxistisch-leninistische Wissenschaft stützenden polemischen Schriften waren eine **politische Abrechnung** und bedeuteten **den ideologisch-politischen Bruch** mit der revisionistischen Linie der Zentrale der TİİKP. Auf diese radikale Kritik **antwortete die Zentrale mit Desinformation**, Totschweigen der marxistisch-leninistischen Opposition in der Partei, mit Verleumdungen gegen İbo und zuletzt mit einem Attentatsversuch auf ihn! Der organisatorische Bruch wurde unausweichlich. Anfang **1972** brach İbrahim Kaypakkaya seine organisatorische Verbindung mit den TİİKP-Revisionisten ab und **übernahm die Führung zum Aufbau der TKP/ML** (Kommunistische Partei der Türkei/ Marxisten-Leninisten).
İbrahim Kaypakkaya hat in diesem Zeitraum bis zu seiner Verhaftung am 24. Januar 1973 hauptsächlich in der Umgebung von Malatya, Tunceli und Antep den revolutionären Kampf organisiert. Mit unerbittlicher Energie ging İbrahim von Dorf zu Dorf, unterhielt sich mit den armen Bauern und berichtete ihnen von der ruhmreichen Revolution in China, Vietnam und von der Oktoberrevolution.
In den Gebieten, in denen er sich aufhielt, beschäftigte er sich auch mit den kleinsten Problemen seiner Genoss:innen und zeigte ihnen Lösungsmöglichkeiten. Er sprach einigermaßen kurdisch und in der Umgebung von Malatya bot er für die **fortschrittlichen**

3 Übrigens betreiben die damaligen Führer der TİİKP heute als Führer der „Vaterland-Partei“ (Vatan Partisi, Doğu Perinçek) unter dem Label „Patriotismus und Sozialismus“ eine extrem nationalistische Politik. Sie konkurrieren mit offen faschistischen Kräften wie der MHP (Nationalistische Bewegungs-Partei) darum wer die extremeren Nationalisten sind! Für diese National-Sozialisten sind China und Nordkorea sozialistische Staaten und Putin ein Antiimperialist.

Massen „Lesegruppen“ an.
Allerdings ging İbo von einer **falschen Einschätzung der Lage der Bauern** aus, die er „bereit für die Revolution“ hielt. Seiner Meinung nach warteten die Bauern auf einen Funken, der „die trockene Steppe in Brand setzen“ würde. Dieser Funke würde **die bewaffnete Aktion der Guerilla** sein. Der Volkskrieg der Bauern würde dann seinen Weg gehen. Er arbeitete mit allem revolutionären Ernst an der Bildung einer **Guerillaorganisation** unter Führung der TKP/ML.
Der Ausnahmezustand hielt mit vollen Härte an. Es gab Genoss:innen die Widerstand leisteten und andere die sich ergaben. İbrahim Kaypakkaya zeigte seinen Kampfgefährt:innen das **Bild von Ömer Ayna**, der unter der Folter während des Ausnahmezustands **keine Aussage** gemacht hatte, mit der Bemerkung **„Eine der ersten Grundregeln eines/r Revolutionärs/in ist es unter der Folter standhaft zu bleiben“.**
Nach Abschluss seiner Recherchen in dem Gebiet Malatya arbeitete er anhand seiner Notizen eine Studie mit dem Titel **„Klassenanalyse von Malatya“** aus.
Am **sechsten Mai 1972** wurden **Deniz Gezmiş, Ýusuf Aslan und Hüseyin Inan**, Mitglieder der Organisation **Volksbefreiungsarmee der Türkei** – eine ideologisch linkskemalistische, aber dem türkischen Staat gegenüber revolutionäre Organisation **hingerichtet.**
In der Nähe des Gebiets, in dem İbrahim Kaypakkaya arbeitete, starben Sinan Cemgil und zwei seiner Freunde, THKO-Anhänger während einer Schießerei mit den Schergen des Staats, den Heldentod. Nach diesem Vorfall stellte İbrahim Kaypakkaya Nachforschungen in den umliegenden Dörfern an und entlarvte den Dorfvorsteher Mustafa Mordemir des Dorfes Kahyalı als Verräter.
Dieser Verräter wurde von İbrahim und zwei seiner Genossen gefangengenommen, verhört, für schuldig befunden und durch Schüsse hingerichtet. So wurde Freunden und Feinden gezeigt, dass die **Gerechtigkeit der Revolution, wenn Revolutionsfeinde und Verräter** gefasst werden, die Verräter **nicht unbestraf**t herumlaufen laufen lässt. Diese Aktion wurde in einer Zeit, wo der Ausnahmezustand blutrünstig wütete von den Bauern der Umgebung und allen Revolutionär:innen voll unterstützt.
Sie machte deutlich, was **İbrahim** unter **revolutionärer Solidarität** verstand, was seine **Linie des bewaffneten Kampfes**, seine Einstellung über das **Ziel des bewaffneten Kampfes in Theorie und Praxis** war.
Nach diesen Ereignissen wirkte er in dem Gebiet von Dersim. Dorthin kamen auch seine engsten Genossen **Ali Haydar Yıldız** und **Muzafer Oruçoğlu**. Hier haben sie Studienkreise organisiert, sie weiterentwickelt, neue Ansichten weitergegeben und diskutiert.
Während dieser Tage erfuhr Fehmi Altınbilek, der für das Gebiet von Dersim zuständige faschistische Kommandant, dass sich İbrahim Kaypakkaya und seine Genoss:innen in diesem Gebiet aufhielten. Er ließ die Dörfer und Berge bis in den letzten Winkel von seinen faschistischen Staatskräfte nach İbo und seinen Freunden durchsuchen.
In dieses Gebiet wurden in großer Anzahl Soldaten entsandt und gegen das Volk tobte der faschistische Terror.
İbrahim ging nach Istanbul und nach einem Besuch in Malatya kehrte er nach Dersim zurück. Bis dahin konnten die faschistischen Handlanger keine Spur von ihm finden.
Das **Volk versteckte İbrahim und seine Genoss:innen**, als welche von ihnen. Die Revolutionär:innen verhielten sich, auch wenn sie bei den Bauern waren, als eine/r von ihnen.
Sie halfen bei Saat, und Ernte. Sie lebten mit ihnen wie Söhne, Töchter, Brüder, Schwester von ihnen. Sie versuchten bei jeder Gelegenheit, die **Unterdrückung des Volkes zu entlarven**. Bei ihren Aktionen haben sie sich auf den Bergregionen in nicht bewohnte Berghütten zurückgezogen, um die Bauern nicht in Gefahr zu bringen.
Ali Haydar begab sich am 20. Januar 1973 gegen Mitternacht von den Bergen nach Tunceli und hat die Militärstation und Militärunterkünfte mit Handgranaten angegriffen. Er kehrte dann in die Berghütte in Vartınık zurück, wo die anderen Genoss:innen sich aufhielten.
Am Abend des 23. Januar verließen Süleyman und Ali Haydar das Lager Vartınık, um Proviant zu besorgen. Sie wollten am gleichen Abend wieder zurück sein. Aber die Wege waren so zugeschneit, dass sich ihre Rückkehr verspätete. Erst gegen Morgen erreichten sie das Lager. In der Nähe des Lagers riefen sie die Parole, erhielten aber keine Antwort. Sie wiederholten die Parole, aber erhielten wiederum keine Antwort. Sie überprüften die Gegend und konnten sehen, dass das **Lager von Gendarmerie Einheiten umzingelt und belagert** wurde.
Am **24. Januar 1972** liefen **Ali Haydar** und **Süleyman** zu dem von drei Seiten umzingelten Lager um ihre Freunde zu warnen. Ali Haydar, der als letzter das Lager verließ, konnte leider die Umzingelung nicht durchbrechen ohne angeschossen zu werden und blieb dort liegen.
İbrahim versuchte dem Kugelregen zu entrinnen, doch auch er blieb von den Schüssen nicht verschont. Sein ganzer Körper war voll Schrot; er holte sofort alle Adressen aus seiner Hosentasche und vernichtete sie. Muzaffer, Süleyman und Hüseyin konnten durch eine Lücke im Belagerungsring entkommen. Die Gendar-

men ließen İbrahim und Ali Haydar liegen und stürmten den Geflohenen hinterher. Nach einer Weile kam İbo wieder zu sich. Sein Kopf blutete. Etwas weiter entfernt sah er Ali Haydar am Boden liegen. Er war sehr traurig, dass er seinen engen Genossen verloren hatte und verließ, Rache schwörend, taumelnd den Ort.

Er fand eine Höhle und blieb dort für zwei Tage. Die Dörfer wurden terrorisiert. Während dieser Zeit suchte İbo verschiedene Dörfer auf. Von einigen kehrte er zurück ohne Hilfe erhalten zu haben, von anderen wurde er freundlich aufgenommen und es wurde ihm geholfen. Am fünften Tag seiner Verletzung verriet ihn in dem Dorf, das er aufsuchte, ein reaktionärer Lehrer. Das Haus, in dem sich İbo aufhielt, wurde belagert und er wurde verhaftet.

İbrahim Kaypakkaya wurde durch einen eisigen Fluss bis zum Polizeirevier geschleppt. Die erste Vernehmung wurde auf dem Revier gemacht – obwohl er schwer verletzt, und unterkühlt war. Denn die Faschisten wollten ihn sofort zum Sprechen bringen. **İbrahim machte jedoch zu organisatorischen Fragen keine Aussage.** Danach fing die nicht endende Folter an.

Anfang Februar wurde İbo zuerst nach Dersim, von dort nach Elaziğ, dann nach Amed gebracht und dem Staatsanwalt Yaşar Değerli übergeben. İbo ging es immer schlechter und als er aufgrund seiner Verletzungen in Todesgefahr schwebte, wurde er in das Militärkrankenhaus überführt, denn die Scharfrichter wollten nicht, dass İbrahim Kaypakkaya stirbt, ohne ihnen die nötigen Informationen gegeben zu haben. İbrahim verlor dort wegen Wundbrand/Erfrierens seine Zehen am linken Fuß. İbrahim wurde wieder und wieder Verhören unterzogen.

Die Faschisten wandten alle erdenklichen Folttermethoden an, um ihn zum Sprechen zu bringen. Aber alle Versuche blieben erfolglos. **İbrahim hat mit einem unerschütterlichen Willen** keinerlei Informationen über Organisation und Genossen weitergegeben. Die Folterer wurden deswegen rasend vor Wut.

Anfang Mai wurde er, aus welchen Gründen auch immer, einige Tage nicht gefoltert. Er bat um Schreibzeug und Papier – was sie ihm auch gaben. Wahrscheinlich dachte er, dass „die Verhöre nun zu Ende seien" und er begann seine Verteidigung vorzubereiten.

Während der Vorbereitung seiner Verteidigung überwältigten ihn manchmal Gefühle, die er versuchte, in Gedichten auszudrücken. Eines seiner in dieser Zeit verfassten Gedichte lautet:

Immer werden welche für die Revolution sterben
… sie gehen … gehen, welche Helden sind schon dahingegangen
Wenn auch du einen Sohn darunter hast, ist es nicht viel
Ey blauer Himmel! Ein dunkel glänzender Ort! Du sollst wissen,
unser Herz ist dem Zerspringen nahe

İbo schrieb seinem Vater einen Brief, in dem er um einige persönliche Dinge und um seinen Besuch bat. Sein Vater freute sich sehr über dieses Lebenszeichen. Sein Sohn, von dem er seit Monaten nichts mehr gehört hatte, lebte also noch. Er erledigte die Wünsche sofort und machte sich am 19. Mai auf den Weg nach Amed (Diyarbakır). Er war schon vorher einmal nach Amed gekommen, doch die Militärverwaltung ließ ihn nicht zu İbo. In Amed angekommen, erhielt Ali Kaypakkaya die Todesnachricht seines Sohnes. Die Mörder behaupteten, sein Sohn İbrahim hätte Selbstmord verübt. İbos Vater glaubte diese Lüge natürlich nicht. Als er den Leichnam seines Sohnes abholte, sah er mehrere Schusswunden. Als er fragte, was das für Verletzungen seien, erhielt er von den Diensttuenden keine Antwort.

Die Wahrheit ist, als die Faschisten sahen, dass İbrahim nicht reden würde, wurde er am **18. Mai in jungen Jahren** von den faschistischen Scharfrichtern durch Erschießen hingerichtet. **Er hat sein Leben geopfert und nichts verraten. Er hat wie ein Kommunist gelebt und ist wie ein Kommunist gestorben.**

Die Erinnerung an ihn wird uns Kraft und Mut geben und uns in unserem revolutionären Kampf stärken!

LEST UND INFORMIERT EUCH:

UNSERE BROSCHÜRE ZUM NSU-KOMPLEX!

EINE ZUSAMMENSTELLUNG UNSERER ARTIKEL UND FLUGBLÄTTER!

Zu beziehen über:

★ Postfach 48, 73550 Waldstetten
★ trotzalledem1@gmx.de
★ www.trotzalledem.org

Inhalt

Flugblatt • November 2021
10 Jahre nach der angeblichen Selbstenttarnung des NSU
Wir klagen an: Keine Aufklärung

Nummer 83 • Januar 2020
Chemnitz und Zwickau, November 2019
Tribunal „NSU-Komplex auflösen"

Nummer 79 • September 2018
Tag X in München – NSU-Prozessende
Wir erkennen das Urteil nicht an!

Flugblatt • Juli 2018
Kein Schlussstrich! Son söz henüz söylenmedi! όχι τέλικη γραμμη!
No closure!
Wir klagen an: Urteil im NSU-Prozess

Nummer 76 • Oktober 2017
Köln, Mai 2017 Manifestation der Solidarität
– Gemeinsam gegen Rassismus und Faschisierung!
Tribunal „NSU-Komplex auflösen"

Nach dem Tribunal ist vor dem Prozessende Tag X2
– Alle nach München!

Aufruf zu einer Vernetzung des Antira-Antifa-Kampfes

Nummer 75 • Mai 2017
Bundesweites Aktionsbündnis ruft auf: Kommt nach Köln 17. bis 21. Mai 2017
Tribunal „NSU-Komplex auflösen"

Trotz alledem Aufruf zum Tribunal Köln
Nous accusons – Wir klagen an

Nummer 74 • Januar 2017
Im Andenken an die Opfer des NSU-Terrors: Nichts vergeben – nichts vergessen!

Nummer 73 • September 2016
Wie tief steckt der Staat im „NSU"-Komplex?

Nummer 72 • Mai 2016
Filmkritiken NSU-Komplex – auflösen!
„Der Kuaför aus der Keupstraße"

„Mitten in Deutschland: NSU"

„Die Ermittler – Nur für den Dienstgebrauch"

Nummer 71 • Januar 2016
Aufruf: Aktiv unterstützen!
„Tribunal NSU-Komplex auflösen – Wir klagen den Rassismus in Deutschland an

Aktuelles aus dem NSU-Prozess
Verhöhnung der Opfer und Familien!

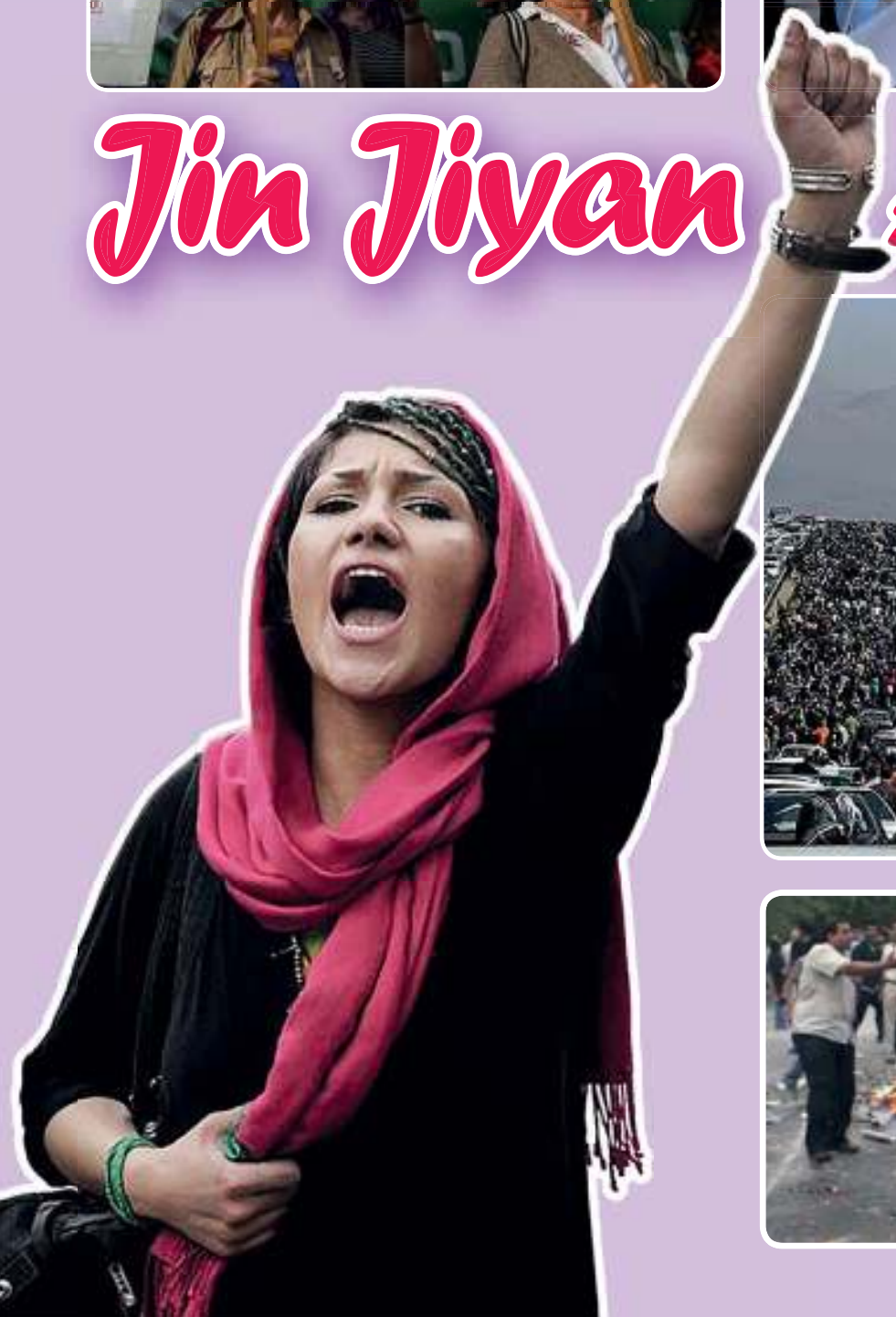
Nummer 67 • September 2014
NSU-Prozess: Öffentlichkeit Schaffen!

Prozessbeobachtung
NSU-Prozess München Anfang Juni 2014
Stilles Schweigen über München bricht bald!

Nummer 64 • August 2013
NSU-Prozess und NSU-(Untersuchungs-)Ausschüsse: Kaltblütige Morde werden nicht aufgeklärt!

Nummer 63 • Mai 2013
Nazis staatlich unterstützt
Rassismus & Faschisierung gehen vom Staat aus!

„Gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus – Verfassungsschutz abschaffen"

Nummer 59 • Januar 2012
Rassistische Nazi-Morde
Staat – Verfassungsschutz – Nazis ...
Hand in Hand?

Jin Jiyan Azadi!